

Das größte Fachmagazin für Österreichs Gemeinden

KOMMUNAL

Offizielles Organ des Österreichischen Gemeindebundes

Wir sind
Österreich

12 · 2009

THEMA

Anti-Korruptionsgesetz 2009:
Die wesentlichen Tatbestände ▶ 24

THEMA

Interview mit EU-Kommissar Hahn:
Zukunftsressort Regional-Dossier ▶ 32

PRAXIS

Interviews zu den Gemeindebudgets:
Keine Kreditklemmen erwartet ▶ 52



THEMA

Kommunale Budgets unter der Lupe

Ertragsanteilsvorschüsse
brechen 2009 zwar ein, aber
Prognosen erwarten Erholung
2010, spätestens 2011

DVR: 0930 423

FINANZIERUNGSSERVICE

WIR UNTERSTÜTZEN ÖSTERREICHS GEMEINDEN. UND SIE PROFITIEREN DAVON.

Die Kommunalmilliarde
für Projektfinanzierungen in Österreichs
Gemeinden. Damit investieren wir
in die Zukunft der Menschen unseres
Landes. Denn was für Österreich gut ist,
ist für uns alle gut.

Mehr dazu auf
www.unternehmenösterreich.at

**UNTERNEHMEN
ÖSTERREICH**
EINE INITIATIVE DER BAWAG PSK


BAWAG

EINE MARKE DER BAWAG PSK

Finanzbericht: Düstere Prognosen für das Jahr 2010

Es wird sehr schwierig

Bei den Gemeinden läuten jetzt die Alarmglocken. Der jüngste Finanzbericht zeigt die dramatische Entwicklung der wirtschaftlichen Lage der österreichischen Gemeinden auf. Nach den guten Jahren 2007 und 2008 ist die freie Finanzspitze, das ist jenes Geld, das den Gemeinden frei zur Verfügung steht, auf mickrige 162 Millionen Euro gesunken. Und im kommenden Jahr wird sie mit einem Minus von 290 Millionen Euro erstmals negativ sein. Das heißt, dass die Gemeinden im Jahr 2010 nicht einmal mehr die Pflichtausgaben erfüllen können, sondern dafür bereits Schulden machen müssen. Was das für die regionale Entwicklung und für die örtliche Wirtschaft bedeutet, kann man sich ausrechnen. Es wird das Investitionsvolumen praktisch auf Null heruntergefahren, Projekte werden geschoben und der kommunale Konjunkturmotor stottert oder stirbt ab.

Diese negative Entwicklung ist auf zwei Komponenten zurückzuführen: Einerseits gehen die Einnahmen aus den Bundesertragsanteilen massiv zurück, vor allem in jenen Gemeinden, in denen die Bevölkerung unter dem Österreichschnitt wächst oder gar abnimmt. Andererseits steigen die Ausgaben für das Sozial- und Gesundheitswesen nahezu explosionsartig. Allein in den vergangenen fünf Jahren hat der Anstieg österreichweit mehr als 40 Prozent betragen. Somit geht die Schere zwischen Einnahmen und Ausgaben massiv auseinander. Und gleichzeitig werden die Aufgaben für die Kommunen immer mehr. Die Kinderbetreuung wird täglich umfangreicher und schwieriger, die Pflege unserer Senioren ist nach wie vor ein ungelöstes Problem, und die Sozialleistungen müssen ständig ausgebaut werden.

Viele Gemeinden, die nicht mit entsprechend hohem eigenen Steueraufkommen gesegnet sind, wissen nicht mehr, wie sie die

Zukunft bewältigen. In Oberösterreich wurde beispielsweise ein eigener Kreditrahmen für Gemeinden geschaffen und gleichzeitig ein Investitionsstopp angeordnet, in der Steiermark und in Burgenland kann fast die Hälfte der Gemeinden nicht mehr ausgeglichen budgetieren, und in Kärnten ist dem Land die finanzielle Luft völlig ausgegangen, was wiederum bedeutet, dass die Gemeinden zusätzliche Leistungen übernehmen müssen. Auch in Niederösterreichs Gemeinden, die bisher Spitzenreiter bei den Investitionen waren, ist das Geld mehr als knapp. Und schließlich stöhnen auch die Kommunen der westlichen Bundesländer unter der Last steigender Kosten und geringerer Einnahmen. Der Weg aus diesem Dilemma wird mehr als steinig. Es bedarf eines völligen Strukturwandels, klarer Verantwortlichkeiten und eines neuen Denkens. Nicht alles kann kostenlos und gratis sein, öffentliches Geld ist Bürgergeld, Schulden und Kredite müssen mit Zinsen und Zinseszinsen zurückgezahlt werden, und den Menschen muss klar sein, dass sie auch Eigenverantwortung übernehmen müssen. Das ist ein Wunsch, den wir an unsere Partner im Bund und den Bundesländern richten und den wir uns alle gemeinsam für das neue Jahr vornehmen sollten.

Ich möchte den bevorstehenden Jahreswechsel aber auch dafür nutzen, um allen in den Gemeinden Verantwortlichen und Tätigen ein vom Herzen kommendes Danke zu sagen für das unermüdliche Engagement, für die harte Arbeit und für die Unterstützung und das Verständnis, das mir und dem Österreichischen Gemeindebund immer entgegengebracht wird. Ich wünsche ein gesegnetes Weihnachtsfest und für das kommende Jahr viel Kraft, Gesundheit und Gottes reichsten Segen.




Helmut Mödlhammer
Präsident des Österreichischen
Gemeindebundes

Nicht alles kann kostenlos und gratis sein, öffentliches Geld ist Bürgergeld, Schulden und Kredite müssen mit Zinsen und Zinseszinsen zurückgezahlt werden, und den Menschen muss klar sein, dass sie auch Eigenverantwortung übernehmen müssen.



THEMEN

Gemeindebund

- 30 Die Klimaschutz-Gemeinden 2009:
Wenn Landwirte zu Ölscheichs werden
- 42 Das Audit familienfreundliche Gemeinden:
Staatssekretärin Christine Marek im Interview

Recht & Verwaltung

- 24 Das Anti-Korruptionsgesetz 2009: Das neue Gesetz bringt endlich Rechtssicherheit
- 28 Interview mit Justizministerin Claudia Bandion-Ortner:
Thermoskannen-Besprechungen sind nicht Sinn der Sache

Finanzen

- 12 Gemeindefinanzen unter der Lupe
- 14 Ertragsanteilsvorschüsse brechen ein, Prognosen erwarten Erholung spätestens 2011
- 16 Gemeindefinanzbericht 2009: Konjunkturunbruch bedeutet für Gemeinden eine große Herausforderung
- 20 Der Staatsschuldenausschuss zur Budgetpolitik:
Die Konjunktur darf nicht gefährdet werden
- 22 Neues Finanz-Informationssystem für Gemeinden:
Ein Service-Meilenstein für Österreichs Kommunen

Europapolitik

- 32 Interview mit Johannes Hahn, neuer EU-Kommissar:
Regionaldossier ist Zukunftsprojekt der EU
- 33 KGRE: Schutz vor Gewalt und Missbrauch an Kindern
- 34 Neue Kompetenzen für neue Beschäftigungen:
Marianne Fögl fordert bessere Abstimmung zwischen Angebot und Nachfrage

Impressum

Herausgeber:

Österreichischer Gemeindebund,
Löwelstraße 6, 1010 Wien

Medieninhaber:

Österreichischer
Kommunal-Verlag GmbH.,
Löwelstr. 6, 2. Stock, 1010 Wien,
Tel. 01/532 23 88,
Fax 01/532 23 77,
E-Mail:
kommunalverlag@kommunal.at

Geschäftsführung:

Walter Zipper
Mag. Michael Zipper

www.kommunal.at

Redaktion:

Mag. Hans Braun - DW 16 (Leitung)
hans.braun@kommunal.at
Mag. Helmut Reindl - DW 15
helmut.reindl@kommunal.at
Julya Pollak - DW 37
julya.pollak@kommunal.at
Tel.: 01/ 532 23 88

Anzeigenberatung:

Tel.: 01/532 23 88
Mag. Sabine Bruggemann - DW 12
sabine.bruggemann@kommunal.at

Mag. Alexander Palaschke - DW 14
alexander.palaschke@kommunal.at
Patrizia Poropatits - DW 30
patrizia.poropatits@kommunal.at

Grafik:

Ernst Horvath
ernst.horvath@kommunal.at

Fotos:

www.bilderbox.at; www.photos.com

Redaktionsbeirat:

Mag. Ewald Buschenreiter
(Verbandsdirektor der sozialdemokratischen
Gemeindevertreter NÖ)
Mag. Dr. Elisabeth Dearing
(Bundeskanzleramt)
Mag. Nicolaus Drimmel
(Österreichischer Gemeindebund)
Dr. Gustav Fischer
(BM für Land- und Forstwirtschaft,
Umwelt und Wasserwirtschaft)
Mag. Michael Girardi
(BM für Inneres)
Mag. Petra Hafner (BM für
Unterricht, Kunst und Kultur)
Mag. Wolfgang Hiller (Leiter des
Informationsbüros des Europäischen
Parlaments für Österreich)
Dr. Robert Hink (Generalsekretär des
Österreichischen Gemeindebundes)
Dr. Clemes Hüffel (BM für
Wissenschaft und Forschung)

Daniel Kosak (Pressereferent des
Österreichischen Gemeindebundes)

Robert Lender (BM für
Wirtschaft & Jugend)

Ing. Manfred Lamplmair (BM
für Landesverteidigung & Sport)

Mag. Susanne Metzger (BM für
Verkehr, Innovation und Technik)

Bgm. Helmut Mödlhammer
(Präsident des Österreichischen
Gemeindebundes)

Mag. Georg Möstl
(BM für Wirtschaft)

Eduard Olbrich (BM für Soziales
und Konsumentenschutz)

Mag. Johannes Pasquali
(BM für Finanzen)

Prof. Dietmar Pilz (Finanzexperte des
Österreichischen Gemeindebundes)

Mag. Bianca Pörner (BM für Inneres)

Adina Reumüller (Vertretung der
Europäischen Kommission, Wien)

Mag. Christian Rupp
(Geschäftsführer IKT-Board im BKA)

Univ.-Prof. Dr. Reinbert Schauer
(Johannes-Kepler-Universität Linz)

Mag. Christian Schneider
(Landesgeschäftsführer des GVV der VP-NÖ)

Ges. Dr. Harald Stranzl (BM für Europ.
und Internationale Angelegenheiten)

Dagmar Strobel (Bundesministerium
für Frauen und öffentlichen Dienst)

Mag. Michael Zipper (Geschäftsführer)
Walter Zipper (Geschäftsführer)

Hersteller:

Leykam Druck, 7201 Neudorf



PEFC zertifiziert: Dieses Produkt stammt aus nachhaltig bewirtschafteten Wäldern und kontrollierten Quellen –
www.pefc.at



Druckauflage: 34.355
(Halbjahresdurchschnitt
2009)

Persönlich gezeichnete Artikel fallen unter die Verantwortlichkeit des Autors und müssen sich nicht unbedingt mit der Meinung von KOMMUNAL decken.

Mit „E.E.“ gekennzeichnete oder unter der Bezeichnung „Service“ laufende Artikel sind bezahlte Informationen und fallen nicht in die Verantwortlichkeit der Redaktion.

Teilen dieser Ausgabe liegen Informationen der ARGE Forum mineralische Rohstoffe bei.



PRAXIS

Interviews zu den Gemeindebudgets und den kommunalen Finanzen

- 16 "Gemeinden sind und bleiben kreditwürdig" – Kommunakredit-Chef Alois Steinbichler über die Kernaussagen des Gemeindefinanzberichts
- 52 „Ein Stück Schule ist bestellbar“ – Immorent-Geschäftsführerin Brigitte Bruckmüller über vielfältige Möglichkeiten
- 56 „Für Gemeinden gibt es keine Kreditklemme“ – BAWAG PSK-Vorstand Regina Prehofer über die aktuellen Angebote für Gemeinden

KOMMUNALMESSE 2010

- 76 KOMMUNALMESSE 2010: Die Plattform für neue Wege ist am Puls der Gemeinden

CHRONIK

- 66 KfV-Sicherheitstipp Nummer 1: Nach dem Punsch das Auto stehen lassen
- 68 HBLA für Forstwirtschaft Bruck an der Mur: Zukunftsweisender Öko-Bau
- 70 Aus den Bundesländern
- 74 Personalien, Ehrungen, Buch-Tipps & Info-Mix
- 78 Vorschau & Service



Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser!

Wenige Tage vor dem Jahreswechsel ist es legitim, die wichtigsten kommunalen Ereignisse des abgelaufenen Jahres Revue passieren zu lassen und an das kommende Jahr zu denken.

Die Erhöhung der Schwellenwerte und damit die wirkungsvolle Unterstützung der regionalen Wirtschaft, die Orientierungshilfen für kommunale Finanzgeschäfte und die dringend notwendige soziale Absicherung unserer Bürgermeister waren mit Sicherheit die bestimmenden kommunalpolitischen Themen 2009. Der 56. Österreichische Gemeindefesttag in Lech am Arlberg war wieder eine Demonstration der Stärke und Geschlossenheit der heimischen Kommunen und die beschlossene Resolution „Die



Walter Zimper
Geschäftsführer

Wirtschaft braucht starke Gemeinden“ eine klare Ansage für die Notwendigkeit einer funktionierenden und verlässlichen Partnerschaft zwischen Gemeinden und Wirtschaft.

Auch für das Fachmagazin KOMMUNAL war 2009 ein besonderes Jahr. Zu Jahresbeginn wurde die Geschäftsführung durch meinen Bruder Michael verstärkt, im Juni feierten wir mit viel Prominenz, Kunden und alten Freunden unsere 150. Ausgabe und eine aktuelle Leserbefragung bescheinigte uns die unbestrittene Rolle als Nummer 1 der Kommunalpresse in Österreich. Unser Magazin ist einfach unentbehrlich geworden – eine erfreuliche

und stolze Bilanz, auf der wir aufbauen werden!

Das Jahr 2010 wird kein „Spaziergang“ für unsere Gemeinden, aber mit Vernunft und Hausverstand werden sie gut aus der Krise kommen. Anfang September findet der Gemeindefesttag in Graz statt und zeitgleich mit ihm die traditionelle Kommunalmesse, die größte Leistungsschau für Österreichs Gemeinden. Schon jetzt laden wir Sie dazu recht herzlich ein!

Bleibt uns nur noch, Ihnen gesegnete Weihnachten und erholsame Feiertage zu wünschen und uns für Ihre bisherige Treue ganz herzlich zu bedanken. Wir freuen uns auf ein gemeinsames erfolgreiches Jahr 2010!

W. Zimper

Pensionsregelung: Vorwurf zurückgewiesen

Gemeinden haben längst aufs ASVG-System umgestellt

„Die von den Experten kritisierten Pensionsregelungen gibt es auf Gemeindeebene nahezu nicht mehr“, reagierte Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer in einer Aussendung am 6. Dezember auf den Bericht der Expertengruppe zur Verwaltungsreform, in dem vor allem Salzburg, Tirol, Steiermark, Vorarlberg und Kärnten Handlungsbedarf beim Abbau von Pensionsprivilegien attestiert wird. Die Kritik könne nur den Magistraten größerer Städte gelten. Denn 90 Prozent der rund 70.000 Gemeinde-

mitarbeiter (ohne Wien) seien keine Beamten mehr, sondern Vertragsbedienstete, „deren Pensionsregelungen analog zu den ASVG-Pensionen sind“, so Mödlhammer. Als Beispiel nannte er Salzburg: „In den Gemeinden Salzburgs – mit Ausnahme der Landeshauptstadt – gibt es meines Wissens nach nur noch ein Dutzend Beamte im Gemeindedienst.“ Die Kritik der Experten der Verwaltungsreformgruppe betreffe demnach nur einen minimalen Teil der rund 70.000 Gemeindebediensteten. Mödlhammer wies „den Pauschalvorwurf“, der durch die Kritik der Expertengruppe entstehe, zurück. „Es ist nicht in Ordnung, wenn man hier einer gesamten Berufsgruppe Privilegien vorwirft, die 90 Prozent dieser Gruppe schon lange nicht mehr haben.“ Die Gemeinden seien Vor-



Die Gemeinden sind „den Beamten-Stempel“ schon lange los. Mehr als 90 Prozent der Gemeindebediensteten sind nach dem ASVG-Schema angestellt.

reiter bei transparenten Pensions- und Gehaltsregelungen und haben schon lange auf das System der Vertragsbediensteten nach dem ASVG-Recht umgestellt. „Wir waren hier die Vorreiter, lange bevor Bund und Länder überhaupt daran gedacht haben“, betonte der Gemeindebund-Chef.

reiter bei transparenten Pensions- und Gehaltsregelungen und haben schon lange auf das System der Vertragsbediensteten nach dem ASVG-Recht umgestellt. „Wir waren hier die Vorreiter, lange bevor Bund und Länder überhaupt daran gedacht haben“, betonte der Gemeindebund-Chef.

Arbeitslosenaktion: Kontingent für Langzeitarbeitslose in Gemeinden bleibt

Aufstockung von 4000 auf 8000 Stellen kommt nicht

Nichts wird es mit der angekündigten Aufstockung von 4000 auf 8000 vom Arbeitmarktservice AMS geförderten Stellen. Sozialminister Rudolf Hundstorfer hatte eine derartige Aufstockung angedacht, konnte sich damit allerdings nicht durchsetzen. Dafür soll das AMS bis zu 6000 Jugendliche, die nach

ihrem Abschluss an einer höheren Schule oder einer Universität keinen Job finden, fördern. Betriebe, die solche Jugendliche einstellen, sollen sechs Monate lang 50 Prozent des Lohns ersetzt bekommen. Bekräftigt wurde laut „Standard“ von Bundeskanzler Werner Faymann und Minister Hundstorfer,

dass 2010 rund 100.000 Menschen zusätzliche Qualifikationsangebote beim AMS bekommen. Vor allem die Ausbildungen von Fachkräften im Pflege- und Gesundheitsbereich sollen ausgebaut werden. Wer längere Kurse macht, soll zum Arbeitslosengeld auch noch einen Bonus bekommen.

Wasserwirtschaft

194 Millionen Euro Förderung

In der dritten Sitzung der Kommission Wasserwirtschaft 2009 wurden 1543 Neuanträge der kommunalen Siedlungswirtschaft mit einem Investitionsvolumen von rund 377 Millionen Euro und einem Förderungsvolumen von 88,6 Millionen Euro befürwortet.

www.lebensministerium.at

Aufatmen im „Haftungsprozess“: Unterachs Bürgermeister Engelbert Gniger in zweiter Instanz freigesprochen

Überprüfung durch Gemeindearbeiter reicht

Die erstinstanzliche Verurteilung des Bürgermeisters von Unterach am Attersee wegen fahrlässiger Körperverletzung nach einem Wanderunfall wurde in zweiter Instanz aufgehoben. „Ich bin sehr glücklich, dass die Sache gut ausgegangen ist“, erzählt Bürgermeister Engelbert Gniger. Die Richterin habe argumentiert, dass es Eigenverantwortung für Wanderer

gibt (siehe *KOMMUNAL* 10/2009). Seine Freude teilt er mit den Amtskollegen, „wir haben verantwortungsvoll gehandelt und sind deshalb auch nicht verurteilt worden“, so Gniger. Ebenfalls erleichtert zeigte sich der Österreichische Alpenverein (ÖAV) gegenüber dem Standard: „Hätte die Tendenz zur unbeschränkten Haftung der Wegeerhalter in der Rechtsprechung

angehalten, wäre der Österreichische Alpenverein aus finanziellen Gründen mittelfristig gezwungen gewesen, die Wegebetreuung zurückzulegen“, erklärt ÖAV-Vizepräsident Andreas Ermacora. Das Oberlandesgericht Salzburg als zweite Instanz beurteilte die Sache ganz anders. Die Überprüfung durch Gemeindearbeiter sei völlig ausreichend.



Engelbert Gniger, Bürgermeister von Unterach am Attersee

Gemeindefinanzbericht 2009: 2010 erstmals negative Finanzspitze befürchtet

Gemeinden bleiben dennoch wichtigster öffentlicher Investor

Am 14. Dezember stellten Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer, Kommunalkredit-Chef Alois Steinbichler und Städtebund-Generalsekretär Thomas Weninger schon traditionell in der Kommunalkredit den Gemeindefinanzbericht 2009 vor (siehe auch Bericht auf Seite 18 f dieser Ausgabe). Trotz der guten Zahlen für 2008 ist die kommunale Finanzlage nicht einfach. Die Berechnungen der Ertragsanteilsvorschüsse zeigen für 2009 einen Rückgang dieser wichtigsten Geldquelle der Gemeinden von 5,2 Prozent (siehe Details ab Seite 14 ff). Was in Kombination mit den Zahlen des Finanzberichts beeindruckend ist: Von 549 Millionen 2008 geht die freie Finanzspitze der Gemeinden auf prognostizierte 352 Millionen Euro 2009 zurück. Für das Jahr 2010 wird zudem erstmals



Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer, Kommunalkredit-Chef Alois Steinbichler und Städtebund-Generalsekretär Thomas Weninger (von rechts) stellten den Gemeindefinanzbericht vor.

eine negative Finanzspitze von 289 Millionen Euro befürchtet.

Gemildert wird diese Entwicklung nur durch die Tatsache, dass bei den Gemeinden durch die momentan niedrigen Zinsen hier ein Einsparpotenzial von rund 190 Millionen Euro haben. Der Bericht selbst steht auf www.gemeindebund.at zum Download bereit.

Trotz dieser alarmierenden Zahlen bleiben die Gemeinden Österreichs wichtigste öffentliche Investor. Sie finden sich auch nicht wirk-

lich in dramatischen Turbulenzen, wie KOMMUNAL-Interviews mit Spitzenvertretern heimischer Geldinstitute zeigen (siehe Berichte auf den Seiten 16 f, 52 f und 56 ff dieser Ausgabe). Kernaussage: Es ist genug Geld da und die Gemeinden sind nach wie vor als verlässliche und kreditwürdige Partner. Was Mödlhammer und Weninger allerdings einmütig und eindringlich vom Bund forderten, war ein verbindlicher Belastungsstopp sowie endlich das kommunale Konjunkturpaket.

Erbschaftssteuer

ÖVP entschieden gegen Steuer

Auf die Forderungen von Gewerkschaftsbund-Präsident Erich Foglar, Erbschafts- und Schenkungssteuer wieder einführen zu wollen, kontert ÖVP-Abgeordneter Jakob Auer nur mit Unverständnis: „Der ÖGB-Präsident kann es offenbar nicht lassen.“ Aus Auers Sicht wurden mit der Abschaffung der Erbschafts- und Schenkungssteuer wesentliche Entlastungsmaßnahmen für diese und folgende Generationen gesetzt. „Die eigenen vier Wände, das oft hart erarbeitete Eigenheim oder das kleine Familienunternehmen für die nächste Generation ohne hohem finanziellem Aufwand zu übergeben, entlastet nicht nur jeden Einzelnen im privaten Bereich, sondern auch den Mittelstand bei Betriebsübernahmen“, gibt Auer zu bedenken. Er fordert vom ÖGB mehr konstruktive Entlastungsmaßnahmen für die Menschen.

Vor Gericht: Oberösterreichischer Bürgermeister stellt sich gegen Mobilkom

Staatsanwalt ermittelt im Kampf gegen Handymast

Die Mobilkom Austria möchte am Rande einer Siedlung in Neuhofen an der Krems einen Sendemast aufstellen, der Grundeigentümer ist einverstanden. Unter der Voraussetzung, dass der Sender den festgelegten Normen entspricht und das Ortsbild nicht zerstört, hat die Mobilkom daher einen Rechtsanspruch. Bürgermeister Günter Engertsberger stellte jedoch wegen gesundheitlicher Bedenken und eines Gutachtens des Ortsbildbeirates einen negativen Bescheid aus. Der Gemeinderat ist eben-

falls dagegen, sowie zahlreiche Anrainer und Ortsbewohner. Doch diese Woche kam es zum Knalleffekt: Die Mobilkom hat Engertsberger wegen Amtsmissbrauch angezeigt und will nun vor Gericht ihr vermeintliches Recht einklagen.

Engertsberger hatte nicht damit gerechnet, dass die Mobilkom so weit gehen würde, doch jetzt rechnet er damit, dass er rechtlich wenig Chancen haben wird, weiter gegen den geplanten Bau zu stehen. Für ihn geht es aber um den Bewohnerschutz.

Die Mobilkom sucht seit mehr als drei Jahren nach einem geeigneten Standort, der Bürgermeister kontert, dass er dem Mobilfunkbetreiber bereits mehrere Ersatzstandorte angeboten hat. Jetzt ermittelt die Staatsanwaltschaft Linz.

Jeder will telefonieren, aber niemand einen Handymast. Die gesundheitsbeeinflussenden Strahlen sind im Wohngebiet nicht erwünscht. In Neuhofen an der Krems stellen sich Bürger und Bürgermeister Günter Engertsberger (kleines Bild) jetzt auch vor Gericht gegen den geplanten Bau.



Auswertung: Bevölkerungszahlen stehen fest

Wieviele Menschen wohnen wo?

Die endgültigen Bevölkerungszahlen mit Stichtag 31. 10. 2008 stehen nun für jede Gemeinde fest. Sie sind die Basis für die Zuteilung der Ertragsanteile in den Jahren 2009 und 2010. Diese Daten fließen auch in das neue Finanzinformationssystem auf kommunalnet.at ein, das jeder Gemeinde ein Prognosemodell für die Gemeindefinanzen

(siehe auch Seite 22 dieser Ausgabe) bietet. Diese Bevölkerungsstatistik zum Stichtag 31. Oktober 2008 ist gemäß § 9 Abs. 9 des Finanzausgleichsgesetzes 2008 für die Jahre 2009 und 2010 anzuwenden, und zwar konkret für die Kostenbeteiligung der Länder zur Siedlungswasserwirtschaft, länder- und gemeindeweise Anteile an



Die endgültigen Bevölkerungszahlen stehen für jede Gemeinde fest. Sie sind die Basis für die Zuteilung der Ertragsanteile in den Jahren 2009 und 2010.

den Ertragsanteilen, länderweise Anteile an der Finanzzuweisung und länder-

weise Anteile am Kostenersatz zur Abgeltung des Mehraufwandes.

Ertragsanteile

Kärnten erwischt's am schlimmsten

Die Ertragsanteile sind österreichweit um 5,18 Prozent gesunken. Kärnten ist mit einer Reduktion von 7,5 Prozent 2009 am schlimmsten betroffen. Vor allem Gemeinden mit starker Abwanderung haben mit einem Rückgang zu kämpfen und werden so manche Maßnahme verschieben müssen. „7,5 Prozent Rückgang bedeutet einen Einnahmen-Ausfall von insgesamt 12 Prozent“, so Stefan Primosch, Geschäftsführer des Kärntner Gemeindebundes laut Kommunalnet. An laufenden Ausgaben wird seiner Ansicht nach nicht gespart, sondern eher geplante Investitionen hinausgezögert. Gerade kleinere Gemeinden unter 10.000 Einwohnern haben mit den auf die Bevölkerungsanzahl aufgerechneten Ertragsanteilen das Nachsehen. Eine Gebührenerhöhung wird wohl nicht ausbleiben, denn Gemeinden sind dazu angehalten, für ihre Leistungen kostendeckende Gebühren einzuheben, so Primosch.

Verwaltungsreform: Regierung plant erste konkrete Schritte

Kampfansage an reformunwillige Bundesländer

Laut einem Bericht der Tageszeitung „Der Standard“ hat sich die Arbeitsgruppe zur Verwaltungsreform auf einen Zeitplan für die Änderung von Pensionsprivilegien geeinigt. Bis Ende Jänner sollen betroffene Unternehmen wie die Oesterreichische Nationalbank oder die ÖBB

ihre Vorschläge auf den Tisch legen, andernfalls die Regierung die gesetzlichen Möglichkeiten ausloten will, in die Sonderpensionssysteme einzugreifen. Kanzler Werner Faymann packte laut „Standard“ nach dem Ministerrat am 9. Dezember Reformunwillige noch fester

an: „Bundesländer, die uns ausrichten, sie hätten schon genug gespart, bekommen es mit uns zu tun.“ Faymann und Vizekanzler Josef Pröll erwarten sich von der Verwaltungsreform Einsparungen in Höhe von 3,5 Milliarden Euro.

Bürgermeister-Absicherung: Parteien springen auf Gemeindebund-Forderung auf

Endlich kommt Bewegung in die Debatte

Nach intensiver medialer Berichterstattung, ausgelöst durch Wortmeldungen des Gemeindebundes, kommt seit November Bewegung in die Debatte um die soziale Absicherung der Bürgermeister. So macht sich auch

SP-Kommunalsprecher und Ex-Bürgermeister Kurt Gaßner für eine Verbesserung der sozialrechtlichen Absicherung stark. Eine Diskussion über die Attraktivierung und Absicherung des Amtes sei dringend notwendig, so Gaßner, der auch ehemaliger Bürgermeister von Schwertberg ist. „Die BürgermeisterInnen, insbesondere jene, die kleineren Gemeinden vorstehen, brauchen dringend Unterstützung. Die BürgermeisterInnen leisten österreichweit ei-

nen sehr verantwortungsvollen Beitrag zum Funktionieren der Demokratie. Auf der untersten und damit auf der den Menschen nächsten Ebene wird dieses wichtige Amt zunehmend unattraktiv für politisch engagierte Menschen.“

Um alle relevanten Faktoren zu klären, schlägt Gaßner eine breite Diskussion über das BürgermeisterInnenamt vor. Dabei soll ohne Scheuklappen über die Rahmenbedingungen für BürgermeisterInnen gesprochen werden. Mehr auf www.gemeindebund.at

Mag. Kurt Gaßner



WiR sucht starke Teams und Ideen in den Regionen.



ÜBER
€ 150.000,-
PREISGELD!

WETTBEWERB BEENDET!
Alle Infos unter www.wirtschaftinderregion.at

WiR, der mit 150.000,- Euro dotierte, Ideen- und Innovations-Wettbewerb für Initiativen und Kooperationen in den Regionen.

 Wirtschaft in der Region
WiR
Eine Initiative des Österreichischen Wirtschaftsbundes


WIRTSCHAFTSBUND

**Raiffeisen
Meine Bank**



**Wenn's um Gemeinde-Finanzierungen
geht, ist nur eine Bank meine Bank.**

Nur wer in der gleichen Region lebt, weiß auch wirklich, was der Gemeinde wichtig ist und kann auf ihre Bedürfnisse eingehen. Und genau deshalb ist Raiffeisen der beste Partner für alle Finanzierungen öffentlicher Investitionsvorhaben. www.raiffeisen.at

Die öffentliche Hand baut auf das spezialisierte Know-how eines verlässlichen Partners.

Raiffeisen und die Gemeinden Österreichs: Gemeinsam für eine lebenswerte Region



Mit der Raiffeisen Kommunal-Offensive setzt die Bankengruppe einen Schwerpunkt, um die nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung der Regionen durch die öffentliche Hand zu garantieren. Ein umfassendes Produktangebot an flexiblen und sicheren Finanzierungslösungen zu vorteilhaften Konditionen soll die Gemeinden dabei unterstützen, die regionale Wirtschaft zu beleben.

Richtiges Zeichen zur richtigen Zeit
„Als Partner der Wirtschaft seit über 120 Jahren nehmen wir mit der Raiffeisen Kommunal-Offensive auch unsere soziale Verantwortung für die Regionen wahr. Die öffentlichen Investitionen schaffen wichtige Anreize für die regionale Konjunkturbelebung und sichern somit die Arbeitsplätze vor Ort“, erklärt Mag. Wolfgang Mitterberger, Verantwortlicher für Kommunal-Finanzierungen in der RZB.



Bürgermeister Mag. Peter Schönherr und Raiffeisen Geschäftsleiter Stefan Jenewein überzeugen sich vom Baufortschritt am Wasserkraftwerk Neustift.

Vielfalt schafft Flexibilität

Das umfassende Angebot reicht von der Veranlagungsberatung zur Optimierung der Liquidität über Instrumente zur Zinsabsicherung bis hin zu unterschiedlichen Formen von Leasing und Public Private Partnerships (PPP). Auch im Bereich der Wärmeversorgung durch Anlagencontracting oder mit Lösungen für das energieeffiziente Bauen und Sanieren werden die Gemeindebudgets durch Kostenvorteile entlastet. Die vielfältigen Lösungen ermöglichen jeder Gemeinde hohe Flexibilität bei der Planung und Umsetzung ihrer Investitionsvorhaben.

Volle (Wasser)Kraft für Neustift

Neben der wirtschaftlichen Nachhaltigkeit stellt der ökologische Standpunkt der im Rahmen der Raiffeisen Kommunal-Offensive entwickelten und finanzierten Projekte einen immer wichtigeren Aspekt dar. Der Bau des Wasserkraftwerks Neustift im Tiroler Stubaital erfüllt beide Kriterien auf beispielhafte Weise. Zum einen werden heimische Jobs gesichert, wodurch die Wertschöpfung in der Region verbleibt – eine wichtige Maßnahme in Krisenzeiten. Darüber hinaus nimmt die Wasserkraft eine ökologische Spitzenposition bei der Gewinnung von Energie ein. Sie zeichnet sich durch hohe Effizienz aus und schonet die Ressourcen. Die so gewonnene Energie ist erneuerbar, klimafreundlich und CO₂-frei: Ökostrom – ein wichtiger Beitrag für eine lebenswerte Umwelt.

Die Anlage wird im Frühjahr 2010 in Betrieb gehen. Dann werden fast alle der insgesamt 1.450 Haushalte der Gemeinde Neustift durch den von der Anlage gelieferten Ökostrom versorgt werden. Ein gelungenes Beispiel für die zukunftsorientierte Entwicklung der Regionen im Zuge der Raiffeisen Kommunal-Offensive.

Stabilität: Der Grundstein nachhaltiger Investitionen

Die Ereignisse der letzten Jahre haben gezeigt, dass es auch für die öffentliche Hand entscheidend ist, einem leistungsfähigen Bankpartner vertrauen zu können. Gerade in bewegten Zeiten hat das seit über 120 Jahren bewährte Geschäftsmodell von Raiffeisen seine großen Vorteile anschaulich bewiesen. Die genossenschaftlich organisierten Raiffeisenbanken sind dank ihrer ausgeprägten lokalen Verbundenheit stets kompetente Finanz-Wegbegleiter für die Gemeinden. Die Raiffeisen Bankengruppe, bestehend aus rund 570 Raiffeisenbanken, den Raiffeisenlandesbanken und der RZB als renommiertes Spitzeninstitut, bildet einen starken Verbund, der von großer Stabilität und hoher Bonität gekennzeichnet ist. Raiffeisen ist damit ein verlässlicher und professioneller Partner für die Zukunftsvorhaben österreichischer Gemeinden. ■

Das Produktportfolio im Überblick:

- Kommunale Finanzierungslösungen
- Veranlagung
- Zinsabsicherungen
- Leasing
- Ausgliederungsmodelle
- Baulandreservenmodelle
- Public Private Partnership (PPP)
- Anlagencontracting (Wärmeversorgung)
- Performancecontracting (Einsparcontracting)
- Energieeffizientes Bauen und Sanieren (EEBS)

Mehr Informationen zur Raiffeisen Kommunal-Offensive finden Sie unter www.raiffeisen.at



**Raiffeisen
Meine Bank**





Gemeindefinanzen unter der Lupe: Ertragsanteilvorschüsse brechen ein

Prognosen sehen spätestens 2011 Erholung der Finanzen

Der Rückgang der heimischen Wirtschaftsleistung im Jahr 2009 hat spürbare Auswirkungen auf die diesjährige Höhe der gemeinschaftlichen Bundesabgaben und die entsprechenden Ertragsanteilvorschüsse der Gemeinden. Im Jahresvergleich mit 2008 beträgt der Einnahmenausfall 5,2 Prozent. Allerdings zeichnet sich laut Herbstprognose des WIFO eine leichte Erholung der heimischen Wirtschaft ab, die spätestens ab 2011 zu einer Erholung der kommunalen Finanzen führen sollte.



Im Herbst 2009 verfärbten sich scheinbar nicht nur die Blätter, auch die „Gemeinde-Euros“ werden braun und fallen ab. So könnte man die Negativ-Meldungen bei den kommunalen Finanzen auslegen. Aber erste Prognosen zeigen bereits wieder ein – wenn auch zartes – Wachstum an. Für 2010 rechnet das WIFO jedenfalls mit einem BIP-Wachstum von 1,8 Prozent und spätestens für 2011 wird ein Wieder-Erstarken der Gemeindefinanzen erwartet.

Ertragsanteilvorschüsse 2009: Die Bilanz ist negativ

Wifo-Herbstprognose sieht ab 2010 wieder steigende Tendenz

Die heimische Wirtschaft wird dank innerstaatlicher und internationaler Konjunkturpakete wieder wachsen, wenn auch auf vergleichsweise niedrigem Niveau. Für das Jahr 2010 rechnet das WIFO mit einem BIP-Wachstum von 1,8 Prozent.

Prof. Dietmar Pilz

Entscheidende Gründe für den Wirtschaftsabschwung waren die schwierigen Finanzierungsbedingungen, der Einbruch der Exportwirtschaft, ein leichter Rückgang des privaten Konsums sowie die Lage auf dem Arbeitsmarkt. Das durch die genannten Faktoren rückläufige Steueraufkommen wird in der Übersicht „**Abgabenerfolg**“ der aufkommensstärksten gemeinschaftlichen Bundesabgaben deutlich. Das Minderaufkommen bei der Lohnsteuer (-5,8 Prozent) ist nur zum Teil konjunkturbedingt begründet, die Tarifreform, die im Rahmen der Steuerreform 2009 rückwirkend per 1. Jänner 2009 beschlossen wurde, trägt nicht unwesentlich zu dieser negativen Entwicklung bei. Das Umsatzsteueraufkommen ist mit -0,5 Prozent leicht rückläufig; die im September 2008 beschlossenen Teuerungsabfederungsmaßnahmen, wie zum Beispiel die Halbierung des Steuersatzes auf Medikamente (Minderaufkommen an Umsatzsteuer: rund 450 Millionen Euro), drücken das Gesamt-Umsatzsteueraufkommen – unabhängig von der Konjunktorentwicklung. Allerdings dürften sich die Konjunkturpakete, insbesondere die Tarifreform der Steuerreform 2009, auf den privaten Konsum und somit auf das Umsatzsteueraufkommen positiv auswirken. Wie zu erwarten, waren die gewinnabhängigen Abgaben wie

die Einkommensteuer (-12,8 Prozent) und die Körperschaftsteuer (-37,2 Prozent) vom Konjunkturerinbruch am meisten betroffen.

Ertragsanteilvorschüsse 2009 im Vergleich zu 2008

Mit Oktober 2009 stehen die Ertragsanteilvorschüsse für das

Angesichts der sich abzeichnenden Erholung der Wirtschaft wurden die pessimistischen Aussagen, die das WIFO im Juni getroffen hat, in der September-Prognose etwas relativiert.

Jahr 2009 fest. Sie werden auf Basis des Steueraufkommens vom November des jeweiligen Vorjahres bis zum Oktober des jeweiligen laufenden Jahres berechnet.

Der Rückgang der Ertragsanteilvorschüsse 2009 gegenüber 2008 mit -5,2 Prozent reflektiert die konjunkturelle Situation, wie der Tabelle „**Entwicklung kassenmäßiger Gemeinde-Ertragsanteilvorschüsse (Ländertöpfe)**“ zu entnehmen ist.

Die Ländertöpfe – also die Ertragsanteilvorschüsse der Gemeinden eines Bundeslandes – sind das Ergebnis der horizontalen länderweisen Unterverteilung. Die unterschiedliche negative Dynamik der Ländertöpfe selbst ist zum Teil

auf die seit 1. Jänner 2009 anzuwendende Bevölkerungsstatistik der Statistik Austria, aber auch auf das örtliche Aufkommen von Abgaben, wie etwa der Grunderwerbsteuer, zurückzuführen.

Bei der horizontalen Unterverteilung der Ertragsanteile auf die Gemeinden (abgestufte Ertragsanteile) wirkt sich die Anwendung der Bevölkerungsstatistik bei all jenen Gemeinden, die von Abwanderungen betroffen sind, noch massiver auf deren Ertragsanteile aus.

Ausblick auf 2010

Angesichts der sich abzeichnenden Erholung der Wirtschaft wurden die pessimistischen Aussagen, die das WIFO im Juni getroffen hat, in der September-Prognose etwas relativiert. So rechnet das WIFO für das Jahr 2010 bereits mit einem nominellen BIP-Wachstum von 1,8 Prozent und einem Plus von 2,1 Prozent beim privaten Konsum.

Da Steuern auf die konjunkturelle Dynamik verzögert reagieren und dazu die Ertragsanteilvorschüsse zwei Monate nach dem Abgabenaufkommen – also zeitversetzt – angewiesen werden, werden sich die Ertragsanteilvorschüsse auch im Jahr 2010 noch rückläufig entwickeln.

Da Steuern auf die konjunkturelle Dynamik verzögert reagieren und dazu die Ertragsanteilvorschüsse zwei Monate nach dem Abgabenaufkommen angewiesen werden, werden sich die Ertragsanteilvorschüsse auch im Jahr 2010 noch rückläufig entwickeln.



Prof. Dietmar Pilz ist Finanzexperte des Österreichischen Gemeindebundes

Abgabenerfolg

(Oktober 2009 gegenüber Oktober 2008 und Jänner bis Oktober 2009 gegenüber Jänner bis Oktober 2008)

Abgabenart	Abgabenerfolg Oktober			Abgabenerfolg Jänner bis Oktober		
	2008	2009	%	2008	2009	%
Einkommensteuer	396,79	302,41	-23,8	1.753,60	1.529,20	-12,8
Lohnsteuer	1.813,77	1.693,47	-6,6	17.231,50	16.224,51	-5,8
KESSt I	129,21	67,54	-47,7	1.264,67	950,68	-24,8
KESSt II	213,06	215,35	1,1	766,25	769,64	0,4
Körperschaftsteuer	1.147,70	895,37	-22,0	4.694,33	2.946,67	-37,2
Umsatzsteuer	1.620,69	1.689,07	4,2	17.974,12	17.875,28	-0,5
Tabaksteuer	223,82	122,46	-45,3	1.178,48	1.099,41	-6,7
Mineralölsteuer	361,61	386,72	6,9	2.942,87	2.909,92	-1,1
Werbeabgabe	5,69	5,72	0,4	91,16	83,23	-8,7
Grunderwerbsteuer	52,80	47,84	-9,4	534,42	514,48	-3,7
Motorbez. Versst.	111,53	115,00	3,1	1.159,62	1.192,87	2,9

Beträge in Millionen Euro.

Entwicklung kassenmäßiger Gemeinde-Ertragsanteilvorschüsse (Ländertöpfe)

(Dezember 2009 gegenüber Dezember 2008 und Jänner bis Dezember 2009 ggü. Jänner bis Dezember 2008)

Bundesland	Vorschüsse Dezember ¹⁾			Vorschüsse Jänner bis Dezember ¹⁾		
	2008	2009	%	2008	2009	%
Burgenland	19.613.341	17.833.465	-9,08%	200.685.617	187.800.413	-6,42%
Kärnten	49.113.244	43.270.727	-11,90%	500.674.516	462.951.094	-7,54%
Niederösterreich	123.260.975	112.985.032	-8,34%	1.261.835.397	1.199.083.201	-4,97%
Oberösterreich	118.816.770	107.524.940	-9,50%	1.214.900.308	1.146.820.582	-5,60%
Salzburg	51.840.866	46.196.925	-10,89%	538.943.737	504.419.723	-6,41%
Steiermark	96.439.442	86.766.629	-10,03%	984.778.471	926.651.919	-5,90%
Tirol	63.029.249	57.797.726	-8,30%	658.242.537	626.572.967	-4,81%
Vorarlberg	34.386.944	30.665.160	-10,82%	352.167.228	333.942.503	-5,18%
Wien	189.270.427	171.990.544	-9,13%	1.931.967.760	1.860.163.094	-3,72%
Summe	745.771.257	675.031.147	-9,49%	7.644.195.571	7.248.405.495	-5,18%

1) Ohne Zwischenabrechnung und ohne Einkommensteuervorschüsse
Beträge in Millionen Euro.

Ausblick auf 2011

Maßnahmen des Finanzausgleiches ab 2008, wie etwa die Halbierung des Konsolidierungsbeitrages (2008 bis 2010) bzw. dessen gänzliche Abschaffung ab 2011 sowie die zusätzlichen aus Bundesmitteln gewährten 100 Millionen Euro für Gemeinden bis 10.000 Einwohner ab 2011 werden in Kombination mit dem prognostizierten Wirtschaftsaufschwung spätestens ab 2011 zur Stärkung der Gemeindefinanzen beitragen.

Prozentmäßige Entwicklung der Ertragsanteile (2010 gegenüber 2009)

Bgld	K	NÖ	OÖ	S	St	T	V	W	Summe
-4,6	-4,4	-4,7	-4,6	-4,0	-4,3	-4,3	-4,7	-4,5	-4,5

Finanzinformationssystem

Seit 1. Jänner 2009 wird die Anzahl der Hauptwohnsitze einer Gemeinde aufgrund der Zahlen der Bevölkerungsstatistik der Statistik Austria ermittelt. Diese Bevölkerungszahlen werden daher in Zukunft die jährliche Grundlage für die Verteilung der

gemeinschaftlichen Bundesabgaben bilden. Es wird also nicht wie in der Vergangenheit die konstante „Einwohnerzahl“ (für den Zeitraum von zehn Jahren), sondern die variable „Bevölkerungszahl“ für die Prognosen der Gemeindeertragsanteile herangezogen.

Maßnahmen des Finanzausgleichs ab 2008 ... sowie die zusätzlichen aus Bundesmitteln gewährten 100 Millionen Euro für Gemeinden bis 10.000 Einwohner ab 2011 werden in Kombination mit dem prognostizierten Wirtschaftsaufschwung spätestens ab 2011 zur Stärkung der Gemeindefinanzen beitragen.

Aus diesem Grund hat der Österreichische Gemeindebund in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Finanzen, dem Kommunalnet und den Gemeindeaufsichtsbehörden ein „Finanzinformationssystem“ entwickelt, das den Gemeinden für den jährlichen Voranschlag die notwendigen Einnahmedaten (Unterabschnitt 925) liefert (siehe auch Bericht

Diese Bevölkerungszahlen werden daher in Zukunft die jährliche Grundlage für die Verteilung der gemeinschaftlichen Bundesabgaben bilden. Es wird also nicht wie in der Vergangenheit die konstante „Einwohnerzahl“ (für den Zeitraum von zehn Jahren), sondern die variable „Bevölkerungszahl“ für die Prognosen der Gemeindeertragsanteile herangezogen.

Seite 22 dieser Ausgabe). Seit Mitte November sind diese spezifischen Einnahmenpositionen aller Gemeinden auf der Kommunalnet-Homepage kostenlos einsehbar, womit eine – zumindest einnahmenseitige – Planbarkeit für den Voranschlag gegeben ist.

Das WIFO rechnet für 2010 bereits mit einem nominellen BIP-Wachstum von 1,8 Prozent und einem Plus von 2,1 Prozent beim privaten Konsum.

Interview zum Gemeindefinanzbericht 2009

Ergebnis 2008 Prognose 2009 Ausblick 2010

Mitte Dezember stellten Gemeindebund, Städtebund und Kommunalkredit den Gemeindefinanzbericht 2009 vor. In der Diskussion dreht sich aber in Wahrheit – trotz aller Bedeutung des Berichts – längst alles um den aktuellen Stand und die Zukunft der Gemeindefinanzen. KOMMUNAL sprach mit Mag. Alois Steinbichler, Vorstandsvorsitzender der Kommunalkredit Austria.

Mag. Hans Braun

KOMMUNAL: Der Gemeindefinanzbericht über das Jahr 2008 sieht ja noch sehr gut aus. Aber was erwarten Sie, wie sich die finanzielle Situation der Gemeinden im Jahr 2009 entwickeln wird? Oder wie sieht Ihre Prognose für 2010 aus?

Alois Steinbichler: Wir freuen uns, dass wir den Gemeindefinanzbericht heuer zum fünften Mal publizieren können. Und sie haben schon recht, wir sind in der Tat in der Situation, dass der Gemeindefinanzbericht 2009 und das Jahr 2008 (*der Bericht 2009 betrachtet das Jahr 2008, Anm.*) heuer schon historisch sind. Diese Entwicklung ist durch die geänderten externen Umstände begründet. Für uns ist die wichtigste Messlatte immer die freie Finanzspitze.

ze. Diese war im Jahr 2008 noch positiv mit 539 Millionen. Mit dieser positiven Spitze haben die Gemeinden auch immer ein positives Maastricht-Ergebnis gehabt. Derzeit gibt es zwei wichtige Punkte: Erstens – die Prognose für 2010 auf Basis von Annahmen, die wir auch mit Daten vom BMF (*Bundesministerium für Finanzen, Anm.*) ermittelt haben, ergibt ein negatives Ergebnis für die freie Finanzspitze von rund 290 Millionen Euro. Da sind wir dann bei einem Minus von rund 800 Millionen Euro, das gegenüber 2008 bei der Gebarung fehlen wird.

Das ist eine relevante Dimension. Zweitens ist wichtig, dass trotz dieser Ausgangslage eine Entlastung der Gemeinden aus dem Zinsniveau stattfindet. Man hat ja da und dort auch gehört, dass

die Refinanzierungskosten gestiegen sind. Wenn man davon ausgeht, dass das Neuverschuldungsvolumen pro Jahr ungefähr eine Milliarde beträgt und die Spreads (Aufschläge der Ban-

Wichtig ist, dass trotz der Ausgangslage eine Entlastung der Gemeinden aus dem Zinsniveau stattfindet.

Alois Steinbichler über den positiven Aspekt des aktuell sehr niedrigen Zinsniveaus



ken) auf ein Prozent gestiegen sind – dann ist das eine Verteuerung von zirka zehn Millionen.

Dem steht aber gegenüber, dass das momentane Zinsniveau auf einem Allzeittief ist; der 3-Monats-Euribor hält derzeit bei etwa 0,7 Prozent. Da ein großer Teil der kommunalen Kredite variabel verzinst ist, heißt dies auf den Stand der Verschuldung von rund 12 Milliarden eine Einsparung von jährlich rund 190 Millionen Euro. Das ist natürlich ein temporärer Effekt; man weiß nicht, wie lange die Zinsen so tief sein werden; daher gehen wir auch zu unseren Kunden und sagen: Jetzt ist ein guter Zeitpunkt, darüber nachzudenken, die Zinsen längerfristig zu binden (*siehe auch Fakt-Box unten*).

Gibt es darüber hinaus eine Möglichkeit, wie die Gemeinden ihre finanzielle Situation besser einschätzen können?

Wir haben in Zusammenarbeit

Es ist ja nicht so, dass man sagt, die haben eine negative Finanzspitze und können Kredite nie mehr zurückzahlen.

... über die nach wie vor gegebene Kreditwürdigkeit der Gemeinden



mit dem Finanzministerium und dem Gemeindebund ein Informationssystem entwickelt, das den Gemeinden ermöglicht, über unsere Tochtergesellschaft Kommunalnet (www.kommunalnet.at) ihre Finanzplanung erheblich zu erleichtern. Dieses Prognosemodell berechnet sehr detailliert die Ertragsanteile für 2010 und kann so die Planung wesentlich unterstützen.

Sie haben bei der Präsentation der Neustrukturierung der Kommunalkredit vor ein paar Tagen gesagt, dass sich Ihrer Meinung nach die Nachfrage nach Finanzierungen erhöhen wird. Woher sollen die Gemeinden das Geld für die Rückzahlung nehmen, wenn sie schon jetzt zu wenig haben?

Diese Frage der Rückführung stellt sich ja immer. Wir sehen

gerade in der gegenwärtigen budgetären Entwicklung die Möglichkeit, notwendige Investitionen auch auf projektmäßig strukturierter Basis durchzuführen. Das hat verschiedene Vorteile; es gibt Trägergesellschaften, die gemeinsam mit den Projekterrichtern solche Projekte gestalten, betreiben und finanztechnisch darstellen. Neben einer genauen, projektbezogenen Gestion hat dies auch den Vorteil, dass die Gemeinde keine großen Anfangsbelastungen hat, sondern über die Laufzeit mit Beiträgen abdeckt. So gesehen ist das budgetschonend und eine Entlastung der öffentlichen Haushalte.

Das sind aber keine PPP-Projekte?

Sagen wir PPP-ähnliche Projekte. PPP ist ein Kürzel für vieles. Die Bezeichnung „projektmäßig strukturiert“ trifft es wesentlich genauer.

Jüngste Schätzungen sprechen davon, dass die Konjunktur Ende 2010 anziehen wird. Teilen Sie diese Einschätzung?

Die Entwicklung der allgemeinen Wirtschaftsleistung nach unten konnte gestoppt werden. Wir befinden uns derzeit in einer Stabilisierungsphase. Wie rasch eine Wachstumsphase einsetzen wird, kann noch nicht genau prognostiziert werden.

Letzte Frage: Was sagen Sie dazu, dass viele Banken derzeit die Gemeinden als Zielgruppe sozusagen wiederentdecken?

Wir freuen uns über die Aufmerksamkeit in unserem Kundensegment; dies wertet die Position unserer Kunden auf und bestätigt, dass die Kommunalkredit Austria AG in einem wichtigen und attraktiven Kundensegment erfolgreich ist. Zudem zeigt es, dass in Bezug auf die Kreditwürdigkeit dieser Sektor noch immer als attraktiv gilt. Es ist ja nicht so, dass man sagt, „die haben eine negative Finanzspitze und können Kredite nie mehr zurückzahlen“. Die Finanzspitze wird wieder ins Positive drehen und es ist die ureigenste Nutzenfunktion des Bankensektors, temporär erhöhte Finanzierungsbedürfnisse zu bedienen.

Fakt-Box: Zinsabsicherung und die Chancen

Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat zu einer weltweiten Senkung der Leitzinssätze geführt. Im Sommer hat die Europäische Zentralbank (EZB) den Leitzinssatz auf ein historisches Tief von einem Prozent gesenkt; der 6-Monats-Euribor liegt ebenfalls bei einem Prozent – im Oktober 2008 lag dieser Wert noch bei 5,41 Prozent. Wenn man die historische Entwicklung der Zinssätze betrachtet, kann man allerdings davon ausgehen, dass die Talsohle erreicht sein dürfte. Sobald sich die Anzeichen für

eine nachhaltige Erholung der Wirtschaft verdeutlichen und die Inflation zu steigen beginnt, ist wieder mit steigenden Zinsen zu rechnen. Was wiederum bedeutet, dass es sich für Gemeinden anbietet, jetzt ihren bestehenden Kreditvertrag mit variabler Verzinsung auf einen mit Fixzinssatz zu ändern. Profitieren Sie vom aktuellen niedrigen Zinssatz und machen Sie das Risiko eventueller Zinsschwankungen steuerbar.

Entwicklung 6M Euribor



Gemeindefinanzbericht 2009: Kommunale Haushalte unter der Lupe

2008 brachte noch ein positives Ergebnis vor dem Abschwung

Die Gemeindefinanzen entwickelten sich 2008 – wenn auch bereits etwas abgeschwächt – positiv. Vor allem bei den Ertragsanteilen konnte ein starker Anstieg verzeichnet werden. Gleichzeitig hielt der Ausgaben- druck an. Der Konjunkturinbruch 2009 bedeutet für die Gemeinden eine große Herausforderung. Eine Möglichkeit, trotz knapper Haushaltskassen Investitionen aufrechtzuerhalten, sind Projektstrukturen, welche konkrete Finanzströme zur Realisierung nützen.

Mag. Judith Eidenberger

Das Wirtschaftswachstum von real 2,0 Prozent im Jahr 2008 sowie der neue Finanzausgleich sorgten für ein Ansteigen der kommunalen Erträge. So erhöhten sich die Einnahmen der laufenden Gebarung der Gemeinden ohne Wien um 4,1 Prozent auf 12.889 Millionen Euro.

Es waren vor allem die Ertragsanteile an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben, die sich mit einem Plus von 10,7 Prozent auf 5156 Millionen Euro äußerst dynamisch entwickelten. Bereinigt man das Wachstum um den Erlass von Konsolidierungsbeiträgen sowie um die Umwandlung von Bedarfszuweisungen von Transferzahlungen des Bundes in Ertragsanteile, bleibt eine Zunahme von 7,02 Prozent auf fünf Milliarden Euro. Aber auch die Einnahmen aus der Kommunalsteuer stiegen dank erfreulicher Beschäftigungszahlen um 5,4 Prozent auf 1724 Millionen Euro. Die Abgabenerträge – auch als Finanzkraft bezeichnet – errechnen sich aus Gemeindeabgaben und Ertragsanteilen. Beachtliche 7881 Millionen Euro oder 1215 Euro pro Einwohner betrug die Finanzkraft der Gemeinden ohne Wien im Jahr 2008.

Etwas geringer als die Gemeindeabgaben (plus 3,8 Prozent) stie-

Aufgrund des hohen Anteils der variablen Verzinsung an den Zinsausgaben der Gemeinden wäre laut jüngsten Prognosen eine Ersparnis von bis zu 190 Millionen Euro an Zinsendienst möglich.

gen die Gemeindegebühren. Das Plus von 3,2 Prozent entsprach dem Anstieg des Preisniveaus, somit blieben die Einnahmen aus Gebühren der Gemeinden ohne Wien mit 1525 Millionen Euro real stabil.

Steigende Nettoausgaben

Aber nicht nur einnahmenseitig kam es 2008 zu Anstiegen, auch die kommunalen Ausgaben erhöhten sich. Im Jahr 2008 wurde in allen Aufgabenbereichen der Gemeinden eine Steigerung der Nettoausgaben (Ausgaben abzüglich der Einnahmen dieser Kontierungsgruppe) festgestellt. Die Betrachtung der Nettoausgaben macht deutlich, welche Ausgaben aus den laufenden Abgaben gedeckt werden müssen: Größter Ausgabenblock für Österreichs Gemeinden ist demnach der Bildungsbereich mit 1412 Millionen Euro (plus 7,9 Prozent), der aufgrund der Einführung des Gratiskindergartens für Fünfjährige für die kommunalen Haushalte weiter an Be-

deutung gewinnen wird. Besonders hoch waren die Veränderungen 2008 im Bereich Straßen-, Wasserbau und Verkehr (plus 23,8 Prozent auf 588 Millionen Euro), wo vor allem Steigerungen der Straßenbauausgaben beobachtet werden konnten.

Interessant ist auch die Nettoausgabensteigerung im Gesundheitsbereich von 4,5 Prozent auf 877 Millionen Euro. Denn trotz zunehmender Übertragung der Gemeindespitäler auf die Länder und somit geringeren Einnahmen steigen die Nettoausgaben weiterhin, da die Ausgaben in Sprengelbeiträgen zur Finanzierung von Krankenanstalten anderer Rechtsträger umgeschichtet werden. Noch stärker gestiegen sind die Ausgaben für Soziale Wohlfahrt (plus 7,9 Prozent auf 1246 Millionen Euro).

Aufgrund der demografischen und sozio-ökonomischen Entwicklungen ist davon auszugehen, dass Soziale Wohlfahrt und Gesundheit weiterhin zentrale Themen für die Gemeinden bleiben werden. Mit einem Nettovolumen von über 2,1 Milliarden Euro tragen die Kommunen so zu sozialem Zusammenhalt und der Sicherung der Gesundheitsversorgung wesentlich bei.

Leichter Anstieg der Verschuldung

Die Finanzschulden der Gemeinden ohne Wien erhöhten sich mit einer Steigerung von 1,6 Prozent sehr moderat. 2008 lagen die Finanzschulden damit bei 11.227 Millionen Euro. Durchschnittlich 1732 Euro pro Einwohner/in müssten die Kommunen aufbringen, um schuldenfrei zu sein. Im Jahr 2008 befanden sich die Zinssätze noch immer auf sehr hohem Niveau. Für Kommunen bedeutete dies eine hohe Haushaltsbelastung. Die durchschnitt-



Mag. Judith Eidenberger ist Mitarbeiterin der Abteilung Strategie und Recht in der Kommunalkredit Austria.

liche Verzinsung der Gemeinden über alle Schuldenarten betrug 2008 4,06 Prozent und lag damit weit über jener von 2007. Für die Zinsausgaben bedeutete dies einen weiteren Anstieg. Mit 452 Millionen Euro wurden pro Einwohner/in durchschnittlich 70 Euro für den Zinsendienst ausgegeben. Dadurch wird auch der hohe Anteil der variablen Verzinsung bei Krediten der Gemeinden deutlich.

Der höhere Anstieg der laufenden Ausgaben als jener der Einnahmen machte sich 2008 in einem Rückgang des Saldos der laufenden Gebarung von 13,2 Prozent deutlich. Entsprechend negativ entwickelte sich auch die freie Finanzspitze: Mit 549 Millionen Euro lag sie um 11,9 Prozent unter dem Niveau von 2007.

Bei der Erfüllung des innerösterreichischen Stabilitätspaktes verhielten sich die Kommunen musterhaft. Mit einem Maastrichtüberschuss von 188 Millionen

Derzeit wird für 2009 von einem Rückgang der Wirtschaftsleistungen von real 3,4 Prozent ausgegangen, für 2010 wird ein geringes Wirtschaftswachstum von einem Prozent erwartet.

Euro trugen die Gemeinden wesentlich dazu bei, dass das Maastrichtkriterium, wonach das öffentliche Defizit drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts nicht übersteigen darf, erfüllt wurde.

Herausforderungen 2009

Die insgesamt positive Tendenz der kommunalen Haushaltseinnahmen in den letzten Jahren wird 2009 ein abruptes Ende finden. Derzeit wird für das Jahr 2009 von einem Rückgang der Wirtschaftsleistungen von real 3,4 Prozent ausgegangen, für 2010 ein geringes Wirtschaftswachstum von einem Prozent erwartet. Entsprechend gering werden Steuereinnahmen und kommunale Einnahmen ausfallen. Verstärkt trifft diese Einnahmereduktion Abwanderungsgegenden. Denn aufgrund des Fi-

nanzausgleichsgesetzes 2008 wird ab 2009 nicht mehr auf die Volkszählungen, sondern auf die Einwohnerzahl laut Melderegister zurückgegriffen. Damit wirken sich Bevölkerungsrückgänge unmittelbar auf die Ertragsanteileinnahmen aus.

Für 2009 wird aufgrund der drastisch gesunkenen Leitzinsen – und damit in weiterer Folge des allgemeinen Zinsniveaus – mit einer Reduktion des Durchschnittszinssatzes von durchschnittlich 4,06 Prozent auf 2,44 Prozent gerechnet. Aufgrund des hohen Anteils der variablen Verzinsung an den Zinsausgaben der Gemeinden wäre laut jüngsten Prognosen eine Ersparnis von bis zu 190 Millionen Euro an Zinsdienst möglich. Mittels Zinsabsicherungsstrategien könnte dieser Zinsvorteil langfristig erhalten bleiben.

Sinkende Einnahmen der Gemeinden auf der einen und hoher Ausgabendruck auf der anderen Seite bedeuten für Gemeinden, große Herausforderungen meistern zu müssen. Dabei bietet die Abwicklung von Investitionsvorhaben in Projektform mit Berücksichtigung der in diesem Zusammenhang stehenden Einnahmenströme die Möglichkeit, Projekte auf deren Rentabilität zu überprüfen. Damit kann in weiterer Folge eine geringere Haushaltbelastung erreicht werden.

Lesen Sie eine ausführlichere Version mit erklärenden Grafiken auf www.kommunal.at

Details aus dem Gemeindefinanzbericht 2009

Tab. 6: Prognose Ertragsanteile 2010 - Bundesländer im Überblick

	Burgenland	Kärnten	Niederösterreich	Oberösterreich	Salzburg	Steiermark	Tirol
Ertragsanteile abgestuft	140.765.622	328.607.949	675.849.798	835.714.299	355.923.959	672.228.224	440.498.145
geteilt durch abgestufte Bevölkerungszahl	431.415	990.791	2.567.163	2.383.232	934.591	2.051.875	1.166.075
Basisbetrag	326	332	341	351	381	328	378
Faktor 1 1/2	489	497	512	526	571	491	567
Faktor 1 2/3	-	553	569	584	635	546	630
Faktor 2	653	663	682	701	-	655	-
Faktor 2 1/3	-	774	796	818	889	764	881

Tab. 2.: Nettoausgaben der Gemeinden ohne Wien in EUR Mio

	2004	2005	2006	2007	2008
Vertretungskörper, allg. Verwaltung	1.418	1.425	1.476	1.507	1.610
Veränderung zum Vorjahr	1,8%	0,5%	3,5%	2,1%	6,8%
Öffentliche Ordnung u. Sicherheit	212	234	231	251	262
Veränderung zum Vorjahr	-4,0%	10,5%	-1,2%	8,5%	4,5%
Unterricht, Erziehung, Sport	1.151	1.201	1.269	1.308	1.412
Veränderung zum Vorjahr	-1,6%	4,4%	5,7%	3,1%	7,9%
Kunst, Kultur, Kultus	309	301	319	335	358
Veränderung zum Vorjahr	-0,8%	-2,6%	6,1%	5,2%	6,8%
Soziale Wohlfahrt	946	992	1.066	1.155	1.246
Veränderung zum Vorjahr	4,2%	4,8%	7,4%	8,3%	7,9%
Gesundheit	744	788	773	839	877
Veränderung zum Vorjahr	6,6%	5,9%	-1,9%	8,5%	4,5%
Straßen-, Wasserbau, Verkehr	431	470	504	475	588
Veränderung zum Vorjahr	-12,4%	8,9%	7,3%	-5,7%	23,8%
Wirtschaftsförderung	201	202	211	214	229
Veränderung zum Vorjahr	0,9%	0,3%	4,7%	1,6%	6,8%
Dienstleistungen	410	455	488	524	577
Veränderung zum Vorjahr	4,8%	11,0%	7,2%	7,4%	10,2%

Quelle: Kommunalkredit Austria, Statistik Austria 2009.

Tab. 5: Salden-Entwicklung der Gemeinden ohne Wien in EUR Mio.

	2004	2005	2006	2007	2008
Saldo d. lfd. Gebarung	1.071	1.188	1.299	1.586	1.376
Veränderung zum Vorjahr	-15,3%	10,9%	9,4%	22,1%	-13,2%
Freie Finanzspitze	90	317	434	623	549
Veränderung zum Vorjahr	-37,7%	9,2%	37,0%	43,5%	-11,9%
Maastricht-Ergebnis	17	213	322	445	188

Quelle: Kommunalkredit Austria, Statistik Austria 2009.

Fact-Box

Der Gemeindefinanzbericht 2009 wurde heuer zum fünften Mal von der Kommunalkredit Austria (www.kommunkredit.at) in Kooperation mit dem Österreichischen Gemeindebund (www.gemeindebund.at) und dem Österreichischen Städtebund (www.staedtebund.at) herausgegeben.

Auf www.kommunalnet.at steht jedem Nutzer die Ertragsanteilsprognose 2010 für die eigene Gemeinde zur Verfügung. Seit Jänner 2009 wird zudem jedem Nutzer der bewährte Benchmark der eigenen Gemeinde ermöglicht.



Staatsschuldenausschuss mit Empfehlungen zur Budgetpolitik

Die Konjunktur darf nicht gefährdet werden

Die obersten Hüter der gesamtstaatlichen Budgetpolitik sitzen im Staatsschuldenausschuss. Ihren Empfehlungen kommt sowohl für den Bund, aber auch für die Länder und Gemeinden große Bedeutung zu. Für die kommenden Monate und das nächste Kalenderjahr gilt es, die Haushalte einerseits nicht mit zu hohen Ausgaben zu überfordern, andererseits aber auch nicht das zarte Pflänzchen der Konjunktur zu gefährden. Eine KOMMUNAL-Analyse.

Dr. Robert Hink

Die tiefe und globale Rezession hat auch in Österreich schwere Schäden angerichtet und sehr deutliche Spuren hinterlassen. So betrug der Rückgang der realen Wirtschaftsleistung im Jahr 2009 rund 3,5 Prozent gegenüber dem Jahr 2008. Damit war Österreich freilich bei weitem nicht jenes Land, das am schlimmsten getroffen wurde,

Ausgaben für Konjunkturpakete, Steuerreform oder die Leistungsausweitung der Vorjahre in den Bereichen Pflege, Pensionen und Familie belasten die öffentlichen Haushalte enorm. Mit Ende 2009 muss man daher von einer Verschuldungsquote von beinahe 70 Prozent des BIP ausgehen.

im EU-Schnitt betrug der Einbruch nämlich vier Prozent. Dennoch hat die Rezession be-

reits 2009 erhebliche Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt gehabt. Die durchschnittliche Zahl der unselbstständig Beschäftigten reduzierte sich im Zeitraum Jänner bis Oktober um rund 46.000, gleichzeitig erhöhte sich die Zahl der arbeitslosen Menschen um 52.000, obwohl von der Bundesregierung zahlreiche arbeitsmarktpolitische Maßnahmen gesetzt wurden. Ohne diese Gegenmaßnahmen, wie etwa Kurzarbeit oder Ausweitung des AMS-Schulungsangebotes, wäre die Zahl der Arbeitslosen vermutlich drastisch höher. Insgesamt dürfte damit für das Jahr 2009 die Arbeitslosenquote (nach Eurostat-Definition) erstmals seit langem wieder auf über fünf Prozent ansteigen (2008: 3,8 Prozent). Angesichts der verhaltenen Wachstumsaussichten für 2010 ist mit einer weiteren Verschärfung der Lage am Arbeitsmarkt zu rechnen.



Die Summe dieser Maßnahmen, verbunden mit Steuerausfällen, führt für das Jahr 2009 zu einem gesamtstaatlichen Defizit von rund vier Prozent des BIP. Für das Jahr 2010 ist mit einer weiteren Steigerung auf fünf Prozent des BIP (Bruttoinlandsproduktes) zu rechnen. Ausgaben für Konjunkturpakete, Steuerreform oder die Leistungsausweitung der Vorjahre in den Bereichen Pflege, Pensionen und Familie belasten die öffentlichen Haushalte enorm. Mit Ende 2009 muss man daher von einer Verschuldungsquote von beinahe 70 Prozent des BIP ausgehen. Trotz der Krise und ihrer Folgen wird die Budgetsituation von der EU-Kommission kritisch bewertet. Die Überschreitung der Maastricht-Defizitgrenze

von drei Prozent des BIP sei weder vorübergehend, noch unwesentlich, ließ die EU-Kommission wissen und leitete daher folgerichtig Ende Oktober 2009 auch gegen Österreich ein Verfahren wegen des übermäßigen Defizits ein.

Empfehlungen des Staatsschuldenausschusses

Unter diesen Rahmenbedingungen hat der Staatsschuldenausschuss in seiner jüngsten Sitzung folgende Empfehlungen abgegeben:

- ▶ Für das Jahr 2010 sollen keine budgetären Maßnahmen ge-

setzt werden, die die konjunkturelle Entwicklung gefährden könnten.

- ▶ Zur Bremsung der Verschuldungsdynamik und zur Vermeidung übermäßiger gesamtstaatlicher Defizite sind tiefgreifende strukturelle Reformen vorzubereiten. Das Ziel ist es, einen fließenden Übergang zwischen dem Auslaufen von Unterstützungsmaßnahmen hin zu einer Konsolidierung der Haushalte zu erreichen.
- ▶ Ein Durchbruch bei der Neuordnung der öffentlichen Aufgaben bei den Gebietskörperschaften („wer macht was mit welchen Instrumenten“) ist dringend und durch eine gemeinsame Kraftanstrengung anzustreben. Dies ist unter an-



vortr. Hofrat Dr. Robert Hink ist Generalsekretär des Österreichischen Gemeindebundes

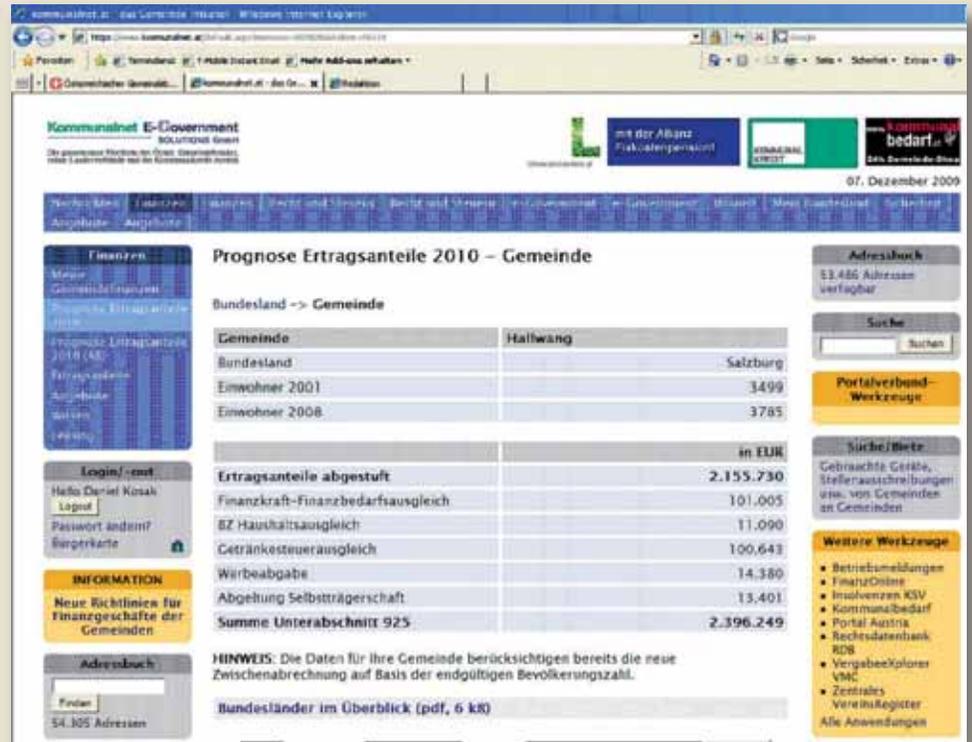
Neues Finanzinformationssystem für Gemeinden

Ein Service-Meilenstein für Österreichs Gemeinden

Ab sofort steht auf kommunalnet.at allen Gemeinden ein neues Werkzeug zur Verfügung, das die Finanzplanung erheblich erleichtern soll. Dieses Prognosemodell berechnet sehr detailliert die Ertragsanteile für das Kalenderjahr 2010.

Daniel Kosak

„Damit setzen wir einen weiteren Meilenstein in der Service-ung unserer Gemeinden“, freut



So sieht es auf dem Bildschirm aus, das neue Werkzeug für eine leichtere Finanzplanung.

Wir ermöglichen den Gemeinden nicht nur einen Blick in die Vergangenheit, um die eigene Budgetpolitik zu vergleichen, sondern sie können auch einen Blick in die Zukunft werfen.

Bgm. Helmut Mödlhammer, Präsident des Österreichischen Gemeindebundes

sich Gemeindebund-Chef Bgm. Helmut Mödlhammer. Schon seit mehreren Jahren bietet kommunalnet.at den Gemeinden ein Benchmarking-System an, über das sich jede Gemeinde mit den durchschnittlichen Gemeindefinanzen im Bezirk, im Bundesland und im österreichweiten Durchschnitt messen kann. „Das war für viele Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sehr hilfreich, weil man genau schauen konnte, wie die eigene Gemeinde in den einzelnen Ausgaben-



Daniel Kosak ist Pressereferent des Österreichischen Gemeindebundes

und Einnahmenbereichen im Vergleich liegt“, so Mödlhammer. „Ob man etwa im Sozialbereich mehr ausgibt als die durchschnittliche Gemeinde des Bezirks. Oder wie sich die Ausgaben für Investitionen, Bildung, Personal oder Dienstleistungen entwickeln.“

Blick in die Zukunft der Gemeindefinanzen

„Nun ermöglichen wir den Gemeinden nicht nur einen Blick in die Vergangenheit, um die eigene Budgetpolitik zu vergleichen, sondern sie können auch einen Blick in die Zukunft werfen“, so Mödlhammer. Das neue System prognostiziert aufgrund aktueller Daten aus dem Finanzministerium und der Statistik Austria die zu erwartende Einnahmen-

entwicklung aus den Ertragsanteilen des Bundes. Dabei werden auch die zu erwartenden Einnahmen aus dem Getränkesteuerausgleich, den Bedarfszuweisungen, der Werbeabgabe und der Selbstträgerschaft berücksichtigt. „Wenn man weiß, dass rund 40% der Einnahmen einer Gemeinde aus den Ertragsanteilen des Bundes bestehen, dann ist ein Prognosemodell hier für die Gemeinden ein sehr wertvolles Werkzeug, um abschätzen zu können, welche finanziellen Handlungsspielräume man im kommenden Jahr haben wird“, so Mödlhammer. Besondere Bedeutung erhält dieses Prognosemodell aufgrund der Tatsache, dass die Ertragsanteile der Gemeinden sich auf Basis der Bevölkerungszahlen errechnen. „Früher gab es ja nur alle zehn

Jahre ein Volkszählung, deren Ergebnis die Basis war und daher auch zehn Jahre gehalten hat. Nun ist es so, dass jedes Jahr die Einwohnerzahl neu berechnet wird, Abwanderungsgemeinden die Verluste also jährlich und nicht nur einmal alle zehn Jahre spüren. Umgekehrt erhalten Gemeinden mit Zuwanderung auch jedes Jahr mehr Geld aus den Ertragsanteilen“, erklärt Mödlhammer. Das Aufkommen der gemeindeeigenen Steuern und Abgaben sei naturgemäß in diesem Prognosemodell nicht enthalten. „Die Kommunalsteuer hängt an den Betrieben und der Anzahl der Arbeitsplätze in einer Gemeinde, das ist kaum prognostizierbar. Auch die Einnahmen aus der Grundsteuer oder den Gebühren können nicht vorhergesagt werden.“

Besonderen Dank spricht der Gemeindebund-Chef dem Finanzminister und seinen Mitarbeitern aus. „Vizekanzler Josef Pröll hat sehr schnell reagiert, als wir mit dieser Idee bei ihm vorgeschlagen haben. Seine Experten haben uns mit unglaublicher Intensität und großem Engagement bei der Umsetzung unterstützt.“

Wie komme ich zum Finanzinformationssystem?

Allen registrierten kommunalnet.at-Nutzer steht das Prognosemodell im Menüpunkt „Finanzen“ – Untermenüpunkt „Prognose Ertragsanteile 2010“ ab sofort zur Verfügung. Nicht registrierte Nutzer können auf www.kommunalnet.at einen kostenlosen Testzugang anfordern, der sie auch für den Zugriff auf das neue System berechtigt.

Die Kommunalsteuer hängt an den Betrieben und der Anzahl der Arbeitsplätze in einer Gemeinde, das ist kaum prognostizierbar. Auch die Einnahmen aus der Grundsteuer oder den Gebühren können nicht vorhergesagt werden.

derem nötig, um die Erfordernisse an die Budgetkonsolidierung sicherzustellen, ohne das Wachstum zu verringern.

- ▶ Der in Gang befindliche Prozess zu Verwaltungsreformen ist auch auf oberster politischer Ebene zu vertiefen und mit fixem Zeitplan zu versehen. Die bisherigen Reformergebnisse waren nicht zufriedenstellend und beschränkten sich auf Teilbereiche. Die Dringlichkeit dieser strukturellen Reformen nimmt durch den massiven Schuldenanstieg des Staates eklatant zu. Eine Rückführung der Verschuldungsquote auf 60 Prozent des BIP erfordert solide öffentliche Finanzen mit Budgetdefiziten in der Nähe von Null.
- ▶ Die Konsolidierungsstrategien für Bund, Länder und Gemeinden sind festzulegen und durch Anpassung der Vorgaben des Stabilitätspaktes rechtlich zu verankern. Das wird Sparpakete bei allen Gebietskörperschaften bedingen und spricht für ein akkordiertes Vorgehen. Die Effektivität der Koordinierungsgremien des Stabilitätspaktes muss erhöht werden.
- ▶ Die Erkenntnisse der Finanzkrise beim Risikomanagement der öffentlichen Hand haben auf allen gebietskörperschaftlichen Ebenen stärker einzufließen. Einer risikoarmen, mittelfristig ausgerichteten Finanzierungsstrategie ist auf allen Ebenen der Vorzug zu geben.

Weg mit den Doppelgleisigkeiten

Der Österreichische Gemeindebund hat in vielen der genannten Bereiche schon aktiv gehandelt und sowohl informell als auch öffentlich Vorschläge gemacht. So hat etwa Gemeindebund-Präsident Bgm. Helmut Mödlhammer schon im Sommer und im Herbst mehrfach eine Aufgabenreform eingefordert. Richtigerweise kann eine Ver-

waltungsreform nur dann gelingen und nachhaltig sein, wenn klar definiert ist, welche Ebene für die Erfüllung und Finanzierung welcher Aufgaben zuständig ist. Hier gibt es nach wie vor zahlreiche Doppelgleisigkeiten zwischen Bund, Ländern und Gemeinden. Auch eine Reform des Finanzausgleichs, mit dem Ziel neue Anreize zur sparsamen und zielgerichteten Verwendung öffentlicher Mittel zu schaffen, wurde bereits mehrfach vom Gemeindebund in die Diskussion eingebracht.

Zu kritisieren ist hingegen, dass der Bund bei der Koordination der Konsolidierungsstrategien und der Absprachemechanismen säumig ist. Nicht nur einmal hat der Gemeindebund bessere Ab-

Zu kritisieren ist, dass der Bund bei der Koordination der Konsolidierungsstrategien und der Absprachemechanismen säumig ist. Nicht nur einmal hat der Gemeindebund bessere Absprache und Zusammenarbeit eingefordert.

sprache und Zusammenarbeit eingefordert. Passiert ist bisher leider nichts. Die führende Rolle, die der Bund in der Koordination dieser Bereiche ausfüllen müsste, spielt er derzeit leider nicht.

Direkt und überaus schnell hingegen hat der Gemeindebund im Hinblick auf die Veranlagung öffentlicher Mittel reagiert. Im Sommer 2009 wurden in Zusammenarbeit mit dem Staatsschuldenausschuss, der Nationalbank, dem Rechnungshof und der Kammer der Wirtschaftstreuhänder neue Richtlinien für Finanzgeschäfte der Gemeinden erarbeitet und präsentiert. Diese Richtlinien wurden zwischenzeitlich allen österreichischen Gemeinden zur Kenntnis gebracht und vom Gemeindebund empfohlen. Sie stellen – wenn man sich an sie hält – einen Schutzschirm für die Gemeinden dar. Der Gemeindebund befindet sich also – nicht nur weil er Mitglied dieses Gremiums ist – voll und ganz auf der Linie des Staatsschuldenausschusses und teilt dessen Einschätzung.

Das Anti-Korruptionsgesetz 2009: Die wesentlichen Tatbestände

Neues Gesetz bringt endlich Rechtssicherheit

Durch das Korruptionsstrafrechtsänderungsgesetz 2009 wurden die erst 2008 neu gestalteten „Bestechungsdelikte“ erneut geändert, wobei kein Stein auf dem anderen blieb: Wir haben nunmehr ein vollkommen neues Korruptionsstrafrecht. Das wesentlichste: Jeder Amtsträger (früher erfasste das Gesetz nur „Beamte“) ist strafbar, der für eine pflichtwidrige oder pflichtgemäße Handlung oder Unterlassung einen Vorteil fordert, annimmt oder sich versprechen lässt.

Österreich wird derzeit von sogenannten „Justizskandalen“ gebeutelt, ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss jagt den anderen. Man kann sich andererseits des Eindrucks nicht erwehren, dass Strafanzeigen in der Politik zur Tagesordnung gehören.

Der Titel in der Zeitschrift „Format“ vom 9. 9. 2008 „Aufstand der Sponsoren: Korruptionsgesetze vermiesen den Firmen die Sponsorlaune, Kultur- und Sportevents geraten in Bedrängnis“, ist nur die halbe Wahrheit über die Verschärfung der Korruptionstatbestände durch das Strafrechtsänderungsgesetz 2008. Denn auf der anderen Seite steht der öffentliche Amtsträger, der zu vielen Veranstaltungen Einladungen erhält, Freikarten für Sportveranstaltungen mit anschließendem Essen im VIP-Zelt und ähnliches.

Europaweit stellt sich die Frage der (Un)Zulässigkeit des „Anfürtens“, erst vor kurzem hat sich der deutsche Bundesgerichtshof (AZ 1 StR 260/08) damit auseinandergesetzt: Ein Vorstandsvorsitzender einer großen Aktiengesellschaft hatte die Versendung von Weihnachtsgrußkar-

ten veranlasst, denen Gutscheine für Eintrittskarten zu Fußballspielen der FIFA-WM 2006 im Stadion von Stuttgart oder Berlin beigelegt waren (sogenannte Ticketaffäre). Unter den Empfängern waren der Ministerpräsident und fünf Minister des Landes Baden-Württemberg sowie der beamtete Staatssekretär im Bundesumweltministerium. Diese Fälle berühren das tägliche Leben, denn kein (höherer) Beamter hatte nicht schon einmal solche oder ähnliche Erlebnisse. Nun weiß man nicht mehr, ob man sich freuen soll oder die Einladung – samt Freikarten – sogleich entsorgen muss. Der Gesetzgeber befand 2008, dass selbst die Annahme eines Blumenstraußes oder eine „kleine“ Einladung ins Restaurant keine Ausnahmen von der Strafbarkeit mehr darstellt, sei es wegen Sozialüblichkeit, sei es wegen geringen Werts. Sozial üblich sollte es vielmehr sein, selbst geringfügige Vorteile für ein konkretes Handeln oder Unterlassen nicht nur nicht zu fordern, sondern – soweit angeboten – zurückzuweisen. Ergänzte man vorerst die Korruptionsdelikte um den Tatbestand



Als Folge der neuen Ausgestaltung der Bestechungsdelikte durch das Korruptionsstrafrechtsänderungsgesetz 2009 im August dieses Jahres und der Einführung des weiten Begriffs des „Amtsträgers“ werden nicht nur Beamte und Mitarbeiter der Gemeinden, sondern auch Mitarbeiter kommunaler Verwaltungsgemeinschaften von Großgemeinden erfasst.

des sogenannten „Anfütterns“ von Amtsträgern (§ 304 Abs 2 StGB idF des Strafrechtsänderungsgesetzes 2008), gilt seit 1. 9. 2009 anderes in abgemilderter Form.

Als Folge der neuen Ausgestaltung der Bestechungsdelikte durch das Korruptionsstrafrechtsänderungsgesetz 2009 im August dieses Jahres und der Einführung des weiten Begriffs

Nicht nur der Bürgermeister als solcher, sondern auch als Obmann des Müll-, Abwasser- oder Wasserverbandes und sonstige Funktionsträger der Gemeinden stehen im Zentrum.

des „Amtsträgers“ werden nicht nur Beamte und Mitarbeiter der Gemeinden, sondern auch Mitarbeiter kommunaler Verwaltungsgemeinschaften von Großgemeinden erfasst. Mitarbeiter kommunaler Verwaltungsgemeinschaften von Kleingemeinden, die durch die Ausnahme von der Rechnungshofkontrolle nicht als Amtsträger zu sehen sind, stehen dagegen im Geltungsbereich der im Jahr 2008 eingeführten „Bestechungsbestimmungen“ für den privaten Unternehmerbereich.

Damit fallen nicht nur Beamte, sondern alle Amtsträger und Mitarbeiter privater Unternehmen, deren sich Gemeinden für die Erbringung von Dienstleistungen in der Daseinsvorsorge bedienen, in den Geltungsbereich der strafrechtlichen Korruptionstatbestände.

Somit steht nicht nur der Bürgermeister als solcher, sondern auch als Obmann des Müll-, Abwasser- oder Wasserverbandes und sonstige Funktionsträger der Gemeinden im Zentrum.

Korruptionstatbestände

Durch das Korruptionsstrafrechtsänderungsgesetz 2009 (BGBl I 2009/98) wurden die bereits durch das Strafrechtsänderungsgesetz 2008 (BGBl I 2007/109) umfassend neu gestalteten „Bestechungsdelikte“ erneut geändert, wobei kein Stein auf dem anderen blieb: Wir haben nunmehr ein voll-

kommenes neues Korruptionsstrafrecht. Vorliegend wird nur die geltende Fassung, die am 1. September 2009 in Kraft getreten ist, dargestellt. Die neuen Strafbestimmungen sind nur in Strafsachen nicht anzuwenden, in denen vor dem 1. September 2009 das Urteil erster Instanz gefällt worden ist. Sollte ein davor ergangenes Urteil aufgehoben werden, muss für jeden Einzelfall ein Günstigkeitsvergleich (im Sinne der §§ 1, 61 StGB) angestellt werden. Dieser Bereich wird jedoch im Nachstehenden nicht angesprochen.

Jeder Amtsträger (früher erfasst das Gesetz nur „Beamte“) ist strafbar, der für eine pflichtwidrige oder pflichtgemäße Handlung oder Unterlassung einen Vorteil fordert, annimmt oder sich versprechen lässt. Die Strafdrohung für die Vornahme eines pflichtgemäßen Amtsgeschäfts ist etwas niedriger als in Fällen, in denen das Amtsgeschäft auch pflichtwidrig vorgenommen wird. Der neue Amtsträgerbegriff soll nach den Bestrebungen des Gesetzgebers in einem weiten Bereich alle Personen umfassen, die in irgendeiner Weise mit

Aus der Sicht der Wirtschaft

Österreich ist ein sauberes Land

Das Anti-Korruptionsgesetz hat natürlich auch Auswirkungen auf die gängigen Praxen des österreichischen Wirtschaftslebens. Christoph Leitl, Chef der Wirtschaftskammer Österreich, auf die Fragen von KOMMUNAL:



Wirtschaftskammer-Chef Christoph Leitl zum Anti-Korruptionsgesetz.

Wie kommentieren Sie aus Sicht der Wirtschaft das neue Antikorruptionsgesetz?

Österreich ist grundsätzlich ein sehr solides und sauberes Land. Korruption ist ein Tatbestand, der nur sehr, sehr selten vorkommt. Ich beurteile die Novelle daher grundsätzlich positiv, da sind auch keine großen Spitzfindigkeiten drinnen.

Aus ihrer Erfahrung mit Kommunalpolitik: Ist ein Bürgermeister oder der Obmann eines kommunalen Verbandes überhaupt in der Lage, Einladungen oder Geschenke abzuschlagen? Wird er da nicht recht bald als „Sonderling“ gelten und nicht mehr gewählt werden?

Also ist erstens niemand verpflichtet, etwas anzunehmen und zweitens hängt das immer davon ab, was und wieviel. Grundsätzlich gilt ja auch für Einladungen, dass „beim Reden die Leut' zusammenkommen“. Deswegen würde ich mir wünschen, dass wir hier nicht zu kleinlich sind.

Andererseits erwarte ich mir bei Geschenken und Einladungen aber sowohl von Wirtschaftstreibenden als auch Kommunalpolitikern, dass sie vorsichtig sind – vor allem was den Wert von kleinen Geschenken angeht. Ein bisschen Feinfühligkeit von beiden Seiten ist hier angebracht.

Österreich kommt in den aktuellen Korruptionsindizes nicht besonders gut weg. Was sagen Sie dazu?

Wir sind in diesen Indizes weltweit im Spitzenfeld der nicht von Korruption betroffenen Länder zu finden. Und wenn wir einmal um zwei oder drei Plätze zurückgefallen sind, würde ich mir darüber keine großen Gedanken machen. Ich halte das eher für Zufälligkeiten.

öffentlichen Aufgaben – auch im Zusammenhang mit ihrer Tätigkeit in „öffentlichen Unternehmen“ – befasst sind.

Der neue Begriff des „Amtsträgers“

Nicht nur Beamte, sondern „Amtsträger“ werden von den zentralen Korruptionstatbeständen erfasst. Das StGB bietet hierfür eine Begriffsdefinition: § 74 StGB (1) Im Sinn dieses Bundesgesetzes ist [. . .] Z 4 a. Amtsträger: jeder, der a) Mitglied eines inländischen verfassungsmäßigen Vertretungskörpers ist, soweit er in einer Wahl oder Abstimmung seine Stimme abgibt oder sonst in Ausübung der in den Vorschriften über dessen Geschäftsordnung festgelegten Pflichten eine Handlung vornimmt oder unterlässt, b) für den Bund, ein Bundesland, einen Gemeindeverband, eine Gemeinde, für einen Sozialversicherungsträger oder deren Hauptverband, für einen anderen Staat oder für eine internationale Organisation Aufgaben der Gesetzgebung, Verwaltung oder Justiz als deren Organ oder Dienstnehmer wahrnimmt, mit Ausnahme der in lit. a genannten Amtsträger in Erfüllung ihrer Aufgaben, c) sonst im Namen der in lit. b genannten Körperschaften befugt ist, in Vollziehung der Gesetze Amtsgeschäfte vorzunehmen, oder d) als Organ eines Rechtsträgers oder aufgrund eines Dienstverhältnisses zu einem Rechtsträger tätig ist, der der Kontrolle durch den Rechnungshof, dem Rechnungshof gleichartige Einrichtungen der Länder oder einer vergleichbaren internationalen oder ausländischen Kontrolleinrichtung unterliegt und weit überwiegend Leistungen für die Verwaltung der in lit. b genannten Körperschaften erbringt.

Amtsträger als Mitglieder verfassungsmäßiger Vertretungskörper

Das StGB versteht grundsätzlich unter „verfassungsmäßigen Vertretungskörpern“ den Nationalrat, Bundesrat, Bundesversammlung und die Landtage (vgl §§ 250, 251 StGB), jedoch wird von dieser Begriffsbestimmung

Das StGB (Strafgesetzbuch) versteht grundsätzlich unter „verfassungsmäßigen Vertretungskörpern“ den Nationalrat, Bundesrat, Bundesversammlung und die Landtage, jedoch wird von dieser Begriffsbestimmung auch der Gemeinderat ..., mit umfasst sein.

auch der Gemeinderat, der vom VfGH als „allgemeiner Vertretungskörper“ qualifiziert wird, mit umfasst sein (Art 117 B-VG). Amtsträger iSd § 74 Abs 1 Z 1 4 a lit a StGB sind

- ▶ Bürgermeister (haupt- und nebenberufliche)
- ▶ Mitglieder des Gemeinderats, und zwar
 - ▶ im Zusammenhang mit einer Wahl oder Stimmabgabe im Gemeinderat
 - ▶ soweit sie im Rahmen der Geschäftsordnung Pflichten haben und diese ausüben.

Amtsträger als Organe öffentlich-rechtlicher Körperschaften

Dieser Amtsträgerbegriff ist organisatorisch zu verstehen: Organe der genannten Körperschaften (Gemeindeverband, Gemeinde) sind natürliche Personen in besonderer staatlicher Funktion, daher der Bundespräsident, die Bundesminister und Staatssekretäre und die Mitglieder der Landesregierungen sowie die auf Zeit gewählten, ernannten berufsmäßige oder vertraglich bestellten Organe der Verwaltung und die Bürgermeister, soweit sie Aufgaben der Gesetzgebung, Verwaltung oder Justiz wahrnehmen.

Aufgrund des organisatorisch zu verstehenden Amtsträgerbegriffs ist als Dienstnehmer jede Person zu verstehen, die von einer der genannten Körperschaften in einem Verhältnis persönlicher und wirtschaftlicher Abhängigkeit gegen Entgelt und unter Einbindung in die Organisationsstruktur der Körperschaft beschäftigt wird. Dazu zählen auch Personen, die untergeordnete, jedoch zum eigentlichen Dienstbetrieb gehörige Hilfsdienste erbringen, nicht aber solche, die lediglich die äußeren Voraussetzungen für den eigentlichen Amtsbetrieb schaffen, ohne zu Vollziehungsaufgaben beizutragen (zB Reinigungspersonal, Hausarbeiter, Kraftfahrer, Portiere).

Aus dem Gemeindebund

Stärkung der Wirtschaftsmacht Gemeinde

Das Antikorruptionsgesetz soll die Basis dafür sein, dass sich nicht nur Österreichs Ranking in den Korruptions-Indizes wieder verbessert, sondern verfolgt auch die Ziele, den Wirtschaftsstandort Österreich zu stärken, eine wirksame Verfolgung von wirtschaftlicher, behördlicher und politischer Korruption zu ermöglichen,

und vor allem den Entscheidungsträgern Rechtssicherheit zu geben. Für die Normunterworfenen, vor allem Amts- und Mandatsträger aus Politik und öffentlicher Verwaltung, soll das Antikorruptionsgesetz klare



Dr. Robert Hink

Anhaltspunkte schaffen, wie man sich in Ausübung seiner Funktion zu verhalten hat. Freilich tauchen dabei gesetzliche Bestimmungen auf, die erläuterungsbedürftig sind. Nicht immer ist sofort klar, wer unter den Amtsträgerbegriff fällt oder was etwa unter Sozialadäquanz zu verstehen ist.

Für uns als Interessensvertretung der Gemeinden und damit auch Partner der Bürgermeister/innen und Gemeindevertreter/innen lag es auf der Hand, einen Leitfaden zu diesem Gesetz zu erstellen, weil die Bekämpfung von Korruption auch für unsere Gemeinden einen Standortvorteil erbringt. Ein sauberer Umgang mit Geschenkanahmen oder Einladungen ist dabei eine Selbstverständlichkeit. Es geht uns darum, den Verantwortungsträgern in den Gemeinden Klarheit und Sicherheit zu geben.

wirkl. Hofrat Dr. Robert Hink
Generalsekretär des
Österreichischen Gemeindebundes

Dr. Gabriele Aicher-Hadler ist Generalanwältin an der Generalprokuratur beim Obersten Gerichtshof

Interview zum Thema: Justizministerin Claudia Bandion-Ortner im KOMMUNAL-Gespräch

Thermoskannen-Besprechungen sind nicht Sinn der Sache

Mit dem Anti-Korruptionsgesetz wird unter anderem geregelt, was kommunale Mandatare künftig „dürfen und was nicht“. Für KOMMUNAL führte Justizministerin Claudia Bandion-Ortner aus, was die Ziele der Novelle waren und wieso das neue Gesetz eine Verbesserung ist

Was ist die Zielsetzung des Anti-Korruptionsgesetzes?

Die Zielsetzung war in erster Linie eine Präzisierung, weil das alte Gesetz die Menschen sehr verunsichert hat. Niemand hat gewusst, was er darf und was nicht. Dass man aus Verunsicherung mit der Thermoskanne zu dienstlichen Besprechungen geht, kann aber wohl nicht Sinn der Sache sein.

Warum ist das neue Gesetz eine Verbesserung?

Weil es die notwendigen Präzisierungen und Klarstellungen

Wenn Sie so wollen, wird das „ganz normale“ Verhalten im geschäftlichen Umgang nun eindeutig nicht mehr erfasst. Kaffee, Mineralwasser oder Brötchen sind ebenso wenig strafrechtlich relevant wie etwa Trinkgelder für den Briefträger, ein Blumenstrauß für die Krankenschwester oder eine allgemein übliche Flasche Wein.

trifft und damit die Rechtssicherheit erhöht. Das betrifft den Begriff des Amtsträgers ebenso wie die Bestimmungen über Veranstaltungen oder die oft diskutierte soziale Adäquanz. Außerdem wird eine Klarstellung im Verhältnis von Dienstrecht und Korruptionsstrafrecht getroffen. Eine Leistung oder Zuwendung im Zusammenhang mit pflichtgemäßem Verhalten ist dann nicht sozialadäquat, wenn sie dienstrechtlich ausdrücklich verboten ist. Umgekehrt ist sie jedenfalls sozialadäquat, wenn sie dienstrechtlich erlaubt ist. Wenn Sie so wollen, wird das „ganz normale“ Verhalten im geschäftlichen Umgang nun eindeutig nicht mehr erfasst. Kaffee, Mineralwasser oder Brötchen sind ebenso wenig strafrechtlich relevant wie etwa Trinkgelder für den Briefträger, ein Blumenstrauß für die Krankenschwester

Justizministerin Claudia Bandion-Ortner im Gespräch zum Anti-Korruptionsgesetz.

oder eine allgemein übliche Flasche Wein. Allerdings gibt es nicht nur solche Klarstellungen, sondern schwere Korruption wird künftig unter strengere Strafe gestellt.

Wird mit dem Gesetz folgender Argumentation ein Riegel vorgeschoben: Ein Bürgermeister oder Obmann eines Abwasserverbandes einer kleinen Gemeinde kann nach landläufiger Meinung manche Einladungen kaum abschlagen, da er/sie dann recht bald als „Sonderling“ gilt und nicht mehr gewählt werden wird.

Bürgermeister dürfen Einladungen zu gesellschaftlichen Ereignissen in Ausübung ihrer Funktion natürlich annehmen. Allerdings nicht, wenn die Einladung mit einer konkreten zeitnahen Amtshandlung erfolgt und der Vorsatz besteht, diese pflichtwidrig zu setzen. Die so genannte „Anfütterung“ beginnt dort, wo eine konkrete Amtshandlung wahrscheinlich ist. Um bei Ihrem Beispiel zu bleiben: Niemand wird sich daran stoßen, wenn ein Bürgermeister bei der Eröffnung eines Betriebes teilnimmt und es dort ein Buffet gibt. Ein Problem wird es aber, wenn folgendes passiert: In einer Gemeinde wird Grünland unzulässig in Bauland umgewidmet und später wird auf diesem Gebiet ein Betrieb errichtet. Wenn sich herausstellt, dass der Bürgermeister sich bereits im Vorfeld der Umwidmung vom Betriebsinhaber mehrmals zu einem teuren Essen einladen hat lassen, dann wird er wohl mit dem Gesetz in Konflikt geraten. Dann ist die Einladung nämlich ziemlich eindeutig im Hinblick auf diese Umwidmung, also eine pflichtwidrige Amtshandlung, erfolgt.

Anerkanntermaßen führt schlechte Bezahlung und schlechte soziale Ab-



Foto: © ÖVP/ Glaser

sicherung Menschen in Versuchung oder macht sie anfälliger für Bestechung. Könnte man dem Problem mit einer der Leistung und Verantwortung adäquaten Bezahlung der kommunalen Mandatare, die sozial teilweise schlechter gestellt und bezahlt werden als Sekretär/e/innen, einfach einen Riegel vorschieben? Diese Bereiche sollte man nicht vermischen. Die eine Frage ist, wie kommunale Mandatare bezahlt werden, die andere, ob sie sich korrekt verhalten. Öffentliche Tätigkeit muss natürlich entsprechend gut entlohnt werden. Aber eine (vermeintlich oder tatsächliche) schlechte Bezahlung darf niemals als Entschuldigung für korruptes Verhalten dienen. Andererseits kann man auch durch eine noch so gute Bezahlung korruptes Verhalten niemals ganz ausschließen.

Österreich kommt aufgrund der Verflechtungen von Wirtschaft und Politik in den aktuellen Korruptionsindizes nicht besonders gut weg. Was sagen Sie dazu?

Wenn Sie die vor kurzem veröffentlichte Liste von Transparency International meinen, muss ich Ihnen widersprechen. Diese Liste umfasst 180 Länder, wobei wir auf Platz 16 liegen und auf einer Skala von 0 (als sehr korrupt wahrgenommen) bis 10 Punkten (als wenig korrupt wahrgenommen) 7,9 Punkte aufweisen. Das ist vielleicht kein Grund zum Jubeln, es ist aber auch nicht dramatisch. Deutschland liegt in etwa gleich wie wir, und einige europäische Staaten, zum Beispiel Belgien, liegen hinter uns. Aber natürlich müssen wir den Kampf gegen Korruption noch verstärken, wobei ich schon darauf hinweise, dass Korruptionsbekämpfung eine Querschnittsmaterie ist, die nicht nur die Justiz und nicht nur das Strafrecht betrifft. Dienstrecht, Ausbildung, Vorbildwirkung, Bewusstseinsbildung – all das und noch mehr gehört zur Korruptionsprävention und -bekämpfung.

Ist mit dem Gesetz jetzt Rechtsicherheit für die Betroffenen gegeben?

Ja, weil es zu den vorher erwähnten Klarstellungen gekommen ist.

Für die Verbandsverantwortlichkeit ist es gleichgültig, in welcher Begehungsform der Entscheidungsträger handelt. Er kann somit als unmittelbarer Täter, als Bestimmungs- oder Beitragstäter handeln.

Ob die Aufgaben im Rahmen der Hoheitsverwaltung (in Vollziehung der Gesetze) oder der Privatwirtschaftsverwaltung wahrgenommen werden, ist für die Amtsträgereigenschaft nach § 74 Abs 1 Z 4 a lit a ohne Bedeutung, da beide Arten der Verwaltung umfasst sind. Amtsträger iSd § 74 Abs 1 Z 4 a lit b StGB sind:

- ▶ Bürgermeister;
- ▶ Gemeindebedienstete im Verwaltungsbereich;
- ▶ Mitglieder des Gemeindevorstands (Stadtrats);
- ▶ Mitglieder des Gemeinderats, und zwar soweit sie im Bereich der „Gesetzgebung“ und im Bereich der Verwaltung tätig werden,
- ▶ nicht aber Reinigungspersonal, Hausarbeiter, Kraftfahrer, Portiere.

Gemeinderäte (allgemeine Vertretungskörper nach Art 117 Abs 1 lit a B-VG) sind die Repräsentationsorgane der Gemeinden, deren von Art 116 B-VG verfassungsrechtlich festgelegter Kompetenzbereich die Hoheits- und Privatwirtschaftsverwaltung umfasst. Die Gemeinderäte sind demnach Verwaltungsorgane, das Handeln ihrer Mitglieder als (Teil)Organwalter dieses Organs ist stets als Verwaltungshandeln zu qualifizieren und erfüllt damit unzweifelhaft das Kriterium des Amtsträgers, sofern ihnen nicht sogar Beamtenqualifikation zukommt.

Amtsträger als „sonstige“ Befugte

Der Auffangtatbestand erfasst jene Personen, die – ohne Organ oder Dienstnehmer im organisatorischen Sinn zu sein – „sonst“ im Namen eines Gemeindeverbands oder einer Gemeinde „in Vollziehung der Gesetze“ befugt sind, Amtsgeschäfte vorzunehmen. Nach § 74 Abs 1 Z 4 a lit c StGB werden somit zusätzlich aufgrund ihrer funktionalen Tätigkeit Personen erfasst, wozu insbesondere beliebige Unternehmer – wie zB der Mechaniker bei einer Kfz-Überprüfung gemäß § 57 a KFG – zählen.

Organe und Dienstnehmer der Selbstverwaltungskörper (zB Arbeiterkammer, Handelskammer, Landwirtschaftskammer oder – auf Gemeindeebene von Interesse – Fremdenverkehrsverbände) sind – soweit sie nicht in Vollziehung der Gesetze handeln – nicht „Amtsträger“ und scheiden demnach als Täter der Korruptionsbestimmungen aus.

Amtsträger als Organe oder Bedienstete von Rechtsträgern ausgegliederter Verwaltungstätigkeit

Damit sollen Mitarbeiter jener Rechtsträger erfasst werden, in die staatliche Verwaltungstätigkeit im engeren Sinn ausgegliedert wurde, sofern dieser der Kontrolle des österreichischen Rechnungshofs, eines Rechnungshofs eines Bundeslandes oder einer vergleichbaren internationalen oder ausländischen Kontrolleinrichtung unterliegt und der darüber hinaus überwiegend Leistungen für den Betrieb der Gebietskörperschaften erbringt.

Damit werden Mitarbeiter kommunaler Eigenbetriebe erfasst, die von Großgemeinden (mit mehr als 20.000 Einwohnern) allein oder in Form einer Verwaltungsgemeinschaft mit anderen Großgemeinden geführt werden, weil diese der Rechnungshofkontrolle unterliegen (Art 127 a Abs 3 B-VG).

Fact-Box: Schriftenreihe RFG

Details zu allen Korruptionstatbeständen, zur Verantwortlichkeit von Gemeindeverbänden und einen Überblick über das Strafverfahren finden Sie in der Ausgabe 5/2009 der RFG-Schriftenreihe „Verantwortlichkeit bei Amtsmissbrauch und Korruption“ von Gabriele Aicher-Hadler!

MANZ Bestellservice:
Gabriele Aicher-Hadler,
„Verantwortlichkeit bei Amtsmissbrauch und Korruption“, (2. Auflage). 52 Seiten, 14,60 Euro
Tel.: (01) 531 61-100
Fax: (01) 531 61-455
E-Mail: bestellen@manz.at

Klimaschutz beginnt in den Gemeinden, neue Projekte für die Zukunft

Klimaschutz-Gemeinde – Wenn Landwirte zu Ölscheichs werden

Wer sind Österreichs

Klimaschutz-Gemeinden

2009? Der vom Gemeinde-

bund, Verbund und

Lebensministerium aus-

geschriebene Wettbewerb

kürte Gemeinden, die sich

zum Ziel setzten, aus

alten Strukturen neue

Wege zu beschreiten.

Zum zweiten Mal wurde heuer die Auszeichnung „Österreichs Klimaschutz-Gemeinde“ verliehen. Am 25. November 2009 überreichten Umweltminister Niki Berlakovich, Verbund-Vorstandsvorsitzender Wolfgang Anzengruber und Gemeindebund-Präsident Bgm. Helmut Mödlhammer im Rahmen eines festlichen Galaabends im Wiener Konzerthaus die grün umrandete Ortstafel mit dem Schriftzug „Österreichs Klimaschutz-Gemeinde 2009“ und Preisgeld in Höhe von 90.000 Euro. Fast 100 Gemeinden haben ihre Klimaschutzprojekte eingereicht und der Jury, bestehend aus Umweltminister Niki Berlakovich, Ulrike Baumgartner-Gabitzer (Mitglied des Verbund-Vorstandes), Univ.-Prof. Günter Brauner (TU Wien), Ingmar Höbarth (Klimafonds), Monika Langthaler (brainbows), Peter Molnar (Klimabündnis) und Bgm. Peter Vadasz (Stadt Güssing), vorgelegt. In der Kategorie 1 wurde die burgenländische Marktgemeinde Strem mit dem ersten Preis ausgezeichnet, die Gemeinde Langenegg (Vbg.)



Bürgermeister Christoph Stark, Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer, Umweltminister Niki Berlakovich, Feistritzwerke-STEWEAG-Geschäftsführer Dir. Walter Schiefer und Moderatorin – und selbsternannte Quotenfrau – Barbara Stöckl.

erreichte den zweiten Platz. Den dritten Platz teilen sich die Marktgemeinde Stetteldorf am Wagram (NÖ) und die Gemeinde Raabau (Stmk.). In der Kategorie 2 belegte die Tiroler Gemeinde Virgen den ersten Platz, Zweiter wurde die Gemeinde Burgkirchen (OÖ), den dritten Platz sicherte sich die Marktgemeinde Schiefing am See (Ktn.). In der Kategorie 3 wurde die steirische Stadtgemeinde Gleisdorf als Österreichs Klimaschutz-Gemeinde 2009 ermittelt. Der zweite Preis ging an die Stadtgemeinde Bruck an der Leitha (NÖ) und Platz drei belegte die Stadtgemeinde Feldkirch (Vbg.).

Die Siebergemeinden

Die Marktgemeinde Strem ist seit den vergangenen Jahren Vorbild in Sachen Energieautarkie. Durch Biomasse-Fernwärme ist Strem in der Lage, seinen Eigenbedarf an Wärme zur Gänze abzudecken. In einer Biogasanlage wird aus regionalem Grünland-Biomethan erzeugt und daraus Ökostrom und Nahwär-

me produziert. Selbst Autofahrer können bald in einer eigens errichteten Tankstelle Biomethan tanken. Im öffentlichen Verkehr wurden die Niederflerbusse auf Biodieselantrieb umgestellt. Besucher können sich auf dem 1. Burgenländischen Biogas-Themenweg oder dem ökoRadweg selbst ein Bild vom Öko-Energieland, das rund um die ganze Region reicht, machen. Und diese vielen Maßnahmen zeigen Erfolg, wie Bürgermeister Bernhard Deutsch sich freut: „Die Landwirte sind jetzt unsere Stromerzeuger, quasi die Ölscheichs der Gemeinde. Zwei Drittel des durch Biogas erzeugten Stroms verkaufen wir an den Verbund. Durch unsere Initiativen haben sich manche Strukturen verändert, und das Resultat wirkt sich positiv auf Strem aus, die Wertschöpfung bleibt in der Gemeinde. Während andere Orte um ihre Bewohner kämpfen, können wir uns 2009 über 31 neue Stremer freuen.“ Der kleine Ort im Südburgenland profitiert auch von einem im Energieautarkie-Sektor nicht ganz unbeschriebenen Blatt,



Gemeindebund-Präsident Mödlhammer überzeugte Umweltminister Berlakovich, dass Klimaschutz in den Gemeinden beginnt.

Ing. Reinhard Koch, Grundsteinleger für das Energiekonzept Güssing, der selbst Stremer ist, hat auch in seiner Heimatgemeinde wesentlich zur Umsetzung der Energievorhaben beigetragen.

Die Tiroler Gemeinde Virgen setzt auf die Kraft von Sonne und Wasser: eine 41 Quadratmeter große Photovoltaikanlage mit spezieller aluminiumfreier Bauweise (!) und drei Kleinwasserkraftwerke liefern Strom für die BürgerInnen. Ortschef Dietmar Ruggenthaler darf ist stolz, denn Virgen hat schon 1993 den ersten Beschluss in Richtung Förderung der Sonnenenergie getan. Entscheidend für die Erreichung des Ziels, den gemeindefeierten Energieverbrauch ausschließlich aus der Nutzung heimischer Ressourcen zu decken, ist die Einbeziehung der GemeindebürgerInnen. Eine spezielle Sonnenstandkartierung hilft

bei der Flächenwidmung, damit Häuser dort gebaut werden, wo die himmlischen Ressourcen optimal genutzt werden können.

Energieorte mit Zuspruch

Zusätzlich betreibt die Gemeinde auch eine eigene Klimastation. Das ganze Virgental kann gegenüber anderer Regionen in Osttirol nicht über Abwanderung klagen. „Durch unser breites Tal haben wir an die 2000 Sonnenstunden im Jahr!“, weiß Ruggenthaler und freut sich über das ebenfalls sonnige Gemüt seiner Bewohner, die laufend mehr werden.

Das Erfolgsgeheimnis der Stadt Gleisdorf liegt in einem Methoden-Mix in den Bereichen Energieeffizienz und Erneuerbare



Dipl.-Ing. Wolfgang Anzengruber (Vorsitzender des Verbund-Vorstandes), Helmut Mödlhammer, Siegfried Legath (Obmann der Fernwärme Strem und Biogas-Geschäftsführer), Bürgermeister Bernhard Deutsch und Umweltminister Niki Berlakovich.

Energien. Solarkollektoren mit einer Gesamtfläche von 3300 Quadratmetern, 161 Pelletsheizungen und drei zentrale Biomasseheizwerke versorgen die BürgerInnen mit Wärme und Strom. Für die klimafreundliche Mobilität wurde bzw. wird eine Infrastruktur für Solartankstellen im öffentlichen Raum aufgebaut – 300 Elektrofahrzeuge sind bereits im Einsatz. Insgesamt will Gleisdorf die CO₂-Emissionen bis 2015 um 20 Prozent senken, Strom soll bis dahin zu 100 Prozent CO₂-neutral sein. Bei so vielen Vorhaben, die gerade mitten im Laufen sind, was bedeutet da ein Preis wie dieser? Bürgermeister Christoph Stark hat damit jedenfalls große Freude: „Dadurch steigt der Ansporn weiterzumachen. Schritt für Schritt neue Wege umzusetzen.“



Bürgermeister der Gemeinde Virgen Ing. Dietmar Ruggenthaler, Bgm. Helmut Mödlhammer (Gemeindebund-Präsident), Niki Berlakovich (Umweltminister), Albin Mariacher (Energiebeauftragter der Gemeinde Virgen), Barbara Stöckl.

Information

Die Gemeinden und ihre Internet-Präsenz:
 Strem, Burgenland
www.strem.co.at
www.eee-info.net
www.oekoenergieland.at
 Gleisdorf, Steiermark
www.gleisdorf.at
www.feistritzwerke.at
www.aee-intec.at
 Virgen, Osttirol
www.virgen.at

Interview mit Johannes Hahn, neuer EU-Kommissar für Regionalentwicklung

Das Regionaldossier ist das Zukunftsprojekt der EU

Österreichs Wissenschaftsminister Johannes Hahn wird der neue EU-Kommissar für „Kommunal- und Regionalentwicklung“. Er ist damit für ein Budget von rund 340 Milliarden Euro verantwortlich. Für KOMMUNAL antwortet er in einem Interview, wie er selbst sein Ressort sieht und was er für erste Schritte setzen will.

Das Wirtschafts Blatt hat nach Bekanntgabe Ihres Ressorts getitelt, dass Sie „Herr der Provinzen“ werden, die Salzburger Nachrichten bezeichnen Sie als „Herr der Fördertöpfe“. Wie bewerten Sie selbst Ihr Ressort?

Ich sehe es als spannende Herausforderung mit dem Regionaldossier übernimmt Österreich eines der Zukunftsprojekte in der EU. Es ist ein verbindendes Ressort, dessen Arbeit bei den Menschen ankommt, das haben wir in Österreich etwa im Burgenland oder der Steiermark deutlich gesehen. Europa hat 271 Regionen – diese Vielfalt gilt es noch stärker zu vernetzen, um eine ausgewogene und nachhaltige Entwicklung zu ermöglichen.

Mit rund 340 Milliarden Euro werden Sie über ein Budget verfügen, mit dem Autobahnen gebaut, Energie- und Umweltprojekte finanziert, Stadtentwicklungsprogramme lanciert und mit dem der Ausbau des Tourismus mitfinanziert wird und seit dem Jahr 2000 Schätzungen zufolge über eine



Fotos: BMWF

„Auch gut entwickelten Regionen müssen wir weitere Perspektiven bieten. Gerade Österreich hat besonders großes Interesse, dass sich die Regionen in unserer Nachbarschaft positiv entwickeln. Das nützt auch unseren Unternehmen und dem heimischen Arbeitsmarkt.“

halbe Million Arbeitsplätze geschaffen wurde. Wie fühlt man sich angesichts solcher Zahlen und der Vorgabe, die „wirtschaftlichen Unterschiede in der EU auszugleichen“?

Sie sprechen einen wichtigen Punkt an: Es geht in der Regionalpolitik sehr stark um den Ausgleich und um Solidarität. Wir müssen hier einen integrativen Ansatz verfolgen. Wirtschaftlich

schwächere Regionen sollen angekurbelt werden, damit Wirtschaftswachstum und Wettbewerbsfähigkeit gestärkt werden und

die Beschäftigung steigt. Aber auch gut entwickelten Regionen müssen wir weitere Perspektiven bieten. Gerade Österreich hat besonders großes Interesse, dass sich die Regionen in unserer Nachbarschaft positiv entwickeln. Das nützt auch unseren Unternehmen und dem heimischen Arbeitsmarkt.

Pathetisch formuliert könnte man sagen, dass „die Zukunft des ländlichen Raums“ in Ihren Händen liegt. Haben Sie schon Pläne für eine erste Handlung?

Ich bin gerade dabei, mich intensiv einzuarbeiten, mein Team zusammenzustellen und mich auf das Hearing vorzubereiten. Ich werde als erstes dem Europäischen Parlament – auch als Ausdruck meiner Wertschätzung und meines Respekts – umfassend meine Vorstellungen und Ziele präsentieren. Eines vorneweg: Ich werde sehr auf Transparenz achten. Die Förderungen müssen auch wirklich dort ankommen, wo sie benötigt werden. Was auch ganz klar ist, wir brauchen keinen Konkurrenzkampf der Fördertöpfe, wir brauchen ein Zusammenspiel unserer finanziellen Möglichkeiten.

Europas Regionen – und Kommunen – werden vom Ausschuss der Regionen repräsentiert. Die aktuell 344 Mitglieder des AdR sind alle gewählte Kommunal- und Regionalpolitiker. Wie stellen Sie sich als ehemaliger Kommunalpolitiker die Zusammenarbeit mit diesem einflussreichen Gremium vor?

Der Ausschuss der Regionen ist für mich ein wichtiger Partner bei der Gestaltung einer nachhaltigen Regionalpolitik. Ich hatte bereits ein erstes Gespräch



Ich werde sehr auf Transparenz achten. Förderungen müssen auch wirklich dort ankommen, wo sie benötigt werden.

Johannes Hahn, designierter EU-Kommissar für Regionalpolitik, über Vorwürfe „verschwundener“ Gelder

mit Präsident Van den Brande sowie einigen österreichischen Mitgliedern des AdR, die ihr Interesse zu einer engen Zusammenarbeit unterstrichen haben. Dass ich selbst als Kommunalpolitiker in Wien die Bedeutung von Regionen aktiv erlebt und mitgestaltet habe, ist sicher ein Vorteil. Und allen ist bewusst: Europas Institutionen haben die Aufgabe zu unterstützen, dass Europas Regionen blühen.

Vom EU-Rechnungshof hört man immer wieder Beanstandungen über die Verwendung der Gelder Ihres Ressorts durch die Empfängerländer. Wie wollen Sie für mehr Transparenz sorgen?

Wie bereits erwähnt, wird das einer meiner Schwerpunkte sein. Das Thema ist bekannt, in den vergangenen Jahren wurden auch verstärkt Maßnahmen gesetzt. Der Generaldirektor für die Regionalpolitik hat mich informiert, er sei zuversichtlich, dass diese Maßnahmen im kommenden Jahr sichtbar werden und die Fehlerquote sinkt. Hier müssen wir weiter am Ball bleiben und dürfen nicht locker lassen.



Der Generaldirektor für die Regionalpolitik hat mich informiert, er sei zuversichtlich, dass diese Maßnahmen im kommenden Jahr sichtbar werden und die Fehlerquote sinkt. Hier müssen wir weiter am Ball bleiben und dürfen nicht locker lassen.

... über Vorwürfe und Beanstandungen, Geldflüsse des EU-Regionalressorts würden „intransparent“ verlaufen

Europarat beschließt Resolution

Schutz vor Gewalt und Missbrauch an Kindern



Der Kongress der Gemeinden und Regionen (KGRE) im Europarat hat in seiner jüngsten Sitzung eine wichtige Resolution zum Schutz von Kindern vor Gewalt und Missbrauch, zur Stärkung der Kinderrechte und der Gestaltung von kinderfreundlichen Städten und Gemeinden beschlossen. In der Diskussion wurde betont, dass die UN-Charta für Kinderrechte vor genau 20 Jahren beschlossen wurde. Ungeachtet dieses Umstandes gibt es neben dramatischen Einzelfällen von Gewalt und Missbrauch auch in den Mitgliedstaaten immer noch ein zu wenig kinderfreundliches Umfeld.

Gemeinden und Städte als wichtige Partner

Gerade den Städten und Gemeinden Europas wird in der Resolution eine wichtige Rolle zugeordnet: sie sind es, die eine kinderfreundliche Umgebung und Infrastruktur schaffen und mit gezielten Aktionen die öffentliche Meinung positiv beeinflussen können. Kommunale Einrichtungen wie kinderfreundliche Spielplätze und Freiräume, Kinderkrippen, Spielgruppen, Kindergärten und Schulen sind jene Einrichtungen, die außerhalb der Familie für die beste Entwicklung jedes einzelnen Kindes sorgen. Leider gibt es Gewalt an Kindern und zwischen Kindern nicht nur in der Familie, sondern auch in manchen öffentlichen Einrichtungen. Mobbing und Stalking an Schulen seien nur beispielhaft genannt. Die negativen Auswirkungen bei Jugendlichen und Erwachsenen erleben wir z. B. auf Sportplätzen, bei Veranstaltungen, in öffentlichen Verkehrsmitteln.

Als Hauptziel der Resolution ist die Zusammenarbeit aller relevanten Akteure auf regionaler und lokaler Ebene angestrebt, von den professionellen Diensten

über freiwillige und ehrenamtliche Organisationen bis hin zu politischen Entscheidungsträgern. Dies sollte idealerweise in Form einer Arbeitsgruppe auf regionaler oder lokaler Ebene erfolgen, die als Ziel die Schaffung und Erhaltung einer kindergerechten Stadt oder Gemeinde verfolgt. Diese Gruppe formuliert unter Einbindung breiter Bevölkerungskreise die Teil-Ziele, erstellt Aktionspläne, sorgt für die erforderlichen Ressourcen und prüft schlussendlich die Ergebnisse. Der Österreichische Gemeindebund darf hier zweifellos eine Vorreiterrolle für sich in Anspruch nehmen. Mit der Aktion „Familiengerechte Gemeinden“ ermuntert und prämiert er Vorbild-Gemeinden, die gerade in diesem Bereich durch bemerkenswerte Aktivitäten aufhören lassen und damit aufzeigen, dass insbesondere die kommunale Ebene einen großen Beitrag zu den Zielen der UNO-Charta und der Europarats-Resolution zur Stärkung der Kinderrechte leisten kann. Es ist deshalb verständlich, dass beide Organisationen auf die starke Kraft der kommunalen Akteure zählen.

Erwin Mohr, Vertreter des Gemeindebundes im KGRE

KGRE-Personalia



KGRE-Präsident Bgm. Michael Häupl, der neugewählte Generalsekretär Frédéric Vallier, KGRE-Vizepräsident Anders Knappe und der scheidende Generalsekretär Jeremy Smith.

Berichterstattung: Neue Kompetenzen für neue Beschäftigungen in Europa

Bessere Abstimmung zwischen „Angebot und Nachfrage“

Marianne Fügl, Vizebürgermeisterin der niederösterreichischen Marktgemeinde Traisen und für den Österreichischen Gemeindebund Mitglied des Ausschusses der Regionen (AdR), hat Anfang Dezember ihren Stellungnahmenentwurf zum Thema „Neue Kompetenzen für neue Beschäftigungen“ präsentiert. Ein ihrer zentralsten Aussagen war, eine bessere Abstimmung zwischen Ausbildung der Menschen und den Erfordernissen der Wirtschaft zu erreichen. KOMMUNAL war in Brüssel dabei.

Mag. Hans Braun

Wie sich die Geschichte wiederholt. 2006 war ich schon einmal im Plenarsaal des Europäischen Parlaments und habe einem österreichischen Gemeindebund-Abgeordneten bei seinem Bericht zugehört. Damals hat Bernd Vögerle zur Energiepolitik Europas gesprochen (siehe KOMMUNAL 3/2006), diesmal spricht Marianne Fügl, Vizebürgermeisterin der niederösterreichischen Marktgemeinde Traisen und eines der beiden Gemeindebund-Mitglieder im AdR, zu einem nicht minder wichtigen Thema, nämlich den notwendigen „neuen Kompetenzen für neue Beschäftigungen“. Wie sie selbst sagt, ist es „am wichtigsten, eine bessere Abstimmung zwischen der Ausbildung und den Erfordernissen der Wirtschaft zu erreichen“. Im Zuge der Wirtschaftskrise haben viele Menschen in Österreich und Europa ihre Jobs verloren. Durch das Aufkommen von neuen Märkten und der Abwanderung von Unternehmen in billig produzierende Länder wird dieser Effekt noch verstärkt. „Daher müssen wir ein gutes Ausbildungsniveau aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sicherstellen und auf die Erfordernisse des Arbeits-



Sitzungsleiter zu später Stunde im Plenarsaal des Gebäudes „Paul-Henri Spaak“ in Brüssel war Michel Delabarre (links), AdR-Vizepräsident. Rechts Marianne Fügl.

marktes abstimmen“, so Fügl. Ein anderer wichtiger Punkt ist für die Niederösterreicherin die Weiterentwicklung der „grünen Energie“, also der Aufbau einer Wirtschaft mit niedrigem Kohlendioxid-Ausstoß. „Hier ist ein großes Potenzial vorhanden, diesem Bereich muss absolute

Unsere Gesellschaft entwickelt sich immer mehr zur Wissensgesellschaft, in der hochqualifizierte Arbeitnehmer/innen stärker nachgefragt werden. Eine hochwertige Ausbildung ist die Grundlage für den Erwerb von Kompetenzen und steigert die Bereitschaft zum lebenslangen Lernen.

Priorität eingeräumt werden“, ist Fügl überzeugt. In ihrer Stellungnahme hebt sie weiters hervor, dass jeder Europäer/jede Europäerin mittlerweile mit großer Wucht von der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise getroffen wurde. Um Europa wieder auf den Weg des Aufschwungs zu führen, sind die politischen Akteure dazu angehalten, die negativen Auswirkungen zu beseitigen sowie den Chancen, die sich ergeben, absolute Priorität einzuräumen. Chancen nicht nur im Bereich einer Wirtschaft mit niedrigen CO₂-Gas-Emissionen, sondern Chancen auch im Bereich der immer fortschreitenden technologischen Entwicklung. In der Tat ist Marianne Fügl der Meinung, dass „unsere Gesellschaft sich immer mehr zur Wissensgesellschaft entwickelt, in der hochqualifizierte ArbeitnehmerInnen stärker nachgefragt werden. Eine hochwertige Erstausbildung ist die Grundlage für den Erwerb von Kompetenzen und steigert die Bereitschaft zum lebenslangen Lernen.“

Wichtige Rolle der Gemeinden und Regionen

Die Berichterstatteerin begrüßt die Mitteilung der Kommission, vor allem weil die regionale Vielfalt der Qualitätserfordernisse und der Arbeitsmärkte ausdrücklich betont wird. Viele Gemeinden und Regionen sind im Bereich der Primär- und Sekundärausbildung die Hauptanbieter. Da die Erstausbildung den Grundstein für den Erwerb von Kompetenzen legt, spielen die eben genannte Akteure eine bedeutende Rolle. Gerade die Gemeinden sind für die erforderlichen Rahmenbedingungen zuständig, um die Mobilität und

die Weiterbildung von Arbeitern zu fördern.

Fügl, selbst Vizebürgermeisterin in der niederösterreichischen Marktgemeinde Traisen: „Hier kommt den Gemeinden eine große Rolle zu, da sie Anbieter der Kinderbetreuung und der Erstausbildung sind. Der Bereich Kinderbetreuung ist auch sehr eng mit den Anforderungen des Arbeitsmarktes in punkto Mobilität und Flexibilität verbunden, dementsprechend von großer Bedeutung. Aufgrund dieser wichtigen Rolle sind die Gemeinden und Regionen auch am ehesten mit den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger vertraut. Wenn große Betriebe abwandern oder Personal entlassen, hat dies natürlich direkte finanzielle und soziale Konsequenzen für die anliegenden Gemeinden.“

Die Gemeinden und Regionen Europas sind auch direkt vom demographischen Wandel betroffen, und deswegen ist eine intensive Einbindung derer für die Analyse der regionalen Arbeitsmärkte und für die Einschätzung der künftigen Qualitätserfordernisse besonders im Hinblick auf strukturschwache, ländliche und von der Abwanderung bedrohte Gebiete unumgänglich.

„Arbeitsplätze entstehen grundsätzlich durch Wachstum. Wachstum bedeutet aber auch Veränderung. Veränderungen für die Menschen, für die Unternehmen und für die Märkte.“ Mit diesem Satz drückt Fügl die Bedenken der europäischen Bürger sehr gut aus. Viele Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen sind heute nicht nur mit dem Verlust des Arbeitsplatzes aufgrund der Abwanderung von Unternehmen in billig produzierenden Ländern konfrontiert. Nein, auch die Instabilität der Beschäftigung machen die Arbeitnehmer zu schaffen: Wer übt heute noch sein ganzes Leben lang denselben Job aus? Wie oft wird der Berufsplatz geändert? Tatsächlich sind viele vom Wechselspiel Arbeit-Arbeitslosigkeit betroffen oder müssen in prekären Beschäftigungsverhältnissen tätig sein. Außerdem werden von den ArbeitnehmerInnen immer mehr neue Qualifi-



Fotos: Hans Braun

In Summe gab es aufgrund der hervorragenden Vorbereitung nur 14 Änderungsanträge (meist kosmetische Textänderungen), auf die Fügl und der Experte Mag. Georg Pilz von der Arbeiterkammer Niederösterreich reagieren mussten.

kationen, berufliche und räumliche Mobilität sowie Anpassungsfähigkeit verlangt. Die Mobilität wird im zukünftigen Arbeitsleben eine immer wichtigere Rolle spielen. „Beruflich und räumlich flexiblen Menschen wird eher zugetraut, sich neuen Situationen anzupassen und damit auch neue Kompetenzen zu erwerben“, so Fügl. Heutzutage wird eine gesteigerte Nachfrage nach hochqualifizierten und anpassungsfähigen Arbeitskräften erwartet. Die Anforderungen an ArbeitnehmerInnen in niedrig und mittel qualifizierter Arbeit nähern sich immer mehr an. Es gibt keine klaren Grenzen mehr. Insgesamt werden für diese Tätigkeiten immer höhere Qualifikationen verlangt, obwohl die Nachfrage nach Tätigkeiten mit niedriger Qualifikation sinkt. Auch bezüglich des Lohnniveaus sind ähnliche Parallelen zu ziehen: Bei hochqualifizierten Arbeitern steigt er, aber bei denen

mit niedriger Qualifikation sinkt er. Die Berichterstatteerin warnt jedoch vor Niedriglohnssektoren, denn sie würden bei geringer Qualifizierten Armut und Ausgrenzung mit sich ziehen.

Fügl wörtlich: „Die soziale Dimension darf hier nicht vergessen werden. Es wird von den Bürgerinnen und Bürgern am Arbeitsmarkt immer mehr Qualifikation und Flexibilität verlangt. Das darf jedoch keine einseitige Forderung sein. Auch die Wirtschaft muss ihren Teil dazu beitragen, sie muss Arbeitnehmern die Aus- und Weiterbildung ermöglichen.“

Dann gibt es auch noch jene Gruppen, die Angebote zur beruflichen Weiterqualifizierung aus verschiedenen Gründen nicht annehmen können oder wollen. Auch diesen Gruppen muss es möglich sein, von ihrem Einkommen zu leben. Der soziale Zusammenhalt einer Gesellschaft ist hier besonders wichtig.“

Antizipierung zukünftiger Kompetenzen

Ganz besonders hervorgehoben in der Stellungnahme wird der Bedarf von Vorhersage- und Antizipierungsinstrumenten, um die Kompetenzen, die am Ar-

Den Gemeinden kommt eine große Rolle zu, da sie Anbieter der Kinderbetreuung und der Erstausbildung sind. Der Bereich Kinderbetreuung ist auch sehr eng mit den Anforderungen des Arbeitsmarktes in punkto Mobilität und Flexibilität verbunden, dementsprechend von großer Bedeutung.

Marianne Fühl über die Bedeutung der Gemeinden



beitsmarkt benötigt werden, rechtzeitig zu erkennen. Dies ist ganz besonders wichtig, da die räumliche und berufliche Flexibilität der ArbeitnehmerInnen am Arbeitsmarkt eine wichtige Rolle spielen wird. Diese Flexibilität darf aber nicht einseitig zu Lasten der ArbeitnehmerInnen gehen, denn die soziale Sicherheit muss mit den Anforderungen des Arbeitsmarktes verein-

bart werden können. „Es darf innerhalb der EU keinen Wettbewerb der niedrigen Standards gefördert werden.“

Bedeutung der Aus- und Weiterbildung

Das lebenslange Lernen wird zukünftig eine Grundvoraussetzung für ArbeitnehmerInnen sein, aber die Voraussetzung dafür ist eine hochwertige Erstausbildung sowie eine laufende Aus- und Weiterbildung. Weiterbildung steigert nämlich zweifellos die Produktivität und das Wirtschaftswachstum.

Es wird von den Bürgerinnen und Bürgern am Arbeitsmarkt immer mehr Qualifikation und Flexibilität verlangt. Das darf jedoch keine einseitige Forderung sein. Auch die Wirtschaft muss ihren Teil dazu beitragen, sie muss Arbeitnehmern die Aus- und Weiterbildung ermöglichen.

Abschließend betont die Berichterstatteerin noch einmal den sozialen Aspekt der neuen und erforderlichen Maßnahmen, die grundsätzlich zu einer höheren Beschäftigung in Europa führen sollte. Begleitende Maßnahmen, die dem sozialen Zusammenhalt dienen, sind notwendig, damit auch jene, die aufgrund ihrer In-

teressen, körperlichen oder geistigen Fähigkeiten den Anforderungen des hochqualifizierten Arbeitsmarktes nicht entsprechen, ein menschenwürdiges Leben führen können. Weiteres muss die Gleichberechtigung von Frauen und Männern auf dem Arbeitsmarkt weiterhin forciert werden.

Fazit

Die gute Vorarbeit und Ausarbeitung der Stellungnahme ließen sich nicht nur an der geringen Zahl von 14 Änderungsanträgen ablesen, sondern dass die abschließende Abstimmung auch praktisch einstimmig ausging. Die Stellungnahme von Marianne Fügl dürfte um einiges dazu beitragen, dass die Gemeinden und Regionen Europas bei der

Europäischen Kommission Gehör finden und in der Erarbeitung der kommenden Rechtsakten stärker ihre Interessen einfließen können. Nur gemeinsam und mit der Einbindung der kommunalen und regionalen Ebene ist es möglich, Europa aus der Finanz- und Wirtschaftskrise herauszuhelfen.

Fotos: BMI / Alexander Tuma, Egon Weissheimer



Es gibt mehr Polizisten, höhere Aufklärung und ab 2010 tritt ein geordnetes Fremdenrecht in Kraft“, so sieht Innenministerin Maria Fekter den Jahreswechsel. „Auf dieser Grundlage werden wir gerade mit den Gemeinden Sicherheit gestalten.“

„Eine Priorität für mehr Sicherheit stellt das geordnete Fremdenrecht dar“, so Fekter weiter. Dabei werden eine effizientere Anwendung der Schubhaft, eine Reduzierung der Beschwerdefrist, eine Gebietsbeschränkung bis zum Ende des Zulassungsverfahrens beziehungsweise eine Meldeverpflichtung umgesetzt. „Das geordnete Fremdenrecht baut auf jenen Schwerpunkten auf, die für wirklich Verfolgte notwendig sind: rasche Entscheidungen, Kampf gegen Missbrauch, konsequente Abschiebungen Illegaler sowie Aufenthaltserlaubnis nach den Interessen Österreichs.“

Die Innenministerin weist dabei auf zwei Eckpunkte der Regierungsarbeit hin: „Das neue Schubhaftzentrum und eine Erstaufnahmestelle im Süden Österreichs sind von beiden Koalitionspartnern vereinbart und bringen Arbeitsplätze in der Wirtschaftskrise.“

„Auch Integration ist ein Sicherheitsthema, das die Gemeindevertreter unmittelbar betrifft“, erklärt Fekter. „Gelingende Integration stärkt unseren Rechtsstaat“, verweist die Innenministerin auf den Nationalen Aktionsplan für Integration. „Wer in Österreich lebt, muss sich auch zu unseren Gesetzen bekennen.“ Ein weiterer Baustein für die Sicherheit in Österreich ist eine



Noch zu späteren Stunden fanden sich Österreichs Delegierte im Planarsaal zu einem Gruppenfoto zusammen: Herwig van Staa, Landtagspräsident von Tirol, Marianne Fügl, Georg Pilz, AdR-Präsident Luc van den Brande, Erwin Wetzel, der Büroleiter des Gemeindebundes in Brüssel, Wiens Kulturstadträtin Elisabeth Vitouch und Gemeindebund-Delegierter Bgm. a.D. Erwin Mohr aus Wolfurt in Vorarlberg.



Mehr Polizistinnen (oben) und Polizisten (links) sowie grenzüberschreitende Zusammenarbeit (im Bild rechts österreichische und tschechische Polizisten) für mehr Sicherheit in Österreich.



Bilanz und Ausblick: Österreichs Gemeinden sind heute sicherer als vor einem Jahr

„Sicherheit gestalten ist mein Programm für Österreich“

„Österreich – das sicherste Land der Welt mit der höchsten Lebensqualität, für dieses Ziel werde ich mich weiter voll einsetzen.“ Laut einem Wettbewerbsranking des World Economic Forums liegt Österreich bei der Sicherheit und beim Schutz von Eigentum unter 133 Ländern an sechster Stelle. In KOMMUNAL zieht Innenministerin Maria Fekter Bilanz über 2009 und blickt auf 2010 aus.

moderne, personell vor Ort gut aufgestellte Polizei. So werden durch das Innenministerium österreichweit für die nächsten fünf Jahre 1000 Ausbildungsplätze pro Jahr zur Verfügung gestellt. Fekter: „Ich halte es für ganz wesentlich, künftig mehr Präsenz zu zeigen und auf die Bevölkerung aktiv zuzugehen – das schafft Vertrauen, das schafft neue Möglichkeiten, die konkreten Bedürfnisse kennenzulernen.“

Damit Österreichs Polizistinnen und Polizisten dauerhaft neue oder neuwertige Fahrzeuge in Verwendung haben, wird beim Fuhrpark-Management konsequent der neue Weg fortgesetzt: Seit drei Jahren werden Leasingfahrzeuge angeschafft, und so wird bis 2011 die Polizei in ganz Österreich 3800 neuwertige

Das geordnete Fremdenrecht baut auf jenen Schwerpunkten auf, die für wirklich Verfolgte notwendig sind: rasche Entscheidungen, Kampf gegen Missbrauch, konsequente Abschiebungen Illegaler sowie Aufenthaltserlaubnis nach den Interessen Österreichs.

Maria Fekter über das neue Fremdenrecht

Leasingfahrzeuge erhalten. Die Nutzungsdauer hängt in der Folge von der Jahreskilometerleistung ab – sie wird zwischen 20 und 38 Monate betragen. Auf Grund der Erfahrungen bei der Nationalratswahl 2008 wurden praxisbezogene Anpassungen des Wahlkartenwesens umgesetzt. „Die Briefwahl ist bürgerlicher und wurde von den Wählern gerne verwendet. Das bedeutet auch einen Demokra-

tieschub für Österreich.“

„Bei den Verhandlungen zur eingetragenen Partnerschaft für Homosexuelle habe ich eine sachliche Lösung erreicht: Nicht die Bürgermeister haben die Aufgabe, ein eigenes Register zu führen, sondern die Bezirksverwaltungsbehörden vollziehen diese Eintragung“, erklärte Fekter.

„Schließlich halte ich es für positiv, dass wir in der Strafvollzugsnovelle die Verständigung von Opfern von Gewalt- oder Sexualdelikten über die Entlassung eines Häftlings umsetzen konnten“, sagt Fekter. „Das ist, in Verbindung mit der Fristverlängerung, die mit dem zweiten Gewaltschutzgesetz und in Zusammenhang mit der Wegweisung und dem Betretungsverbot bei Gewalt in Wohnungen vorgenommen wurde (§ 38a Sicherheitspolizeigesetz), für den ganz persönlichen Schutz wesentlich.“

„Sicherheit gestalten ist mein Programm für mehr Lebensqualität in Österreich, und in partnerschaftlicher Verantwortung gemeinsam mit den Gemeinden, die den Menschen in unserem Land am nächsten sind, will ich auch 2010 die Sicherheit in unserem Land gestalten.“

Finanzierung der Gemeinden – Finanzausgleich und Förderungen

Aktuelle Registerzählung sichert Gleichbehandlung der Gemeinden

Der Finanzausgleich, der nun mit sechs Jahren deutlich länger gilt, ist ein wesentlicher Pfeiler der Finanzierung der Kommunen, die nicht nur politisch und verwaltungstechnisch, sondern vor allem auch identitätsstiftend eine ganz besondere Bedeutung haben.

Die Gemeinden erhalten bis 2013 aus dem Bundesbudget zusätzlich 633 Millionen Euro, unabhängig von der konjunkturellen Entwicklung. Wenngleich die Einnahmensituation der Gemeinden – so wie die der anderen Gebietskörperschaften – angesichts der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise derzeit unbefriedigend ist, gewährleistet der Finanzausgleich den Gemeinden eine nachhaltige, sichere Finanzierung.

Bedeutende Neuerungen für Gemeinden

Neue Bevölkerungsstatistik als Berechnungsbasis

Seit dem Jahr 2009 wird für die Berechnung der Ertragsanteile der Gemeinden die aktuelle Einwohnerzahl herangezogen und nicht mehr das Ergebnis der Volkszählung von 2001. Dadurch wird sichergestellt, dass alle Gemeinden und deren Einwohner gleich behandelt werden.

Seit November 2009 liegen auch erstmals die endgültigen Werte der aktuellen Bevölkerungsstatistik mit Stichtag 31. November 2008 vor. Diese sind – gemäß § 9 Abs. 9 des Finanzausgleichsgesetzes 2008 – für die Jahre 2009 und 2010 anzuwenden und zwar konkret für die Zahlung der Ertragsanteile an jede Gemeinde (teilweise in Form des abgestuften Bevölkerungsschlüssels) gemäß § 9 Abs. 7 und § 11 FAG 2008. Das Bundesministerium für Finanzen wird diese endgültigen Werte



Das ist der zweite Teil unserer „BMF-KOMMUNAL“-Informationsserie, die vor allem die aktuellen Änderungen durch den Finanzausgleich behandelt. Am laufenden Dialog mit den Gemeinden und Mandataren liegt mir sehr viel, denn ich bin mir ihrer Bedeutung für unser Land voll bewusst. Mir ist wichtig, Sie bestmöglich zu informieren, daher freue ich mich auch in Zukunft auf die gute gemeinsame Zusammenarbeit.

*Ihr
Josef Pröll
Finanzminister*

bei den Ertragsanteile-Vorschüssen erstmals bei den im Jänner 2010 fälligen Zahlungen anzuwenden. Der Ausgleich zu den bei den Vorschüssen im Jahr 2009 angewendeten vorläufigen Werten erfolgt bei der Zwischenabrechnung im März 2010. Von steigenden Einwohnerzahlen im Vergleich zum Volkszählungsergebnis 2001 profitieren Gemeinden nicht automatisch. Dafür ist vielmehr erforderlich, dass die Einwohnerzahl der Gemeinde stärker als der Bundesdurchschnitt (das ist im Vergleich zur letzten Volkszählung 3,7 Prozent) wächst.

Kleine Gemeinden werden speziell unterstützt

Durch eine Änderung des abgestuften Bevölkerungsschlüssels (aBS) werden kleine Gemeinden ab 2011 zusätzlich unterstützt. Die unterste Stufe bis zu 10.000 Einwohner wird ab dem Jahr

2011 um 100 Millionen Euro jährlich angehoben. Mindereinnahmen der Städte werden vom Bund voll ausgeglichen. Damit gibt es durch diese Reform nur Gewinner, und die heimischen Gemeinden werden nachhaltig gestärkt.

Durch diese erneute Abflachung des abgestuften Bevölkerungsschlüssels wurde den Forderungen des Gemeindebundes Rechnung getragen und wurden Gemeinden bis 10.000 Einwohner fast auf den Vervielfacher von 1 2/3 der Gemeinden von 10.001 bis 20.000 Einwohner angehoben. Für diese Gemeinden werden die Ertragsanteile ab dem Jahr 2011 bei einem Vergleich innerhalb desselben Landes daher nur mehr zwischen 17 und 20 Euro pro Einwohner differieren, da die Grenzen zwischen den beiden Kategorien verschwimmen.

Förderungen im öffentlichen Personennahverkehr

Der lokale öffentliche Personennahverkehr fällt zwar grundsätzlich in den Aufgabenbereich der Gemeinden, der Bundesregierung ist die Förderung der Gemeinden und des öffentlichen Verkehrs jedoch ein besonderes Anliegen. Gefördert werden Gemeinden, die Linien des öffentlichen Personennahverkehrs betreiben (geregelt in § 20 Abs. 1 FAG 2008) sowie die Errichtung von Autobusbahnhöfen (gemäß § 20 Abs. 2 Z 1 FAG 2008).

Im Jahr 2009 wurden an kleine und mittelgroße Gemeinden finanzielle Unterstützungen in Höhe von rund 36 Millionen Euro ausgeschüttet. Auch 2010 wird der Bund den Gemeinden wieder bei der Nahverkehrsfinanzierung helfen. Die Voraussetzung ist jedoch eine rechtzeitige Antragstellung sowie Beila-



Foto: Lech am Arlberg

Interessiert sich Ihre Gemeinde für eine der beiden beschriebenen Finanzzuweisungen, muss diese bis spätestens 1. August des jeweiligen Jahres beim Bundesministerium für Finanzen beantragt werden.

Hilfe nach Katastrophen

Wir sind auch da, wenn uns die Gemeinden am Nötigsten brauchen

Die Katastrophenhilfe fällt grundsätzlich in die Kompetenz der Länder. Durch den Katastrophenfonds hat der Bund jedoch eine Unterstützungsmaßnahme getroffen, um Gemeinden bei der Bewältigung von außergewöhnlichen Lasten nach Naturkatastrophen durch finanzielle Hilfe beim Wiederaufbau der zerstörten Infrastruktur zu unterstützen.

Neben dieser unmittelbaren Hilfe für die Gemeinden stellt der Katastrophenfonds beträchtliche Mittel für Vorsorgemaßnahmen gegen Hochwasser und zur Wildbach- und Lawinenverbauung zur Verfügung. Damit werden die Gemeinden und unsere Bevölkerung vor den zerstörerischen Auswirkungen von Naturkatastrophen geschützt.

Gerechte Aufteilung

Die Vorgangsweise zum Erhalt einer Unterstützung des Katastrophenfonds ist in Richtlinien geregelt: Begründete Anträge sind von der Gemeinde dem Amt der Landesregierung zu übermitteln. Nach Überprüfung wird von dort ein Antrag an das Bundesministerium für Finanzen gestellt. Die Meldung der Schäden und die Abrechnung erfolgen jeweils für ein Kalenderjahr. Anträge durch die Länder sind bis jeweils 30. April des Folgejahres zu stellen.

Mit dieser Vorgangsweise wird gewährleistet, dass die Aufteilung der Mittel des Katastrophenfonds nach einheitlichen Kriterien erfolgen kann. Im Jahr 2009 wurden auf diesem Weg rund 24 Millionen Euro an die

Durch eine Änderung des abgestuften Bevölkerungsschlüssels wird die unterste Stufe bis zu 10.000 Einwohner ab dem Jahr 2011 um 100 Millionen Euro jährlich angehoben. Mindereinnahmen der Städte werden vom Bund voll ausgeglichen.

ge aller nötigen Unterlagen.

Förderungsvoraussetzungen

Um eine Finanzzuweisung gemäß § 20 Abs. 1 FAG 2008 erhalten zu können, muss die Gemeinde für den Betrieb einer oder mehrerer Linien des öffentlichen Personennahverkehrs verantwortlich sein, indem sie

- ▶ diese Linien selbst betreibt (z. B. im Rahmen von Stadtwerken) oder
- ▶ zu mehr als 50 Prozent an der Betreiberfirma der Linie beteiligt ist oder
- ▶ das wirtschaftliche Risiko für den Betrieb der Linie trägt, falls sie einen Subunternehmer mit der Durchführung des Linienbetriebs betraut.

Wie hoch die jeweilige Finanzzuweisung für die einzelnen Gemeinden ist, hängt von mehreren Faktoren ab, nämlich von der Länge des betriebenen Streckennetzes, der Anzahl der mit den Linien beförderten Personen sowie dem Beteiligungsverhältnis der Gemeinde am Linienbetrieb.

Autobusbahnhof

Weiters bietet die Bundesregierung auch Hilfestellung beim Bau von Autobusbahnhöfen an. Unter dem Begriff „Bau von Autobusbahnhöfen“ versteht man die Errichtung beziehungsweise Umgestaltung, Erweiterung oder Verbesserung von größeren Bau-

maßnahmen der Gemeinden an „Knotenpunkten des öffentlichen Personennahverkehrs“, die als Umsteigestelle für zumindest zwei verschiedene Linien des öffentlichen Personennahverkehrs dienen und den Fahrgästen wind- und wettergeschützte Unterstell- und Wartemöglichkeiten bieten. Sitzgelegenheiten sowie Sanitäreinrichtungen müssen ebenfalls zur Verfügung stehen. Jene Linien, die Umsteige-Haltestellen anfahren, können neben Autobussen auch schienen- bzw. streckengebundene Fahrzeuge wie Straßenbahnen oder O-Busse sein.

Seitens des Bundes können maximal 40 Prozent der von der Gemeinde getragenen Kostenanteile ersetzt werden. Wenn die beantragten Finanzzuweisungen die insgesamt zur Verfügung ste-

Gemeinden erfüllen wichtige Aufgaben. Gerade in schwierigen Zeiten sehen wir es als unsere Aufgabe, sie bei der Erfüllung ihrer Aufgaben zu unterstützen.

Dr. Eduard Trimmel, Abteilung II/3 – Finanzverfassung und Finanzausgleich im Bundesministerium für Finanzen



henden Mittel überschreiten, werden die gewährbaren Beträge aliquot gekürzt. In den vergangenen Jahren stand für die Gewährung derartiger Finanzzuweisungen an die Gemeinden pro Jahr jeweils rund eine Million Euro zur Verfügung.

Information

Weitere Informationen zu Förderungen sowie dem Finanzausgleich finden Sie auf unserer Homepage unter www.finanzministerium.at



Gemeindeprojekte, die Natur- und Artenschutz fördern oder auf Bewusstseinsbildung für mehr Vielfalt setzen, sind beim Wettbewerb zum vielfaltleben-Champion gefragt.

Lebensminister schreibt neuen Wettbewerb zum vielfaltleben-Champion aus

Weil auch Naturschutz in unseren Gemeinden stattfindet

Minister Niki Berlakovich sucht mit einem Wettbewerb Gemeinden mit besonderem Naturengagement. Dabei geht es nicht nur um die Gemeinde, sondern auch um die Natur. Einsendeschluss ist der 30. Juni 2010.

erfolgt durch Bundesminister Niki Berlakovich im Rahmen der vielfaltleben-Gala Ende 2010.

So nimmt die Gemeinde teil

Jetzt hat Ihre Gemeinde die Chance, der Österreichische vielfaltleben-Champion zu werden! Dabei gewinnt nicht nur die Gemeinde, sondern auch die Natur. Wir freuen uns auf zahlreiche Einreichungen und spannende Projekte, die wir gerne im Rahmen von vielfaltleben präsentieren werden.

Wir suchen Gemeinden

- ▶ in denen Naturschutz groß geschrieben wird,
- ▶ in denen den Bürgerinnen und Bürgern der Natur- und Artenschutz ein besonderes Anliegen ist,
- ▶ die ihre Leistungen öffentlichkeitswirksam präsentieren wollen.

Ihr Gewinn: Die beste Gemeinde wird vielfaltleben-Champion und kann ihr Projekt auch im in-



Foto: Lebensministerium

Lebensminister Niki Berlakovich: „Machen Sie beim Wettbewerb mit. Ich freue mich auf Ihre Einreichung!“

ternationalen Rahmen präsentieren. Außerdem gibt es Anerkennungspreise für weitere Gemeinden. Die Gemeinden und ihre Projekte werden darüber hinaus öffentlich vorgestellt. In jedem Fall aber gewinnt die Natur. Das bedeutet nachhaltig mehr Lebensqualität für alle Bürgerinnen und Bürger in Ihrer Gemeinde. Die Preisverleihung

Ihr Projekt muss die Erhaltung der biologischen Vielfalt zum Ziel haben und darf noch nicht länger als zwei Jahre abgeschlossen sein. Schutzprojekte (Lebensraumvielfalt, Artenvielfalt oder genetische Vielfalt) oder Bewusstseinsbildung zum Thema Biodiversität sind Beispiele dafür. Als Einreicher muss eine österreichische Gemeinde auftreten. Für Ihre Bewerbung füllen Sie ein Teilnahmeformular (siehe www.vielfaltleben.at) aus und fügen eine kurze Beschreibung Ihres Projektes oder der Naturschutzmaßnahme sowie weitere Details und Fotos etc. bei. Die Unterlagen übermitteln Sie an folgende Adresse: Naturschutzbund Österreich, Kennwort „vielfaltleben-Champion“, Museumsplatz 2, 5020 Salzburg oder gemeinde@vielfaltleben.at

Infos auf www.lebensministerium.at



Foto: © Wolfgang Simlinger / ÖBF-Archiv

Aus dem Lebensministerium

EMAS in der kommunalen Verwaltung Umweltmanagement macht den Gemeinden ihren Job leichter

Ziel des Lebensministeriums ist es, EMAS (*Eco Management and Audit Scheme, auch bekannt als EU-Öko-Audit oder Öko-Audit*) auch im öffentlichen Bereich bekannt zu machen und kommunale Einrichtungen, wie Abfall- und Abwasserverbände, Gemeinden und Verwaltungseinrichtungen für die Einführung von EMAS zu sensibilisieren und zu gewinnen.

Die Workshopreihe „Mit EMAS zu ökologisch aktiven Gemeinden, Verbänden und öffentlichen Einrichtungen“, die der ÖWAV gemeinsam mit dem Lebensministerium durchführt, soll Vertreter aus diesen Zielgruppen der Gebietskörperschaften bei der Einführung von EMAS unterstützen. Die Erledigung der vielfältigen Aufgaben von kommunalen Einrichtungen können mit einem Umweltmanagementsystem optimiert werden, wobei Verbesserungspotenziale erkannt und durch gezielte Maßnahmen umgesetzt werden. Auch Bewusstseinsbildung und Förderung der Eigeninitiative sind wesentliche Bestandteile des betrieblichen Umweltschutzes. EMAS ist somit ein Nährboden, auf dem innovative Umweltprojekte wachsen können und zur nachhaltigen Entwicklung beitragen.

Erfreulicherweise ist nicht nur bei der öffentlichen Verwaltung eine Zunahme von EMAS-Teilnehmern zu verzeichnen, sondern auch bei Bildungseinrichtungen und Krankenanstalten. So wurde der HTL Donaustadt kürzlich im Rahmen der „Langen Nacht der Nachhaltigkeit“ die EMAS-Teilnahmeurkunde überreicht. Zudem konnte eine Verwaltungseinrichtung auch international punkten: das Land Oberösterreich (Amt der OÖ Landesregierung) erhielt den European EMAS Award für herausragende Leistungen in der

Kategorie „Umweltschutz in der Lieferkette und umweltorientierte Beschaffung“. Das Lebensministerium selbst geht mit gutem Beispiel voran und hat mittlerweile drei Standorte nach EMAS zertifiziert. Die neue Workshopreihe „Mit EMAS zu ökologisch aktiven Gemeinden, Verbänden und öffentlichen Einrichtungen“ beginnt im Jänner 2010. Anmeldungen können mit E-Mail an: wa-schak@oewav.at erfolgen. Weiterführende Informationen auf www.emas.gv.at

„PHÖNIX 2010“ ausgeschrieben

Einreichschluss ist der 31. März 2010

Zum elften Mal wird der Abfallwirtschaftspreis „PHÖNIX – Einfall statt Abfall 2010“ ausgeschrieben. Auch zwei Sonderpreise stehen zur Auslobung. Gesucht werden kreative, praxistaugliche und/oder innovative Lösungen und Konzepte, die zu einer nachhaltigen Entwicklung der Abfallwirtschaft beitragen. Die Einreichungen unterliegen keiner thematischen Einschränkung. Zentrale Beurteilungskriterien sind Praxistauglichkeit, Nachhaltigkeit und abfallwirtschaftliche Relevanz. Das Preisgeld für den Hauptpreis beträgt insgesamt 8000 Euro. Die Preisverleihung findet im Mai 2010 in Wien statt. Der PHÖNIX ist eine Initiative des Lebensministeriums und des (ÖWAV). Infos und Einreichunterlagen: ÖWAV, Mag. Fritz Randl, E-Mail randl@oewav.at Web: www.oewav.at



Einsendeschluss ist der

30. Juni 2010

So werden die Gemeinde vielfalt-leben-Champion: Eine unabhängige Jury wird die Projekte auswählen. Die Kriterien für ein Siegerprojekt sind „nachhaltige positive Wirkung auf die Biodiversität“, „regionale Breitenwirkung“ und „Einbindung der Bürgerinnen und Bürger“. Bereits laufende Vorzeige-Projekte und weitere Unterlagen zum Wettbewerb „vielfaltleben-Champion“ finden Sie im Gemeindeforum unter www.vielfaltleben.at



Fact-Box

Veranstaltungstipp Gemeindetagung

Im Rahmen der Kampagne vielfaltleben findet am 27. Jänner in St. Pölten eine Gemeindetagung statt. Sie soll den Verantwortlichen in den Gemeinden die Bedeutung der biologischen Vielfalt näher bringen und Möglichkeiten aufzeigen, wie mit aktivem Biodiversitätsschutz auch der Gemeinde etwas Gutes getan werden kann. Tipps und Hilfestellungen bis hin zur Information über finanzielle Unterstützung runden das Programm ab. Detailinformationen sowie das Programm finden Sie auf www.vielfaltleben.at

Staatssekretärin Christine Marek über das Audit familienfreundliche Gemeinde

Gemeinden, die teilnehmen, sind erfolgreicher

Eine der echten Erfolgsgeschichten in der österreichischen Politik ist die „familienfreundliche Gemeinde“. Ziel dieser Initiative ist es, familienfreundliche Maßnahmen in den Gemeinden und Städten zu erkennen, zu fördern und weitere zu forcieren. Staatssekretärin Christine Marek sprach mit einem Redaktionsteam von KOMMUNAL über Hintergründe und Ziele des Programms.

Mag. Helmut Reindl

KOMMUNAL: Warum sollten Gemeinden am Audit „familienfreundliche Gemeinde“ teilnehmen?

Christine Marek: Gemeinden, die am Audit teilnehmen, sind erfolgreicher. Wir beobachten zudem, dass einzelne Gemeinden in strukturschwachen Gebieten, die sich am Auditprozess beteiligen, von Abwanderungs- zu Zuwan-



Wir beobachten, dass einzelne Gemeinden in strukturschwachen Gebieten, die sich am Auditprozess beteiligen, von Abwanderungs- zu Zuwanderungsgemeinden werden.

Christine Marek über die Gründe, warum die Gemeinden am Audit teilnehmen sollten

derungsgemeinden werden. Das Audit ist oft der Anstoß, dass Menschen, die einander zuvor kaum kannten oder nichts miteinander zu tun hatten, miteinander zu sprechen beginnen und merken, dass sie gemeinsam die Gemeinde weiterentwickeln können. Das Audit bringt also oft den Stein ins Rollen und führt dazu, dass sich alle Gruppen, die in einer Gemeinde leben, zusammensetzen und gemeinsam und unter professioneller Begleitung die Gemeinde lebenswerter machen.

Sehen Sie die Gefahr, dass Gemeinden zu reinen Schlafstädten werden, in denen es keine Infrastruktur mehr gibt?

Es mag einzelne Gemeinden geben, wo etwas Derartiges passieren kann. Wesentlich ist beim Audit aber, dass dabei nicht nur die verschiedenen Gruppen in einem Ort mit ins Boot geholt werden, sondern dass auch die Wirtschaft mit dabei ist. Beim

Thema Familienfreundlichkeit geht es ja beispielsweise auch um Dinge wie Arbeitsplätze oder Mobilität. Das Audit nimmt individuell auf die Gegebenheiten in einer Gemeinde Rücksicht. Die Gemeinde wird dort abgeholt, wo sie sich in ihrer Entwicklung gerade befindet.

Sind die Programme „familienfreundliche Gemeinde“ und „familienfreundliche Betriebe“ miteinander verzahnt?

Derzeit noch nicht. Es gab aber bereits Gespräche – unter anderem mit dem Gemeindebund und mit der Wirtschaftskammer –, wie man da Synergien nutzen könnte.

Vorstellbar wäre nach deutschem Vorbild die Schaffung eines „Beratungsdaches“. Unter diesem können dann individuelle Lösungen für die jeweilige

Gemeinde oder für eine Region erarbeitet werden. Da wäre es dann beispielsweise möglich, dass Betriebe die Verlängerung der Öffnungszeiten eines Kindergartens mitfinanzieren. Damit wäre den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Betriebs – und damit dem Betrieb selbst – geholfen, und die Gemeinde würde sich Geld ersparen. Eine klassische Win-win-Situation. Es macht auch Sinn, gemeindeübergreifend zu arbeiten, damit Kindergärten optimal ausgenutzt werden können.

Was ist für die nächste Zukunft geplant?

Ich möchte die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, die Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertreter, die sich engagieren, stärker vor den Vorhang bitten. Die Gemeinden, die beim Audit mitmachen, haben viel Arbeit geleistet und großes Engagement gezeigt. Das sollte gewürdigt werden, und hier gibt es auch schon Überlegungen mit dem Gemeindebund, wie man dies tun kann.

Das wäre ja auch angesichts der Tatsache, dass es immer weniger Kandidaten für das Amt des Bürgermeisters gibt, sinnvoll.

Ich denke, dass jede Aktion, die das Ansehen der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister verbessert, sinnvoll ist.

Wesentlich ist auch die Vorbildwirkung für andere Gemeinden. Darum ist es wichtig, einer Zertifikatsverleihung einen feierlichen Rahmen zu geben. Bei der Verleihung an die erste voll zertifizierte Gemeinde Gabersdorf in der Steiermark kamen nicht nur die Gemeindevertreter und Gemeindevertreterinnen, sondern auch zahlreiche Bürgerinnen und Bürger, die am Auditprozess beteiligt waren.



Intensive Gespräche über einen der erfolgreichsten familienpolitischen Ansätze der jüngeren Geschichte Österreichs: Das Audit familienfreundliche Gemeinde. Kommunal-Verlag-Geschäftsführer Michael Zimper, der Autor, Anna Nödl-Ellenbogen, Koordinatorin des Audits beim Gemeindebund, und Staatssekretärin Christine Marek.

Wie sieht eine optimale familienfreundliche Gemeinde aus?

Das ist schwierig zu sagen, weil die Herausforderungen sehr unterschiedlich sind. Man kann aber sagen, dass Gemeinden dann familienfreundlich sind, wenn das Miteinander von Jung und Alt funktioniert. Etwa dass man als Frau sicher sein kann, nicht von allem „abgeschnitten“ zu sein, wenn man ein Kind bekommt. Aber genauso wichtig ist es auch, dass man in der Gemeinde alt werden kann, ohne in ein Altersheim abgeschoben zu werden. Und natürlich sollte es die Möglichkeit geben, in nicht allzu weiter Entfernung arbeiten zu können. Darüber hinaus müssen Kinderbetreuung und Ausbildung im Ort möglich sein. Auch Einkaufsmöglichkeiten oder der öffentliche Verkehr sind enorm wichtig.

Moderne Technologien wie etwa das Internet sind wichtige Bestandteile der Infrastruktur. Man hat manchmal den Eindruck, dass in diesem Bereich die Realität hinter den Ankündigungen zurück bleibt.

Bei Themen wie Breitband-Internet gibt es zahlreiche Förderungen und Initiativen, auch von der EU. Es ist sicher noch einiges zu tun bis wir eine flächendeckende Versorgung haben, aber ich denke, dass wir auf einem guten Weg sind. Das ist ja auch vom frauenpolitischen Aspekt her wichtig. Denn wenn eine Frau in der Babypause ist, in dieser Zeit übers Internet von zu Hause aus arbeiten

will, aber nicht kann, dann ist es oft schwierig, jobmäßig am Ball zu bleiben.

Gerade in diesen Bereichen gibt es auch spannende Initiativen von Gemeinden. Diese sind sehr flexibel, und die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister wissen meist ganz gut, wo sie ansetzen müssen.

Was könnte man – am Beispiel Wien – machen, um eine Stadt familienfreundlicher zu machen?

In Wien ist es schwierig, den riesigen Verwaltungskoloss in Bewegung zu versetzen. Ich denke, dass man da auf Bezirks- und Grätzeebene viel mehr machen könnte. Dort kennen die Leute einander ja viel eher. Die Stadt könnte viel bunter sein. Leider werden da Initiativen durch den Zentralismus oft verhindert. Wien ist ja leider auch nicht so kinderfreundlich wie es sich gerne darstellt. Die Stadt kann zwar ausweisen, wie viele Quadratmeter Hundezone es gibt, aber nicht viele Quadratmeter Spielplätze.

Wie viele Gemeinden sind derzeit zertifiziert?

Im Auditprozess befinden sich derzeit 93, davon sind 63 Gemeinden bereits zertifiziert. Aus meinen Gesprächen habe ich

den Eindruck gewonnen, dass Österreichs Bürgermeisterinnen und Bürgermeister dem Audit durchaus positiv gegenüberstehen und die Vorteile erkennen. Denn natürlich macht man sich die Arbeit nur dann, wenn man überzeugt davon ist, dass die Gemeinde Vorteile davon hat. Es freut mich, wenn bekannte Gemeinden wie St. Anton am Arlberg oder Kitzbühel mitmachen möchten. Auch Graz hat sich interessiert gezeigt.

Das Audit ist ja auch ein Steuerungsinstrument. Es kann erkennen helfen, wo es Doppelgleisigkeiten gibt und wohin Gelder fließen, was ja gerade in schwierigen Zeiten enorm wichtig ist.

Ist es schon einmal passiert, dass eine Gemeinde die Vorgaben nicht geschafft hat?

Nein, aber es kommt vor, dass eine Gemeinde nicht immer alle Maßnahmen, die sie sich selbst vorgenommen hat, gleich umsetzen kann. Das liegt aber nicht am

Ich möchte die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, die Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertreter, die sich engagieren, stärker vor den Vorhang bitten. Die Gemeinden, die beim Audit mitmachen, haben viel Arbeit geleistet und großes Engagement gezeigt.

... über die geplanten nächsten Schritte



fehlenden Willen. Manchmal entwickeln sich Dinge anders als man sie ursprünglich geplant hat. Die Gemeinde wird allerdings im Auditprozess nicht alleine gelassen, sondern begleitet.

Termine 2010

- ▶ 21. Jänner 2010, Auditseminar, Linz
- ▶ 19. März 2010, Auditseminar, St. Pölten
- ▶ 23. April 2010, Auditseminar und Erfahrungsaustausch Projektleiter/innen, Hallwang bei Salzburg
- ▶ 5. Mai 2010, Auditseminar, Eisenstadt
- ▶ 11. Juni 2010, Auditseminar, Graz
- ▶ 16. September 2010, Auditseminar, Innsbruck

Gemeinsam zum Zertifikat „familienfreundlichegemeinde“

Die interkommunale Zusammenarbeit als regionale Chance

Im Rahmen einer interkommunalen Zusammenarbeit können kleine Gemeinden gemeinsam den Auditprozess erfolgreich durchlaufen.

„Mit der interkommunalen Zusammenarbeit haben wir ein perfektes Instrument, das das Audit *familienfreundlichegemeinde* zu einem Regionalentwicklungskonzept werden lässt. So entstehen Synergien und Projekte, die für eine einzelne Gemeinde oft nicht möglich wären“, so Familienstaatssekretärin Christine Marek. „Gemeinsam können



Gemeinsam können Gemeinden Möglichkeiten schaffen, die ein Zusammenleben über die Gemeindegrenzen hinaus fördern und verbessern.

Christine Marek,
Familienstaatssekretärin

Gemeinden Möglichkeiten schaffen, die ein Zusammenleben über die Gemeindegrenzen hinaus fördern und verbessern.“

Bei einer interkommunalen Zusammenarbeit durchlaufen mehrere Gemeinden, die alle im Auditprozess sind, zusätzlich noch gemeinsam den Prozess. Durch die gemeinsame Projektgruppe werden Maßnahmen und Möglichkeiten erarbeitet, die der gesamten Region zugute kommen. Dadurch ergeben sich viele Ideen und Synergieeffekte, aber auch finanzielle Vorteile. Sehr kostenintensive Projekte (Errichtung eines Spielplatzes, Eishalle etc.) können gemeindeübergreifend finanziert und genutzt werden, dadurch verringern sich die Errichtungs- bzw. Anschaffungskosten.

Bereits mehrere Regionen im Prozess

Im Moment gibt es zwei interkommunale Projekte im Auditprozess, die Gemeinden Aigen und Schlägl (OÖ) und das gesamte Triestingtal (NÖ). Ein drittes Projekt, die Lebensregion Mühlviertler Alm, hat bereits ein Auditseminar gemeinsam mit der Familie & Beruf Management GmbH organisiert. Die 45 Teilnehmer/innen aus allen zehn Gemeinden der Region haben sich dort über die Vorteile, Möglichkeiten und die Abläufe informiert. Der Obmann der Region, Johann Gradl, zeigte sich von der Zusammenarbeit begeistert. Den Nutzen für die Region fasste er zusammen mit: „Wo ich mich wohlfühle, da lass ich mich nieder!“

Sehr kostenintensive Projekte wie die Errichtung eines Spielplatzes oder einer Eishalle können gemeindeübergreifend finanziert und genutzt werden, dadurch verringern sich für alle die Errichtungs- bzw. Anschaffungskosten.

Information

Familie & Beruf Management GmbH
Tel.: 01/218 50 70
Ansprechperson:
Heike Trammer
heike.trammer@familieundberuf.at
Web: www.familieundberuf.at

Österreichischer Gemeindebund
Tel.: 01/512 14 80-20
Ansprechperson:
Mag. Anna Nödl-Ellenbogen
anna.noedl-ellenbogen@gemeindebund.gv.at
Web: www.gemeindebund.at

Unternehmen mit Weitblick setzen auf Gesundheit

Gesundheit im Unternehmen

Bei kleinen und mittleren Unternehmen besteht in aller Regel ein hohes Potenzial für gesundheitsfördernde Aktivitäten. Durch ein neues Projekt soll es im Bundesland Salzburg gezielt genutzt werden.

„Wer Gesundheitsförderung zu einem fixen Bestandteil seiner Unternehmensgrundsätze macht, ist kein uneigennütziger Wohltäter, sondern beweist besonderen unternehmerischen Weitblick“, meint Mag. Christian Prucher von der Innovations- und Technologietransfer Salzburg GmbH (ITG Salzburg). Er ist Mitinitiator des vom Fonds Gesundes Österreich (FGÖ) geförderten Projekts „Betriebliche Gesundheitsförderung (BGF)“, das Mitte Juni offiziell gestartet wurde. Es wurde speziell für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) konzipiert, denn bei diesen besteht in aller Regel noch ein sehr hohes Potenzial für betriebliche Gesundheitsförderung. Am höchsten ist es bei Kleinstbetrieben mit bis zu neun Mitarbeiter/innen. „Der Fonds Gesundes Österreich unterstützt dieses Projekt, da wir uns dadurch einen deutlichen Motivationsschub in Richtung BGF bei Unternehmen dieser Größenordnung in einem ganzen Bundesland erwarten“, ist FGÖ-Leiter Mag. Christoph



Der von der ITG angebotene Gesundheits-Check ist eine optimale Vorbereitung für einen Projektantrag.

Mag. Romana Schwab, Projektleiterin der ITG Salzburg



Gesundheit und Wachstum brauchen Aufmerksamkeit, Pflege und Nahrung – auch im Beruf.

Hörhan überzeugt. Im Rahmen der Gesamtinitiative werden den Betrieben von der ITG Salzburg ein Gesundheits-Check sowie Veranstaltungen zur Bewusstseinsbildung angeboten. In Kooperation mit Partner/innen werden auch Qualifizierungsmaßnahmen vermittelt. Das umfasst Führungskräfte trainings, Sensibilisierungsseminare sowie Vorträge zum Thema Umfeld-, Energie-, Mental-, Ernährungs- und Bewegungsbilanzen. In Salzburg gibt es seit Anfang 2009 auch eine finanzielle Schwerpunktförderung BGF, die beispielsweise Investitionen in entsprechende Raumausstattung, Geräte, Hard- und Software umfasst. „Der von der ITG Salzburg angebotene Gesundheits-Check ist eine optimale Vorbereitung für einen Projektantrag zu diesem Förderprogramm“, erklärt ITG-Projektleiterin Mag. Romana Schwab.

„Xundi“ für Mitarbeiter

Die Firma Fahren-Gärtner aus Mittersill hat mit dem Projekt „Xundi“ bereits praktische Erfahrung gesammelt. Bei diesem wurden etwa Gesundheitszirkel durchgeführt, in denen die Mitarbeiter/innen gemeinsam Vor-

schläge und Ziele für gesundheitsfördernde Maßnahmen erarbeitet haben. Der Geschäftsführer, Ing. Gerald Heerdegen, ist überzeugt: „Es gibt viele Krankheiten, aber nur eine Gesundheit. Und dennoch gehen wir mit dieser oft fahrlässig um. Unser Programm aber gibt uns allen die Möglichkeit, unsere eigenen Gepflogenheiten ein wenig zu hinterfragen und mit wenigen Änderungen ein Plus an Wohlempfinden und Energie zu erreichen.“ „Betriebliche Gesundheitsförderung gewinnt gerade in der aktuellen wirtschaftlichen Situation immer mehr an Bedeutung“, meint auch Mag. Hansjörg Wechselberger von der Standortagentur Salzburg. Um diesen Trend zu unterstützen, hat der FGÖ seine Förderrichtlinien jüngst nochmals an die Bedürfnisse von KMU angepasst. Ausführliche Informationen

www.info.projektguide.fgoe.org

Information

Innovations- und Technologietransfer Salzburg GmbH (ITG)
Mag. Romana Schwab
Tel.: 0676/847 278 500
romana.schwab@itg-salzburg.at

Schlaumäuse: Neue Software zur Sprachentwicklung

„Schlaues“ Engagement

Im Jänner starten Microsoft und KOMMUNAL die Bildungsinitiative „Schlaumäuse – Kinder entdecken Sprache“.

Dazu wurde von Microsoft eigens ein Programm entwickelt, das nun auf CD-ROM erhältlich ist. Das ansprechende und leicht zu bedienende Interface macht Lust aufs Lernen. Das Lernen selbst läuft unbewusst. Kinder erhalten dabei die Möglichkeit, selbstbestimmt in spielerischer und interaktiver Form Sprache zu untersuchen, Schrift auszuprobieren, deren Funktionsweise



zu entdecken und den Sinn des Schreibens für sich zu erfahren.

Dem Schlaumäuse-Projekt liegt das Konzept des entfaltenden Lernens zugrunde, das in der ComputerLernWerkstatt an der TU Berlin entwickelt wurde.

In Österreich wird das Projekt von Fachleuten der Uni Linz begleitet, um eine wissenschaftlich fundierte Betreuung zu gewährleisten.

Für Kinder von vier bis sechs Jahren

Die „Schlaumäuse“ wurden für Kinder im Alter von vier bis sechs Jahren entwickelt



Mit der „Schlaumäuse“-Software sollen Kinder die Sprache in Schrift und Wort spielerisch kennenlernen und erfahren.

und sind daher für alle Kindergärten und Vorschulen geeignet. Die Pädagoginnen werden von Trainern des Schlaumäuse-Kompetenzentrums eigens auf das Programm eingeschult, um den richtigen Umgang zu gewährleisten. Nähere In-

formationen finden Sie in der Jänner-Ausgabe von KOMMUNAL. Alle Gemeinden können Anfang nächsten Jahres kostenlos die Software „Schlaumäuse“ auf www.kommunal.at bestellen.



ITT

Mehr Schub mit weniger Energie

Der Banana und die 4000er Rührwerke von ITT Austria sind wahre „Kostenschrauben“.

Speziell geformte Propeller erzeugen konstant hohe Wirkungsgrade bei geringem Energieverbrauch und minimalem Verschleiß.



ITT Austria GmbH
A-2000 Stockerau
Ernst Vogel-Straße 2
Tel. 02266/604
Fax 02266/65311
www.ittaustria.at



Engineered for life

Gemeindesoftware steuert zentrale Register

ÖKOM New Style – einfacher geht's nicht

Ein Antragsformular wird vollelektronisch bearbeitet und integriert, der Umzug eines Ersatzgemeinderates im ZMR durch eine andere Gemeinde löst automatisch ein Mandatsverzichtsverfahren aus und ein Bauakt bewirkt vollautomatisch eine Befüllung des neuen GWR-Online. ÖKOM ist der erste und bisher einzige Gemeindesoftwarehersteller, der fast alle zentralen Datenregister ohne weitere Eingaben durch die Software betreut.

Der „ÖKOM Rathausmanager“ überwacht und verbindet „Dokumente“ mit den „Buchungen“ – in einer einzigen zentralen Datenbank und jederzeit über alle Kriterien wiederauffindbar. Modernste Programmier-technik erlaubt auch ein



vereinfachtes und dadurch kostengünstiges Wartungskonzept – in Zeiten sinkender Ertragsanteile nicht unbedeutend. Schließlich soll ein Vorsprung in der Technik ja auch ein Vorsprung in der Finanzgebarung sein.

Information

Ökom EDV Planungs- und HandelsgmbH
A-9020 Klagenfurt
Feschnigstraße 78 A
Tel.: 0463/429 000
norbert.wenger@oekom.at
www.gemeindesoftware.at

E-Government im Parlament

Mit der Bürgerkarte ins virtuelle Amt

Elektronische Verwaltung ist in den vergangenen Jahren immer mehr in den Alltag eingeflossen. Benötigt wird dazu die Bürgerkarte oder die E-Card, die schon seit ein paar Jahren den Krankenschein ersetzt. Durch die Digitalisierung der Behördenwelt ist es in vielen Fällen nicht mehr notwendig, zu vorgeschriebenen Zeiten auf dem Amt zu erscheinen. Dazu benötigen BürgerInnen lediglich eine mit der Bürgerkarten-



Bei den E-Government Tagen im Parlament wurden verschiedenste Lösungen rund um die elektronische Datenverarbeitung vorgestellt.

funktion ausgestatte Chipkarte, ein Kartenlesegerät für ihren Computer sowie die vom Bundeskanzleramt kostenlos zur Verfügung gestellte Software „Bürgerkar-

tenumgebung“. Mitte Dezember fand dazu im Parlament eine zweitägige Präsentation statt. Infos auf www.digitales.oesterreich.gv.at

Forderung

VCÖ sieht Lösung in CO₂-Steuer

Der Verkehrsclub Österreich (VCÖ) fordert eine rasche Einführung einer CO₂ Steuer auf Treibstoffe. Was jeder einzelne für klimafreundliche Mobilität tun kann, finden Sie online auf www.vcoe.at

Import aus Deutschland

WKO für Handwerkerbonus

Aus aktuellen Erhebungen steht fest, dass Pfusch und Schwarzarbeit nach Rückgängen in den Vorjahren nun wieder deutlich zunehmen werden. „Aus Sicht der Wirtschaftskammer ist daher die Einführung des Handwerkerbonus auch in

Österreich ein geeignetes Mittel im Kampf gegen die Krise und gegen Pfusch und Schwarzarbeit“, so WKO-Präsident Christoh Leitl. In Deutschland hat man mit der Einführung des Handwerkerbonus sehr positive Erfahrungen gemacht.

E-Government Konferenz 2010

Wörgl wird zum IT-Zentrum

Veranstaltet vom Zentrum für E-Government der Donau-Uni Krems findet am 5. Februar die E-Government Konferenz für Gemeinden in Wörgl statt. Hauptaugenmerk liegt auf Services für Gemeinden, die in bestehende IT-Landschaften integriert werden können und eine Effizienzsteigerung der Verwaltung, einen Wettbewerbsvorteil für die Wirtschaft und mehr Lebensqualität den Gemeindebürgern bringen. Mehr Infos auf www.donau-uni.ac.at/egov



Generalsekretär des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks Hanns-Eberhard Schleyer, WKO-Präsident Christoph Leitl und Dominik H. Enste vom Institut der deutschen Wirtschaft Köln.

Staatspreis: Paolo Fancelli gewinnt mit dem Viatrac Aebi VT450 den Design-Preis Schweiz 2009

Aebi-Schmidt – Spitzentechnik mit Spitzendesign

Seit Jahrzehnten begleiten Designer von Anfang an die Entwicklung der Aebi High-tech-Fahrzeuge und verleihen den Maschinen eine eigenständige, moderne und rassige Form. Die langjährige und intensive Zusammenarbeit von Aebi und dem Designer Paolo Fancelli wurde kürzlich mit dem Ge-

winn des Design-Preises Schweiz 2009 belohnt. Der Viatrac Aebi VT450 verfügt über hervorragende technische Eigenschaften, ist geländegängig und hangtauglich und kann dank einer Vielzahl von An- und Aufbaugeräten rund ums Jahr eingesetzt werden. Viele Gemeinden und Baufirmen machen sich diese Polyvalenz zunutze. Besonders für diesen Markt

Ein Blick auf den Gesamteindruck (links) und das Cockpit (rechts) des Viatrac Aebi VT450 zeigt, woher der Preis kommt.

ist auch das Design des Viatrac ausgelegt. Von außen betrachtet, strahlt das Fahrzeug Robustheit und Dynamik aus. Im Innern herrscht eine gepflegte Atmosphäre. Durch ein gekonntes Spiel von konzentrischen Kreisen gestaltete der Designer ein übersichtliches und umhüllendes Cockpit. Paolo Fancelli ist seit zehn Jahren in Zürich tätig und erreichte internationales Renommee mit der Gestaltung von Werkzeugen, Präzisionsinstrumenten und Bürostühlen. Der Gewinn des Design-Preises Schweiz

2009 mit dem Viatrac VON Aebi ist ein weiteres Highlight in seiner Karriere. Aebi Burgdorf gratuliert zu diesem großartigen Erfolg und ist stolz auf ihren Designer. Mehr auf www.aebi-schmidt.com



Fotos: Aebi-Schmidt



Konnexitätsprinzip und Konsultationsverfahren als Ausdruck der Selbstverwaltung

Wurzeln im politischen Raum der Kommunen

Dieser Tage ist kommunale Verwaltung im Bezug auf die Aufgaben und Eigenständigkeit der Gemeinden auch in Deutschland ein großes Thema. Eine unlängst erschienene Dissertation von Autor Dr. André Röhl rollt die Hintergründe und Strukturen auf einem neuen Teppich aus.

Bürgerschaftliches Engagement ist das Kernelement des liberalen Staatsverständnisses und wurzelt im politischen Raum der Kommunen. Die Bandbreite staatstheoretischer Überlegungen reicht hier von der lokalen Selbstverwaltung als Quell nationaler Erneuerung in den Stein-Hardenbergschen Reformen, über die demokratische Erziehungsfunktion der Selbstverwaltung bei Tocqueville, bis hin zur basisdemokratischen Selbstbestimmung in den Reformbewegungen der DDR.

Interesse gesunken

Die aktuelle Realität in der Bundesrepublik widerspricht jedoch vielen dieser Gedanken. Zum einen scheint angesichts der Wahlbeteiligungen das tatsächliche In-

Der Autor diskutiert die Möglichkeiten einer Übertragung dieses Konsultationsmechanismus auf das Verhältnis zwischen Kommunen, Bund und Ländern in der Bundesrepublik Deutschland.

teresse für bürgerschaftliches Engagement vor Ort sehr gering, zum anderen sind die Entscheidungsmöglichkeiten für den Bürger auf lokaler Ebene beschränkt. Die Kommunen sind im Staatsaufbau keine dem Bund oder den Ländern vergleichbare Ebene. Sie sind eine Verwaltungsebene, die letztlich der Exekutive

des Landes zuzuordnen ist, auch wenn ihr autonome Selbstverwaltungsrechte zustehen. Diese Nachrangigkeit spiegelt sich insbesondere in den Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern auf der einen, den Kommunen auf der anderen Seite wider. Die diesbezügliche Diskussion wurde seit Mitte der 90er-Jahre zunehmend von dem Begriff des Konnexitätsprinzips bestimmt. Der verkürzte Grundsatz „Wer die Musik bestellt, bezahlt!“ steht dabei im Fokus.

Ursache Nachrangigkeit

Ausgehend von seiner Mitarbeit am Institut für Verwaltungswissenschaft an der Helmut-Schmidt-Universität in Hamburg beleuchtet der Verfasser Dr. André Röhl die Thematik eingehend in seiner Dissertationsschrift. Auf der Grundlage von allgemeinen Betrachtungen zur Rolle des Konnexitätsprinzips sowie der historischen Einordnung des Verhältnisses zwischen Kommunen und den staatlichen Ebenen, benennt er die staatsorganisatorische Nachrangigkeit als wesentliche Ursache der kommunalen Finanzprobleme.

In der Finanzdiskussion habe in den ersten Jahrzehnten zunächst die Gesamtmenge der Zuweisungen im Brennpunkt gestanden. Die Einführung verbindlicher Maßstäbe im Finanzausgleich durch verfassungsgerichtliche Entscheidungen und der drama-



Autor Dr. André Röhl stellte sich die Frage nach dem besten Rezept für die kommunale Verwaltung.

tische Anstieg der Ausgaben infolge der Wiedervereinigung hatten schließlich verstärkt zur Aufgabenverlagerung auf die Kommunen geführt. Diese reagierten auf die faktische Beschränkung ihrer finanziellen Möglichkeiten mit Versuchen, leistungsbegründende Voraussetzungen zu umgehen oder zu verändern. Beispielsweise wurden kommunal zu unterstützende Langzeitarbeitslose in kommunalen Betrieben so lange beschäftigt, bis sie wieder Ansprüche aus der durch den Bund zu verantwortenden Arbeitslosenversicherung hatten. Das Schlagwort der „Verschiebebahnhöfe“ machte die Runde – sowohl für Bund und Länder als auch für die Kommunen erschien die Situation nicht mehr haltbar. Einen Ausweg bot das Konnexitätsprinzip, wonach die Aufgabenverantwortung untrennbar mit der Finanzierungsverantwortung verknüpft ist. Der daraufhin gefolgte Diskurs fasst der Autor so zusammen: Es sei umstritten, ob Aufgabenverantwortung nur die Aufgabenformulierung oder auch die Aufgabewahrnehmung und die Finanzierungsverantwortung eine vollständige oder nur anteilmäßige

Erstattung beinhalte. Die Folgen für die Praxis zeigt der Autor an einem Gesetzgebungsverfahren im Land Mecklenburg-Vorpommern. Selbst bei scheinbar günstigsten rechtlichen Voraussetzungen für die Kommunen kann letztlich eine Benachteiligung der Kommunen nicht ausgeschlossen werden, da das Land aufgrund seiner Weisungsbefugnis einschränkende Bestimmungen immer wieder umgehen kann.

Beispiel Österreich

Der Autor kommt daher zu dem Schluss, dass keine der diskutierten Spielarten des Konnexitätsprinzips die willkürliche Einschränkung der kommunalen Selbstverwaltungsrechte zu verhindern vermag. Folglich greift er die von Landesverfassungsgerichten formulierten Forderungen nach Transparenz und prozeduraler Sorgfalt auf, um im Vergleich die von einer ähnlichen Ausgangslage geprägte Situation in Österreich zu skizzieren.

Dort habe man den Anspruch, eine allgemein gültige, finanziell berechenbare Rechtslage zu schaffen, aufgegeben. Stattdessen favorisierte man die verstärkte Beteiligung der Kommunen. Rechtssicherheit und Wahrung der Selbstverwaltungsrechte erfolgen also nicht durch Zahlung einer – ohnehin nur scheinbar eindeutig – bestimmbar Summe, sondern durch die Teilhabe der Kommunen. Der Autor diskutiert die Möglichkeiten einer Übertragung dieses Konsultationsmechanismus' auf das Verhältnis zwischen Kommunen, Bund und Ländern in der Bundesrepublik. Trotz Unterschieden in den staatsrechtlichen Voraussetzungen gelangt er zu dem Schluss, dass eine punktuell-

le, fallbezogene Umsetzung möglich und sinnvoll erscheint. Seine Empfehlung lautet daher, dass das Konnexitätsprinzip einem Konsultationsmechanismus zwischen den staatlichen Ebenen nachrangig sein sollte. Mit seiner Dissertation weicht der Autor stark von vergleichbaren Abhandlungen ab, indem er sich nicht vorrangig auf rechtliche und legalistische Argumente beruft. Vielmehr rücken bei ihm historische und praktische Aspekte in den Vordergrund. Auch wenn der tatsächlichen Umsetzung seiner Vorstellung schließlich doch rechtliche Bedenken entgegenstehen, so sind seine Überlegungen eine wesentliche Bereicherung zur Diskussion um die Weiterentwicklung der kommunalen Selbstverwaltung.

Die betrachtete Arbeit von André Röhl zeigt eine beachtenswerte Möglichkeit auf, wie Selbstverwaltung als bürgerschaftliches Engagement im eigentlichen Sinne wieder gestärkt werden kann.

Das Buch

Röhl, André, „Konnektivitätsprinzip und Konsultationsverfahren als Ausdruck kommunaler Selbstverwaltung. Zu Grundlagen, Inhalten und Entwicklungen des Konnexitätsprinzips“
ISBN 978-3-631-55087-8
Preis: 50,10 Euro
Aus der Reihe : Europäische Hochschulschriften – Reihe XXXI 529 , Verlag Peter Lang GmbH, Internationaler Verlag der Wissenschaften
Büro Wien
Dr. Norbert Willenpart
Lenaugasse 9/8
A-1080 Wien
Tel.: +43/1/403 58 26
Fax: +43/1/406 74 28
buero.wien@peterlang.com



CHANCEN VIELFALT

Immer mehr Gemeinden nutzen die Chance einer Leasingfinanzierung. Österreichs Spezialisten für kommunale Leasingprojekte sagen Ihnen wie.

E-Mail: anfrage@kommunal-leasing.at
www.kommunal-leasing.at

 **KOMMUNAL
LEASING**

Mit dem MACH3-e.T.-Spartrafo lassen sich die Kosten für Straßenbeleuchtung senken Bei Straßenbeleuchtung 30–40 Prozent Ersparnis

Die Straßenbeleuchtung hat vor allem die Aufgabe, in den Abendstunden Gefahrenstellen zu kennzeichnen. Und wer kennt nicht die Ungewissheit, wenn man in einer dunklen Gasse geht. Steigende Energie- und Materialkosten erzeugen jedoch einen zunehmenden Kostendruck. Abhängig von der aktuellen Nutzung ist eine homogen verteilte Mindest-Beleuchtungsstärke sinnvoll. Es ist deshalb effizienter zu dimmen, als jede zweite Leuchte auszuschalten.

Ersparnis

Dipl.-Ingenieur Stefan Kögler, Geschäftsführer von STK, hat vor 5 Jahren mit MACH3-e.T. ein System entwickelt, das die Ge-



So sieht der MACH3-e.T. aus, wenn er fertig installiert ist.

sichtspunkte von Kostensenkung und Sicherheit bei der Straßenbeleuchtung kombiniert. Mittlerweile sind einige tausend Spartrafos in Kommunen und Industriebetrieben im Einsatz. Mit nachhaltigem Erfolg: Die preiswerten Geräte amortisieren sich schnell

und sparen bares Geld.

Der MACH3-e.T. sorgt dafür, dass die Straßenlampen, von einem Programm gesteuert, intelligent gedimmt werden. Kögler weist besonders darauf hin, wie schnell die Montage der Trafos vorstatten geht: „Für ca. 35 Straßenleuchten benötigt man bei einer ein-

phasigen Anlage einen Spartrafo. Dieser wird einfach in das Leitungsnetz der Straßenbeleuchtung eingeschlossen. Wenn ein Schaltschrank vorhanden ist, dauert die Montage gerade einmal 2 Stunden.“ Besonderer Clou: MACH3-e.T. gleicht Spannungsschwankungen aus, der Strom fließt gleichmäßiger und die Leuchtmittel halten fast doppelt so lange.

Information

STK GmbH
St. Egidierer Straße 13
08132 Mülsen OT Thurm
Tel.: 037601/20188
Fax: 037601/20187
info@stk-technik.de
www.stk-technik.de

E.E.

TOPLAK's mobile Heizungen – rasch & flexibel

Warme Temperaturen für die kalte Jahreszeit

TOPLAK, die Spezialisten für mobile Stromversorgung, sorgen auch in der kalten Jahreszeit für wohlige Wärme.

Gerade jetzt steigt der Bedarf an flexiblen Lösungen für die effektive Beheizung von Räumen in allen Größen. Ob Zelte bei Veranstaltungen oder die sichere Überwinterung ganzer Baustellen, die professionellen

Elektroheizungen mit 3, 9 oder 15 kW von TOPLAK sind rasch und punktgenau einsatzbereit. Überall dort, wo keine herkömmlichen Brennstoffe zum Einsatz kommen können oder dürfen, sind Elektroheizungen die ideale Alternative. Immer öfter werden die Spezialisten von TOPLAK auch zu Noteinsätzen gerufen, wenn z. B. in einem Hotel die Heizung ausgefallen ist. Gekoppelt mit den TOPLAK-Stromaggregaten können in Notfällen

Unternehmen, Hotels und auch Privathäuser unabhängig vom öffentlichen Netz komplett mit Energie und Wärme versorgt werden. TOPLAKs Experten erstellen maßgeschneiderte Lösungen für den Einsatz der mobilen Heizbrigade, liefern, installieren und betreuen die Anlage auch auf

Wunsch. Das vor mehr als 15 Jahren gegründete Unternehmen mit Sitz in Wien hat sich darauf spezialisiert, mobilen Strom, Kühlen und Heizen überall dort zur Verfügung zu stellen, wo vorhandene Strukturen dies nicht zulassen oder der Faktor „Zeit“ die entscheidende Rolle spielt.



TOPLAK
WWW.TOPLAK.COM

Information

Toplak Gesellschaft
m.b.H.
Paul REUMANN
T: 01 76 75 3 74
F: 01 76 75 3 74-27000
reumann@toplak.com

E.E.

WIR UNTERSTÜTZEN ÖSTERREICHS GEMEINDEN. UND SIE PROFITIEREN DAVON.

Kommunalleasing
zur Maastricht-schonenden
Finanzierung von Infrastruktur-
projekten. Unsere Experten
beraten Sie gerne ausführlich!

Infos unter 0810 20 52 51.

www.leasing.at

**UNTERNEHMEN
ÖSTERREICH**
EINE INITIATIVE DER BAWAG PSK



**BAWAG
PSK
Leasing**

Gemeinden schaffen in wirtschaftlich schweren Zeiten Anreize für Wirtschaft

„Ein Stück Schule ist bestellbar“

KOMMUNAL führte mit Mag. Brigitte Bruckmüller und Mag. Alexander Weisert von Immorent ein Gespräch über die vielfältigen Möglichkeiten der Kommunal-Finanzierung. Dabei ergeben sich interessante Optionen für die Finanzierung verschiedenster Immobilien. Für besondere Vorhaben (wie Seilbahnen, Kraftwerke etc.) gibt es maßgeschneiderte Finanzierungsprodukte. Hätten Sie gedacht, dass man auch eine Kirche leasen oder ein Stück Schule bestellen kann?

Julya Pollak &
Mag. Hans Braun

KOMMUNAL: Was kann eine Gemeinde mittels Immobilienleasing finanzieren?

Immorent: Das wären zum Beispiel: Verwaltungszentren, Rathäuser, Gemeindeämter, Kindergärten, Schulen, Gesundheitseinrichtungen, Katastrophenschutzzentren, Feuerwehrrhäuser, Bauhöfe, Sport- und Freizeitanlagen, auch Kraftwerke für erneuerbare Energien und vieles mehr, wie auch touristische Einrichtungen und teilweise Infrastruktur.

Die vertraglich vereinbarten Investitionen zahlt die Immorent, die Gemeinde zahlt die Leasingrate sowie die Betriebskosten.

Wie erfolgt die Strukturierung eines Immobilienleasingfalles in der Praxis?

Grundsätzlich sind für die Abwicklung eines Immobilienleasingfalles mehrere Vertragswerke erforderlich. Zuerst wird für eine Laufzeit von 15 bis 25 Jahren ein Leasingvertrag abgeschlossen. Darin sind Prämissen, Investitionskosten, Zinssatz und Instandhaltung etc. geregelt. Ebenso wichtig wie der Leasingvertrag ist, dass die Leasinggesellschaft ein Verfügungsrecht über die betreffende Liegenschaft erhält. In diesem Zusam-



„Im Regelfall wird ein Andienungsrecht vereinbart, dann kauft die Gemeinde das Leasingobjekt am Ende der Vertragsdauer zurück.“ Mag. Brigitte Bruckmüller, Geschäftsführerin Immorent Österreich, über die Strukturierung eines Immobilienleasingfalles.

menhang kommen grundsätzlich Kauf der Liegenschaft durch Leasinggesellschaft oder der Erwerb eines Baurechts über die betreffende Liegenschaft in Frage. Ein Baurechtsvertrag ist aus steuerlicher Sicht über eine Dauer von zumindest 40–60 Jahren abzuschließen. Im Regelfall wird ein Andienungsrecht vereinbart. Bei Ausübung des Andienungsrechtes durch Immorent muss die Gemeinde das Leasingobjekt erwerben.

Wenn Sie beispielsweise in einer Gemeinde eine Schule von Grund auf erneuern und diese an die Gemeinde verleasen, wer zahlt dann die Rechnungen?

Die vertraglich vereinbarten In-

Wir bieten Kunden auch an, uns um die komplette Bauabwicklung zu kümmern. Wir haben dafür eine bewährte Dienstleistungspalette ...

vestitionen zahlt die Immorent. Die Gemeinde zahlt die laufenden Leasingraten ab Nutzung des Gebäudes sowie die laufenden Betriebskosten. Wir bieten den Kunden an, uns auch um die komplette Bauabwicklung zu kümmern. Wir haben dafür eine bewährte Dienstleistungspalette im Bereich Planen und Bauen, beispielsweise begleitende Kontrolle, Projektsteuerung, Generalplanung, Totalübernehmer, Haustechnik und Immobilienbewertung. Die Gemeinde kann uns die Baudienstleistungen übergeben oder das auch selbst in die Hand nehmen. Die Baubuchhaltung wird immer von der Immorent übernommen, die Gemeinde erhält regelmäßig Berichte über Bestellwert und Zahlungsstand. Somit bietet die Abwicklung durch Immorent auch ein gutes Kontrollinstrument.

Wir haben schon von sehr ausgefallenen Projekten gehört. Ist es richtig, dass man auch Kirchen bei Ihnen leasen kann?

Ja, wir haben schon eine evangelische Kirche finanziert. Grundsätzlich sind alle Objekte leasingfähig, für die es eine Drittverwertungsmöglichkeit bzw. einen Drittmarkt gibt und die nicht auf die Bedürfnisse eines einzelnen Nutzers „zugeschnitten“ sind.

Und wie ist das bei öffentlichen Straßen? Kann eine Gemeinde die Gemeindestraßen, Forstwege oder Wirtschaftswege einem Leasingvertrag unterziehen?

Das hört sich utopisch an, doch wenn die Möglichkeit auf ein entgeltliches Zutrittssystem besteht (Maut), dann ist das möglich. Allerdings handelt es sich dann nicht mehr um eine klassische Leasingfinanzierung, sondern eher um ein PPP-Modell.

Was für Vorteile ergeben sich bei einer Leasingfinanzierung?

Der gravierendste, cash-wirksa-

me Vorteil ergibt sich beim Immobilienleasing durch einen entsprechenden Umsatzsteuervorteil in Bereichen, in denen der Gemeinde selbst kein Vorsteuerabzug möglich ist. Die Umsatzsteuerersparnis kann rund zehn Prozent der Gesamtinvestitionskosten betragen. Weiters erhöht eine Leasingfinanzierung nicht den Mastricht-relevanten Verschuldungsgrad. Die Gemeinden werden durch die gesamte Baubuchhaltung entlastet und bekommen durch Immorent eine weitere Kontrollebene im Bezug auf die Kosten. Die gängigen Förderungen sowie Eigenmittel können mit Immobilienleasingfinanzierungen kombiniert werden. Die steuerliche Eigenmittelobergrenze liegt derzeit bei 50 Prozent der Gesamtinvestitionskosten. Gemeinden können bei uns „ein Stück Schule“ bestellen und bekommen sie dann fix fertig gebaut und wenn gewünscht sogar eingerichtet.

Was ist das Liegenschaftsentwicklungsmodell?

Das Liegenschaftsentwicklungsmodell sichert Grundstücke für die Gemeinde, die künftig als Gewerbegebiet oder Wohngebiet aufgeschlossen werden sollen. Neben der Finanzierung stellt die Immorent ihr technisches Know-how zur Verfügung. Sämtliche Maßnahmen werden in engem Dialog mit der Gemeinde durchgeführt. Die Ge-

Unten: Im Gespräch zeigt sich, dass im öffentlichen Bereich derzeit massive Anfragen an die Immorent kommen. „Gerade im kommunalen Sektor verstehen die Verantwortlichen, wie wichtig es ist, gerade in schwierigen Zeiten Neues zu schaffen.“



Fotos: Ernst Horvath

„Das Liegenschaftsentwicklungsmodell sichert Grundstücke für die Gemeinde, die künftig als Gewerbegebiet oder Wohngebiet aufgeschlossen werden sollen.“ Mag. Alexander Weisert, Fachgebietsleiter für Kommunalfinanzierungen, erklärt ein Geschäftsmodell.

meinde bleibt frei von laufenden Rückzahlungen, schont ihre Liquidität und ihre personellen Ressourcen. Auch im Bereich der Ökoenergie sollen – nachdem es ein neues Ökoenergiegesetz gibt – wieder verstärkte Impulse gesetzt werden.

Spüren Sie die Folgen der Wirtschaftskrise?

Wir merken die Finanzkrise im gewerblichen Bereich. Es wird weniger investiert, die Unternehmen warten ab. Anders ist

das im öffentlichen Bereich, da haben wir massive Anfragen, gerade im kommunalen Sektor verstehen die Verantwortlichen, wie wichtig es ist, gerade in schwierigen Zeiten Neues zu schaffen. Investitionen nutzen meist der ganzen Region und stützen sie auch in Krisenzeiten.

Wunderding „Leasing“

Was es kann und was alles leasingfähig ist

Leasing ist eine Finanzierungsvariante, wobei der Leasinggeber dem Leasingnehmer die Nutzung eines Investitionsgutes für einen bestimmten Zeitraum gegen Entgelt überlässt. Bei den Leasingobjekten kann es sich sowohl um bewegliche Wirtschaftsgüter (Mobilen-Leasing) als auch um unbewegliche Wirtschaftsgüter (Immobilien-Leasing) handeln ... Die Gefahr des zufälligen Unterganges liegt grundsätzlich beim Leasingnehmer. Unter **Immobilien-Leasing** versteht man die Nutzungsüberlassung von unbeweglichen Wirtschaftsgütern (insbesondere Liegenschaften). Verträge im Bereich Immobilien-Leasing werden für eine längere Laufzeit abgeschlossen, in der Regel auf 15–20 Jahre. Grundsätzlich können alle unbeweglichen Wirtschaftsgüter geleast werden, die eine bestimmte Marktgängigkeit (Drittverwertungsmöglichkeit) aufweisen und eine wirtschaftlich selbstständige Einheit darstellen. Keine Drittverwertungsmöglichkeit ist beim Spezial-Leasing gegeben, wo Gebäude ausschließlich auf die Bedürfnisse eines Kunden zugeschnitten sind.

Mehr auf www.immorent.at



ARA und Gemeinden: Gemeinsam für den Klimaschutz

Seit 16 Jahren ein erfolgreiches Team im Dienst der BürgerInnen

Von Anfang an setzte die ARA auf die Stärken regionaler Partnerschaften. Gemeinsam mit Kommunen, Abfallwirtschaftsverbänden und regionalen Entsorgungsunternehmen wurde österreichweit ein bequemes und effizientes Sammel- und Verwertungssystem für Verpackungsabfälle aufgebaut, das jährlich neue Sammelrekorde bringt und international Beachtung findet.

Möglich ist dieser nachhaltige Erfolg allerdings erst durch das Engagement der Bevölkerung. Umfragen zeigen klar, dass die getrennte Sammlung längst mehr als bloß akzeptiert wird. Sie ist heute ein selbstverständlicher Teil umweltbewussten Konsumentenverhaltens. 2008 sammelten die ÖsterreicherInnen rund 750.000 Tonnen Verpackungsabfälle über das ARA System, das damit seine bislang höchsten Sammel- und Verwertungsmengen seit Bestehen erzielte.

Verpackungsrecycling erspart 600.000 Tonnen CO₂

87 Prozent der gesammelten Verpackungen konnten stofflich wiederverwertet werden. Österreich liegt deshalb laut EUROSTAT bei der stofflichen Verwertungsquote auch im Spitzenfeld aller EU-Länder. Die umweltgerechte Verwertung dieser Sekundärrohstoffe ersparte der Umwelt im Jahr 2008 rund 600.000 Tonnen CO₂. Ein wichtiger Beitrag zum Klimaschutz, der auch in wirtschaftliche schwierigen Zeiten erhalten werden muss. Ein hoher Servicegrad, Anpassung an lokale und regionale Bedürfnisse und eine verlässliche Sammlung sind dabei ebenso wichtig wie die laufende technische und logistische Weiterentwicklung der Sammelsysteme. ARA Vorstand Christoph

Scharff: „Mit der ARA können die BürgerInnen und Gemeinden sicher sein, dass ihnen auch in Zukunft ein bequemes und bedarfsgerechtes Sammelsystem für Verpackungen zur Verfügung stehen wird.“

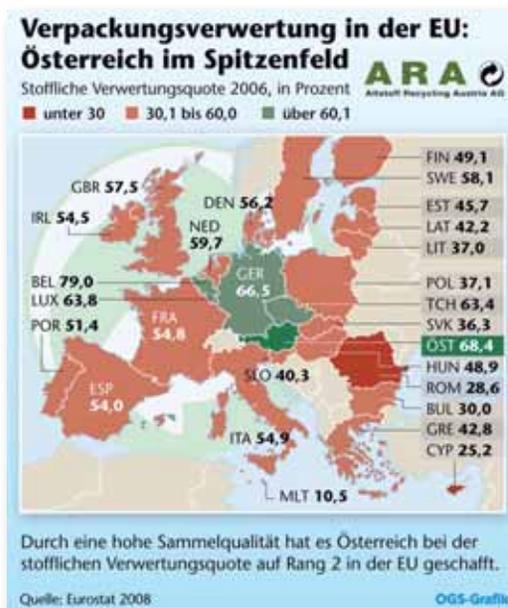
Mülltrennung weiter im Aufwind

Auch im Krisenjahr 2009 gebührt den ÖsterreicherInnen dickes Lob für ihr Engagement in Sachen Verpackungssammlung. Der Sammeleifer ist ungebrochen: Hochrechnungen liegen auf dem Niveau der Sammelrekorde aus dem Jahr 2008, in dem pro Kopf im Durchschnitt 118,5 kg Verpackungen und Altpapier gesammelt wurden. Auch

die Trennqualität hat sich in den letzten Jahren stetig verbessert. Die so genannte Fehlwurfquote ist weiter zurück gegangen. Das ist ein weiteres Indiz dafür, dass den ÖsterreicherInnen der Sinn der getrennten Sammlung und deren Beitrag zum Umweltschutz bewusst ist.

ARA Tarife für 2010 stabil

Obwohl der Einbruch auf den Altstoffmärkten weiterhin spürbar ist, macht sich mittlerweile eine gewisse Stabilisierung bemerkbar. Die dadurch verbesserte Ertragssituation für die gesammelten Altstoffe sowie das weiterhin konsequent geführte Sparprogramm der ARA – auf Jahresbasis werden heuer intern und extern rund acht Millionen Euro eingespart – ermöglicht, die Lizenztarife für die Entpflichtung von Verpackungsabfällen unverändert zu belassen. Werner Knausz, Vorstand der ARA, dazu: „Es gehört zu unseren Unternehmensgrundsätzen, nachhaltig möglichst niedrige Lizenztarife für die Wirtschaft und damit auch für die KonsumentInnen sicherzustellen. Die Wirtschaftskrise hat uns diese Aufgabe nicht leicht gemacht. Es freut mich daher, dass es uns trotz dieser schwierigen Rahmenbedingungen gelungen ist, die seit Mitte 2009 geltenden Tarife auch für 2010 ohne Abstriche für die KonsumentInnen bei der Sammelinfrastruktur beibehalten zu können.“



Information

ARA Altstoff Recycling
Austria AG
Mariahilfer Straße 123
A-1062 Wien
Tel: 01/599 97-0
Fax: 01/595 35 35
E-Mail: araag@ara.at
Web: www.ara.at

Der Verein Interkomm Waldviertel feierte sein Zehn-Jahres-Jubiläum

Das Waldviertel bietet mehr als Sie vielleicht denken

Der Verein Interkomm Waldviertel feierte am 26. November 2009 im Kurzentrum Traunstein sein zehnjähriges Bestehen. Im Zuge dieser Jubiläums-Generalversammlung trafen sich jene Menschen, die in den letzten zehn Jahren den Verein unterstützt und mit seinen VertreterInnen zusammengearbeitet haben. Auch LHStv. Mag. Wolfgang Sobotka war zu Gast! Er lobte den Verein Interkomm als Musterbeispiel für die Umsetzung gemeindeübergreifender Zusammenarbeit. Seit seiner Gründung hat der Verein eine beachtliche Größe und Gestaltungskraft erreicht. 50 Gemeinden arbeiten aktiv und projektbezogen zusammen und verfolgen dabei gemeinsam das Ziel, der Abwanderung entgegenzuarbeiten und Standortentwicklung im Waldviertel zu forcieren.



VertreterInnen der 50 Gemeinden feierten das zehnjährige Bestehen.

In diesen zehn Jahren wurde viel für die Entwicklung des Waldviertels geleistet. Mit den beiden Schlüsselprojekten „Wohnen im Waldviertel“ und Standort:Aktiv setzt der Verein konkrete Maßnahmen für die Zukunft der Region.

Wohnen im Waldviertel – Wo das Leben neu beginnt

44 Gemeinden gehen für das „Wohnen im Waldviertel“ ganz neue Wege: Von der gemeinsamen Präsentation des Waldviertels als „Wohnviertel“ über ein maßgeschneidertes Service bei der Immobiliensuche bis zur persönlichen Betreuung in

den Gemeinden:
www.wohnen-im-waldviertel.at

Standort:Aktiv

19 Gemeinden an den Hauptachsen des Waldviertels entwickeln ihre Gewerbeflächen und vermarkten sie gemeinsam. Die Standorte punkten mit 300.000 m² verfügbarer Fläche, guter Erreichbarkeit und mit Leitbetrieben.

Information

über Leitprojekte und andere Aktivitäten des Vereines unter

- www.regionalberatung.at/interkomm
- www.wohnen-im-waldviertel.at
- www.standort-aktiv.at

E.F.

Ihr Erfolg ist unser Erfolg.

Eine gute Geldveranlagung braucht eine gute Beratung. Und eine gute Beratung braucht Zeit. Genau die nehmen sich die Berater der HYPO Investmentbank-Gruppe gerne. Denn nur so kann gemeinsam die richtige Finanzierungs-/Veranlagungsstrategie zur Realisierung persönlicher Träume oder kommunaler Projekte erarbeitet werden. Unsere NÖ HYPO-Berater stehen Ihnen in unseren Geschäftsstellen in ganz Niederösterreich und Wien zur Verfügung. Für Kommunalprojekte erreichen Sie Herrn Direktor Mag. Johannes Kern persönlich unter: +43(0)2742/4920-1250 oder johannes.kern@hypoinvest.at

www.hypoinvest.at

HYPO
NÖ LANDESBANK

INVESTMENTBANK AG

BAWAG-Gemeinde-Milliarde wurde zum Renner des Sommers

Für Gemeinden gibt es bei der BAWAG keine Kreditklemme

Die BAWAG P.S.K., die „Hausbank der Republik“, hat diesen Sommer mit der BAWAG-Milliarde für Gemeinden den kommunalen Markt eindeutig dominiert. Wie der Zwischenstand dieser Aktion aussieht und was noch für BAWAG-Angebote an die Gemeinden zu erwarten ist, hat KOMMUNAL von BAWAG P.S.K. Vorstandsmitglied Regina Prehofer erfragt.

Ein bisschen fühlt man noch den Atem der Monarchie in dem stillen Winkel des Georg-Coch-Platzes in Wiens erstem Bezirk. Der Blick zum Ring zeigt die mächtige Fassade des Regierungsgebäudes, wo gleich drei Ministerien residieren. Einst war hier das Kriegsministerium der Monarchie. Dreht man sich dann um, sieht man die nicht minder eindrucksvolle und architektonisch bedeutende Jugendstilfassade der „K. k. Postsparkasse“. In dem von Otto Wagner beispielgebend erbauten Haus residiert heute die BAWAG P.S.K., wo das kleine Redaktionsteam von KOMMUNAL zu einem Interviewtermin mit BAWAG-Vorstand Regina



Wir wissen, wie wichtig die Gemeinden als öffentliche Auftraggeber für die österreichische Wirtschaft sind.

Regina Prehofer, BAWAG P.S.K.-Vorstandsmitglied

Prehofer verabredet ist. Nach der herzlichen und umgänglichen Begrüßung erzählt Prehofer auch gleich von ihrer kommunalen Vergangenheit und dass sie sehr viel persönlichen Bezug zu Gemeinden hat. „Ich bin in einer oberösterreichischen Gemeinde mit rund 3000 Einwohnern aufgewachsen, mein Vater war Gemeindeamtsleiter. Ich habe in der Gemeinde alles

miterlebt: vom Kindergartenbau über Kanal- und Straßenbau bis zu einem neuen Gemeindeamt. Bei den sonntäglichen Spaziergängen sind wir immer die Baustellen in der Gemeinde abgegangen und haben den Baufortschritt der öffentlichen Projekte beobachtet.“

Wir sitzen jedenfalls noch nicht richtig, als uns auffällt, dass wir schon mitten in einem Interview sind, das an Klarheit nichts zu wünschen übrig lässt.

KOMMUNAL: Wie viele von den Baustellen ihrer Heimatgemeinde sind mit der BAWAG-Gemeinde-milliarde finanziert worden?

Prehofer (lacht): Damals hat's die Gemeinde-Milliarde in dieser Form natürlich nicht gegeben ... (wird wieder ernst) ... aber heute können wir den Gemeinden sehr viel Neues anbieten. Ich gebe Ihnen gerne einen Überblick. Deshalb habe ich auch Friedrich Heißenberger, Bereichsleiter für Institutional und Public Business, sowie Peter Rauscher, Leiter des Public Sektors, zum Gespräch dazu gebeten.

Die aktuellste Initiative der BAWAG P.S.K., das „Unternehmen Österreich“, ist ein Dach für viele Aktivitäten. Das „Unternehmen Österreich“ spannt den Bogen zwischen Privatkunden, Firmenkunden und Kommunalkunden. Die BAWAG P.S.K. konzentriert sich dabei ganz auf Österreich – die Spar- und Veranlagungsprodukte haben alle einen klaren

Österreich-Bezug. Damit nehmen wir unsere Verantwortung wahr, durch Kredit- und Leasingfinanzierungen die heimische Wirtschaft zu stärken.

Der Erfolg gibt uns recht: In den ersten drei Quartalen 2009 sind wir im Neukreditgeschäft (Corporate Banking) um mehr als 20 Prozent – oder 2,3 Milliarden Euro – innerhalb des Vergleichszeitraums gewachsen.

Ist die Gemeinde-Milliarde tatsächlich eine Milliarde?

Ja, das ist tatsächlich eine Milliarde Euro!

Wir wissen, wie wichtig die Gemeinden als öffentliche Auftraggeber für die österreichische Wirtschaft sind. Die Gemeinden sind die Hauptauftraggeber regionaler Klein- und Mittelbetriebe (KMU). Mehr als 300.000 Unternehmen (99 Prozent aller Unternehmen) in Österreich sind KMU, die damit das Rückgrat der heimischen Wirtschaft bilden. Darüber hinaus ist der unternehmerische Mittelstand für die nachhaltige regionale Entwicklung verantwortlich. Zwei Drittel der Arbeitnehmer sind in diesen KMU beschäftigt, 75 Prozent der neuen Arbeitsplätze entstehen in den KMU. Kurz und gut: Die heimischen KMU sichern und schaffen Arbeitsplätze vor Ort und steigern die Lebensqualität in den Gemeinden und Städten.

Wenn wir die regionale wirtschaftliche Leistungsfähigkeit stärken, verhindern wir damit den Abbau von Arbeitsplätzen und fördern die positive Entwicklung der gesamten Region. Die BAWAG P.S.K. trägt mit ihrer Gemeinde-Milliarde aktiv zur Förderung der regionalen Entwicklung bei.

Die Gemeinde-Milliarde wurde heuer im Sommer bereitgestellt.



Fotos: Pollak/KOMMUNAL

Konzentrierte Runde: KOMMUNAL-Chefredakteur Hans Braun, Peter Rauscher, Leiter des Public Sektors der BAWAG, Vorstandsmitglied Regina Prehofer, Friedrich Heissenberger, BAWAG-Bereichsleiter für Institutional und Public Business, und KOMMUNAL-Verlags-Geschäftsführer Michael Zimper loten die Angebote für die österreichischen Gemeinden aus.

Wie hat sich die Nachfrage bis heute entwickelt?

Prehofer: Hier kann uns Friedrich Heissenberger, Bereichsleiter für Institutional und Public Business, sämtliche Details nennen.

Friedrich Heissenberger: Die ersten Angebote wurden Anfang Juni an die Gemeinden gesendet. In diesen Briefen haben wir bereits konkrete Angebote mit einer Laufzeit von zehn Jahren und indikativen Konditionen formuliert. Zusätzlich haben wir für die Gemeinden maßgeschneiderte Finanzierungslösungen aufgrund konkreter Finanzierungsparameter angeboten.

Wie waren die Reaktionen?

Heissenberger: Durchwegs positiv und vor allem sehr rasch: Wir hatten die ersten Reaktionen bereits zehn Tage nach der Aussendung im Haus. Das Ergebnis waren konkrete Gespräche mit drei Bundesländern und reges Interesse von mehr als der Hälfte der Gebietskörperschaften. Seit dem Start unserer Initiative Mitte Juni 2009 hatten wir bis Oktober 2009 im Vergleich zum selben Zeitraum des Vorjahres eine Steigerung von 166 Millionen auf 243,7 Millionen Euro zu verzeichnen – das ist ein Plus von 46,8 Prozent. Damit haben wir rund 310 Projekte neu finanziert.

Hat sich ein Bereich gezeigt, in dem die Gemeinden besonders hohen Finanzierungsbedarf haben?

Heissenberger: Die Gemeinden haben einen stark erhöhten Fi-

nanzierungsbedarf im Bereich der Daseinsvorsorge. Das betrifft vor allem den Bau und die Erhaltung von Pflichtschulgebäuden, Kindergärten, Pflegeeinrichtungen. Darüber hinaus gibt es auch hohen Bedarf an Re-Investitionen in der Abwasserwirtschaft und Kanalsanierung, dem Umwelt- und Hochwasserschutz und natürlich auch bei der Sanierung öffentlicher Gebäude.

Prehofer: Um es deutlicher darzustellen, haben wir ein eine Muster-Rechnung erstellt, um den Gemeinden den Betrag von einer Milliarde Euro besser zu veranschaulichen. Eine Milliarde ermöglicht beispielsweise die Finanzierung von insgesamt 181 Seniorenheimen (zu je 5,5 Millionen Euro). Oder auch 833 Kindergärten (je 1,2 Millionen Euro) oder 666 Freizeitzentren (je 1,5 Millionen Euro).

Neue Kindergärten werden in Zukunft ein wichtiges ein Thema werden, wenn das verpflichtende Vorschuljahr kommt. Der halbtägige Kindergartenbesuch für Kinder, die bis zum 31. August 2010 das fünfte Lebensjahr vollendet haben, erfordert allein für Niederösterreich rund 600 neue Kindergarten-gruppen.

Peter Rauscher, Leiter des Public-Sektors: Ja. Die Gemeinden investieren deshalb sehr gezielt in den Ausbau der Infrastruktur – das sichert Arbeitsplätze

und Nachfrage. Überdurchschnittlich oft erhalten wir Anfragen aus den bereits angesprochenen Bereichen Daseinsvorsorge, Altenpflege und Kindergärten. Der Grund dafür liegt in der gesellschaftspolitischen und demografischen Entwicklung.

Welche Kriterien muss eine Gemeinde erfüllen, um einen Kredit zu bekommen? Wie wird die Bonität geprüft?

Rauscher: Im Prinzip sind es die selben Kriterien wie bei anderen Kreditnehmern. Auch Gemeinden unterliegen einer Bonitätsbeurteilung, wobei das Umfeld und die Einbettung der Gemeinden in gesetzliche Finanznetze – Stichwort Finanzausgleich – ebenfalls eine Rolle spielen. Der Großteil der österreichischen Gemeinden ist jedenfalls problemlos kreditwürdig.

Prehofer: Die BAWAG P.S.K. ist traditionellerweise ein starker Partner der öffentlichen Hand. Wir haben in diesem Bereich rund 2000 Kunden – auch ausgegliederte Unternehmen des Bundes – und damit im öffentlichen Sektor einen Marktanteil von mehr als 17 Prozent. Im Zahlungsverkehr sind wir die Hausbank des Bundes. Eine Kundenbeziehung mit der BAWAG P.S.K. besteht überdurchschnittlich lange – nämlich 34 Jahre. Bei unserem aktuellen Kredit-Bestand von 4,9 Milliarden Euro an die öffentliche Hand halten die Gemeinden mit Ende September 2,6 Milliarden.

Heissenberger: Unser Betreuungsteam im Bereich öffentliche Hand umfasst 23 Mitarbeiter. Selbstverständlich stehen uns im Haus weitere erfahrene Produktexperten, zum Beispiel für Cash Management oder derivative Geschäfte, mit Rat und Tat in der Kundenbetreuung zur Seite.

Prehofer: Was uns in diesem Zu-

Die BAWAG P.S.K. ist traditionellerweise ein starker Partner der öffentlichen Hand. Wir haben in diesem Bereich rund 2000 Kunden und einen Marktanteil von mehr als 17 Prozent.

Regina Prehofer



sammenhang besonders freut: Zu 50 Prozent aller österreichischen Gemeinden unterhalten wir langjährige Kunden- und Kontobeziehungen. Die Zusammenarbeit funktioniert also bestens!

Wie lässt sich die Produktpalette der BAWAG P.S.K. darstellen?

Prehofer: Neben dem Zins- und Währungsmanagement und Veranlagungen gibt es noch Leistungen im Zahlungsverkehr und dem Cash Management, wo wir sehr stark sind.

Beim Zahlungsverkehr bieten wir ein einfacheres Handling für Buchhaltung und frühere Dispositionsmöglichkeit. Elektronische Kontoauszüge und Datenträger, digital signiert und steuerlich anerkannt, sind ebenfalls Standard. Beim Zahlungseingangsservice bieten wir den Gemeinden die Optimierung der Datenverarbeitung, also die automatisierte Verarbeitung von Zahlungseingangsdaten aus Gemeindesteuern, Kanalgebühren etc..

Unsere aktuelle Aktion betrifft die Kontoeröffnung eines neuen Gemeindekontos. Dabei bieten wir die Kontoführung zu besonders günstigen Konditionen an – inklusive Telebanking MBS. Das beinhaltet alle Leistungen rund um Programmsoftware, Installation und Einschulung, Kontoauszüge im PDF-Format.

Aber auch Leasing ist eine Finanzierungsform, die wir anbieten weil sie gerne angenommen wird. Die Vorteile für Kommunen sind schnell erklärt: Leasing vermeidet die „Maastricht-Verschuldung“, der Vorsteuerabzug verringert den Finanzierungsbetrag, es fällt keine Umsatzsteuer für Kautiolen an, und zahlreiche Förderungen stärken die Eigenmittelbasis. Unsere Experten kümmern sich sehr gezielt um die individuellen



Wir schätzen diesen Markt (den „kommunalen“, Anm.) auf ein Investitionsvolumen von rund zweieinhalb Milliarden Euro pro Jahr ... Und niemand steht gegenüber den Gemeinden auf der „Kreditbremse“.

Friedrich Heißenberger, Bereichsleiter für Institutional und Public Business

Die Lage ist durch die aktuelle Krise und den Rückgang der Steuereinnahmen etwas angespannt. Aber unterm Strich stehen die Kommunen immer noch sehr solide da.

Peter Rauscher, Leiter des Public-Sektors und seine Einschätzung der kommunalen Lage



Anliegen der Gemeinden, denen dieser Abwicklungsvorteil aus einer Hand enorm viel Zeit – und damit Geld – erspart!

Wie lässt sich der Markt für kommunale Finanzierungen darstellen?

Rauscher: Wir schätzen diesen Markt auf ein Investitionsvolumen von rund zweieinhalb Milliarden Euro pro Jahr, wobei die Bundesländer sehr starken Bedarf haben. Der Markt hat sich in letzter Zeit – bis auf die eine oder andere Schwankung – nicht so sehr verändert. Aber niemand steht gegenüber den Gemeinden auf der „Kreditbremse“, jedenfalls nicht bei uns. Für die Kommunen gibt es nach wie vor mehr Anbieter, als mit einer Hand abzuzählen sind. Aufgrund unserer breiten Produktpalette rechnen wir uns aber gute Chancen auf diesem Markt aus.

Wie sieht Ihre „Einschätzung zur Lage der Kommunen“ aus?

Rauscher (überlegt): Die Lage ist durch die aktuelle Krise und den Rückgang der Steuereinnahmen etwas angespannt. Aber unterm Strich stehen die Kommunen immer noch sehr solide da.

Der Gemeindebund fordert seit einiger Zeit ein weiteres Konjunkturpaket für Gemeinden, ähnlich dem Paket der „Thermischen Sanierung“. Wie beurteilen Sie diese Forderung?

Rauscher: Aus unserer Sicht sind alle Förderpakete positiv, weil sie die finanzielle Situation der Gemeinden, also auch unserer Kunden, verbessern. Die Gemeinden sind schließlich auch nachfragensseitige Impulsgeber – insbesondere im Bereich der alternativen Energie.

Prehofer: Es wäre vielleicht ratsam, die Maßnahmen im Rahmen des Ökostromgesetzes von Barzuschüssen hin zu Zinszuschüssen zu entwickeln. Ich denke, dass da eine größere Hebelwirkung

entstehen würde, weil das Volumen automatisch größer wird. Und das Geld würde nachhaltiger wirken.

Eine letzte Frage noch: Wie sieht der aktuelle Zwischenstand der BAWAG-Kommunalfinanzierung aus?

Prehofer: Das heurige Jahr ist sowohl für uns als auch unsere Kunden sehr gut verlaufen – auch das ist ein Erfolg der Gemeinde-Milliarde. Die Kreditvergabe an Gemeinden belief sich in den ersten drei Quartalen 2009 auf 507,5 Millionen Euro (+ 56,8 Prozent). Im Vergleichszeitraum 2008 waren es „nur“ 323,6 Millionen. Bei der Anzahl der Projekte hatten wir heuer eine Steigerung auf rund 620 Projekte, das ist ein Plus von 35 Prozent gegenüber dem Vergleichszeitraum 2008.

Untergliedert nach Verwendungszweck zeigt sich, dass 43 Prozent der Projekte den Bereich Abwasser betreffen, 31 Prozent Schulen und elf Prozent Altersheime, Straßenbau, Freizeitanlagen, Gemeindezentren, Feuerwehr und dergleichen.



Es wäre vielleicht ratsam, die Maßnahmen im Rahmen des Ökostromgesetzes von Barzuschüssen hin zu Zinszuschüssen zu entwickeln. Ich denke, dass da eine größere Hebelwirkung entstehen würde.

Regina Prehofer über Konjunkturfördernde Maßnahmen

Wir Gemeindebediensteten arbeiten

**in mehr als 200 Berufsgruppen,
an 365 Tagen im Jahr,
24 Stunden am Tag,
bei jeder Witterung**

für die österreichische Bevölkerung.

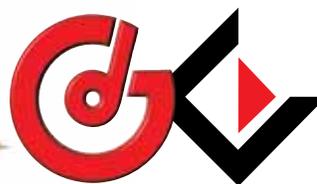
An den Weihnachtsfeiertagen und zum Jahreswechsel in das Jahr 2010 sind Gemeindebedienstete für die Menschen in Österreichs Gemeinden unermüdlich tätig.

Deshalb möchten wir uns bei allen Gemeindebediensteten, die heuer nicht bei ihren Familien feiern können, recht herzlich für ihren Einsatz bedanken.

**Wir wünschen ein friedvolles Weihnachtsfest,
ein sorgenfreies und glückliches Jahr 2010.**



Ihre GdG-KMSfB



**1090 WIEN, MARIA THERESIEN STR. 11
E-MAIL: INFO@GDG-KMSFB.AT
WWW.GEMEINSAMSTAERKER.AT**

ÖVGW-Ausbildungsprogramme auf Top-Niveau

Symposium „Wasserversorgung“ am 27. und 28. Jänner in Wien

Nur fachgerecht ausgebildetes Personal kann den immer größer werdenden Ansprüchen im Trinkwassersektor gerecht werden. Dies haben Österreichs Wasserversorger erkannt und setzen – besonders wenn es um eine solide Aus- und Weiterbildung geht – auf die Kompetenz der Österreichischen Vereinigung für das Gas- und Wasserfach (ÖVGW).

Beweis dafür ist nicht zuletzt die ständig steigende Zahl von Teilnehmerinnen und Teilnehmern.

Wassermeisterschulung und Spezialseminare

Unter den zahlreichen auf die Bedürfnisse der Wasserversorger abgestimmten Seminaren sind die Wassermeisterschulungen hervorzuheben. Diese Intensivschulungen zur Wasserversorgung sind die ideale Vorbereitung auf das gemäß Trinkwasserverordnung als Nachweis der fachgerechten Schulung anerkannte Wassermeister-Zertifikat

und werden in ganz Österreich angeboten.

Nicht minder anerkannt sind die ÖVGW-Spezialseminare, die das gesamte Spektrum, von der Trinkwasser-Desinfektion über die Sanierung von Behältern bis hin zur effizienten Führung eines Wasserversorgungsbetriebes, abdecken. Die Schulungsinhalte sind dabei stets auf die Anforderungen der Praxis abgestimmt und zum Teil auch mit praktischen Übungen verbunden.

Symposium Wasserversorgung

Den ersten Höhepunkt im Jahr 2010 bildet das traditionelle Symposium Wasserversorgung am 27. und 28. Jänner in Wien. Fach-



leute werden dabei aktuelle ökonomische und ökologische sowie technische und rechtliche Fragen der Wasserversorgung eingehend diskutieren.

Themenschwerpunkte dieser Veranstaltung sind unter

anderem Grundwasserschutz und Water Footprint, Wasserpreise, das Vergaberecht sowie der Stand der Technik bei grabungslosen Bauverfahren.



Information

ÖVGW
Schubertring 14
1010 wien
Tel.: 01/513 15 88-0
office@ovgw.at
www.ovgw.at

E.E.



VERTRAUEN ALS BASIS

IMMER MEHR KUNDEN VERTRAUEN
auf die integrierten HR-Softwarelösungen und -Services von P&I und gestalten damit ihre Zukunft erfolgreicher. Davon sind mehr als 15.000 internationale Endkunden, zahlreiche Rechenzentren und führende HR-Serviceanbieter überzeugt. Der generierte Mehrwert fließt direkt in die Verwaltungen. P&I - Basis für erfolgreiche Personalarbeit WWW.PI-AG.COM



Your partner for integrated HR solutions

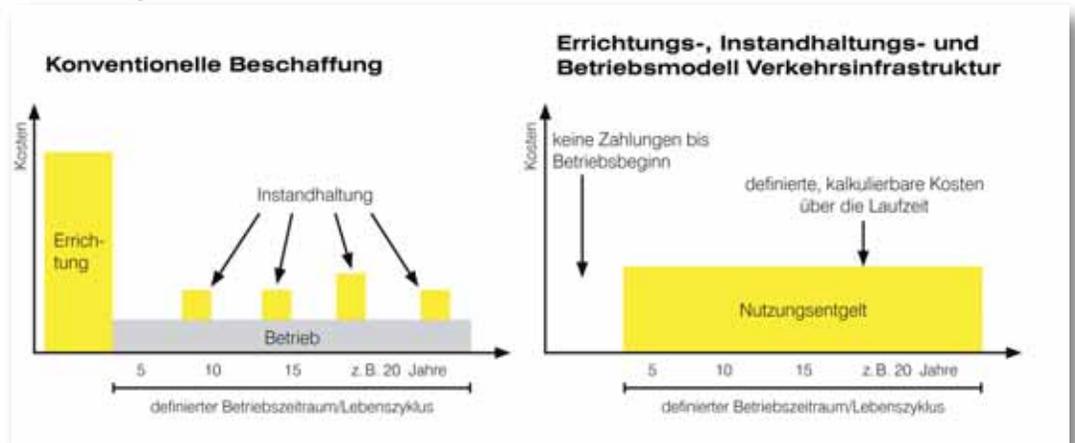
Für einen reibungslosen Ablauf

Die Verkehrsinfrastruktur-Modelle der Raiffeisen-Leasing auf einen Blick

Die Bereitstellung und Erhaltung des lokalen Wegenetzes sind für jede Kommune Teil ihres Aufgabengebietes. Diese erfordert einerseits teils massive Investitionen für die Herstellung und Erhaltung und andererseits einen enormen Betriebs- und Erhaltungsaufwand.

Modell mit Möglichkeiten

Wir haben aus diesem Grund ein Modell entwickelt, welches die Möglichkeit bietet, eine qualitativ hochwertige Infrastruktur herzustellen, zu erhalten und zu betreiben. Gemeinsam mit erfahrenen technischen Partnern werden sämtliche Maßnahmen zur Erreichung und Erhaltung der optimalen Qualität über den Lebenszyklus definiert und umgesetzt. Im Leistungsumfang können je nach Erfordernis der Kommune die Straße samt Gehsteig und Grünflächen, Beleuchtung, Verkehrslicht-



Zum Paket gibt es eine Garantie für den einzuhaltenden Qualitätsstandard während der Vertragszeit.

signalanlagen, Verkehrszeichen, Einbauten usw. einbezogen werden. Vorgaben für die architektonische Gestaltung werden Projektbestandteil. Die Vergütung erfolgt als Nutzungsentgelt über den Vertragszeitraum unter Berücksichtigung der eingesparten Betriebs- und Instandhaltungskosten.

Grünes Licht für diese Vorteile:

- Kostenoptimierung für die Errichtung, die

- Instandhaltung und den laufenden Betrieb
- Garantie für den einzuhaltenden Qualitätsstandard über die gesamte Vertragslaufzeit
- Maßnahmenumsetzung mit lokalen Gewerbetreibenden
- Finanzierung außerhalb des Budgets
- Ganzheitlicher wirtschaftlicher Ansatz zur Kostenoptimierung über den

- Lebenszyklus
- Definition des Umfangs variabel gestaltbar

Information

Raiffeisen-Leasing GmbH
Dieter Lami
Hollandstraße 11-13
1020 Wien
Tel.: 01/716 01 8188
dieter.lami@rl.co.at
www.raiffeisen-leasing.at

E.E.

BANK



Starker Partner für öffentliche Institutionen.

Sie haben die Ideen. Wir schaffen die Möglichkeiten. Gemeinsam haben wir Erfolg.

HYPO ALPE-ADRIA-BANK AG • Alpen-Adria-Platz 1 • 9020 Klagenfurt am Wörthersee
Tel. +43 (0) 50202 2409 • public.finance@hypo-alpe-adria.com
www.hypo-alpe-adria.at

Public Finance -
der Experte an Ihrer Seite.

Was wirklich läuft in den Gemeinden, zeigt sich bei der KOMMUNALMESSE

Plattform für neue Wege – am Puls der Gemeinden des Landes

Nach dem großen Erfolg 2007 in Klagenfurt gibt es kommenden Herbst wieder eine KOMMUNALMESSE, diesmal in Graz. Rund 2500 Bürgermeister und Gemeindevertreter aus ganz Österreich treffen dort auf entsprechende Anbieter aus der Wirtschaft. Eine Möglichkeit für neue Partnerschaften und Netzwerke – im Rahmen des Österreichischen Gemeindetages.

KOMMUNAL, Österreichs größtes Fachmagazin für Gemeinden und offizielles Organ des Österreichischen Gemeindebundes, ist kommendes Jahr wieder selbst Veranstalter der KOMMUNALMESSE. Diese Doppelfunktion stellt die zielgruppengerichtete Direktansprache und Einladung der wichtigsten kommunalen Entscheidungsträger sicher. Gleich 6600 Quadratmeter Ausstellungsfläche erwarten Österreichs Bürgermeister, wenn sie am 9. und 10. September 2010 zum 57. Gemeindetag in Graz eintreffen. Die KOMMUNALMESSE 2010 wird dann das verbindende Element zwischen Produzenten, Händlern und Konsumenten in kommunalen Belangen.

„Mit jährlichen Gesamtausgaben von rund 16 Milliarden Euro sind die Gemeinden immer noch der größte Investor Österreichs.“

Kommunalverlag-Geschäftsführer Michael Zipmer

Der Geschäftsführer des Österreichischen Kommunalverlages, Walter Zipmer, präzisiert: „Unser seit Jahren bewährtes Konzept, die Fachtagung im Rahmen des Gemeindetages in das Messegeschehen zu integrieren, gibt sowohl den Ausstellern als auch den Besuchern die Möglichkeit, in angenehmer Atmosphäre die für sie so wichtigen Kontakte zu pflegen.“

Alles für die Gemeinde

Die Aussteller zeigen dort ihre Leistungen und Angebote aus den Bereichen Abfallwirtschaft, Recycling und Umweltschutz, Ausstattung kommunaler und öffentlicher Einrichtungen, Energiewirtschaft, Errichtung und Sanierung kommunaler Bauten, Finanzdienstleistungen, Gebäudemanagement, IT-Wirtschaft und E-Government, Katastrophen- und Hochwasserschutz, kommunale Fahrzeuge und Geräte, Mietmaschinen/Geräte, Sicherheitsdienste, Straßenerhaltung/Winterdienst, Verbände und Organisationen, Verkehrstechnik und -sicherheit, Verkehrswegebau, Verwaltung,

Hardware, Software, Schulung, Verwaltungsreform, Wasserwirtschaft und vieles mehr.

Auf der einen Seite lernen dort Vertreter der Wirtschaft die Wünsche und Anliegen ihrer Kunden kennen, was ein Anstoß für neue Entwicklungen sein kann, und auf der anderen Seite können sich die Konsumenten, also die Gemeindefunktionäre und Bürgermeister, über die neuesten Entwicklungen und Angebote informieren.

Alles unter einem Hut

„Mit jährlichen Gesamtausgaben von rund 16 Milliarden Euro sind die Gemeinden immer noch der größte öffentliche Investor Österreichs, sie investieren mehr als die Bundesländer und der Bund zusammengenommen“, bringt es KOMMUNAL-Geschäftsführer und Bruder von Walter, Michael Zipmer, auf den Punkt.

„Natürlich geht es den Gemeinden wie jeder Hausfrau im Supermarkt: Sie müssen gerade in schwierigen Zeiten das Wünschenswerte mit dem Finanzierbaren unter einen Hut bringen“, meint Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer, „und alles, was man als Gemeinde braucht, findet sich auf der KOMMUNALMESSE.“ Auf verschiedenen Ebenen können dort neue Verbindungen zwischen Politik und Wirtschaft entstehen.

Information

Österreichischer
Kommunalverlag
Löwelstraße 6, 1010 Wien
Tel.: 01/532 23 88
Fax: 01/532 23 88- 22
[www.kommunal.at/
kommunalmesse](http://www.kommunal.at/kommunalmesse)



Alles für Gemeinden und ihre Partner erfahren Sie auf der KOMMUNALMESSE im September 2010 in Graz.

KOMMUNALMESSE 2010

im Rahmen des 57. Österreichischen Gemeindetages in Graz



KOMMUNALMESSE – die größte Leistungsschau für Österreichs Gemeinden

Die KOMMUNALMESSE ist der Ort, um Impulse für Investitionen in den 2357 österreichischen Gemeinden zu setzen. Kommunale Entscheidungsträger aller Bundesländer treffen im September 2010 zusammen, um sich über aktuelle Herausforderungen zu beraten und Strategien zu entwickeln.

Nutzen Sie die Chance!
Am 9. und 10. September 2010 in Graz.

Wir informieren Sie: 01/532 23 88

Entwicklung: Für mehr Mitbestimmungsrechte

Gesund zusammenleben ist „Gemeindepotenzial“

WIEN

„Kleine regionale Einheiten mit ihrer überschaubaren Größe und existierenden Strukturen sind ein besonders geeignetes Umfeld für die Gesundheitsförderung. Kommunale Gesundheitsförderung kann zur Stärkung der sozialen Netzwerke beitragen, die für die Gesundheit enorm wichtig sind“, betonte Alois Stöger, Gesundheitsminister und Präsident des Fonds Gesundes Österreich bei der Eröffnung einer Tagung zum Thema „Gesund zusammenleben“ Anfang Dezember in Wien. Es ist aus Sicht

der Gesundheitsförderung von zentraler Bedeutung, dass die BewohnerInnen bei den Entwicklungsprozessen eine aktive Rolle spielen. Durch diese Mitbestimmungsprozesse entstehen Strategien und Maßnahmen, die auf den alltäglichen Probleme und Erfahrungen aufbauen. Die BürgerInnen sind Zielgruppe und Handelnde in einem. Dadurch ist es möglich, Menschen aus der Isolation zu führen und ihre Zuversicht und ihr Selbstbewusstsein zu stärken. So kann es gelingen, aus anonymen Großstadtsiedlungen wie-



Gleich nach mehr Volksfesten wünschen sich die Österreicher, vor allem die Städter, mehr Grünflächen in ihrem nahen Wohnbereich.

der kleinräumige, durchschaubare Lebensbereiche zu machen. Eine vom Fonds Gesundes Österreich beauftragte Meinungsumfrage zeigt, mit welchen Maßnahmen die Lebensqualität in Gemeinden bzw. Stadtteilen verbessert werden könnte: Am häufigsten wünschen sich die Österrei-

cherinnen und Österreicher mehr öffentliche Veranstaltungen und Feste, gleich an zweiter Stelle rangiert der Wunsch nach mehr Grünflächen. Auf der Prioritätenliste folgt die Reduktion des Autoverkehrs bei gleichzeitigem Ausbau des öffentlichen Verkehrs und mehr Angebot für Kinder.



Wirtschaftsminister Mitterlehner fördert den Radtourismus.

Radtourismus: Künftig wird gefördert

Mehr Geld für mehr Radfahrer

WIEN

Wirtschaftsminister Dr. Reinhold Mitterlehner startet mit einer Schwerpunktaktion für den Radtourismus. Ab sofort können Gemeinden sowie Betriebe ihre Förderansuchen einreichen. Er will Ortskerne in den „Radtourismusstrom“ einbinden, damit vor allem örtliche Gastronomie und die kleinen Beherbergungsbetriebe gestärkt werden.

Gefördert werden Investitionen von gewerblichen Klein- und Mittelbetrieben im Radtourismus. Österreichweit steht dafür rund eine Million Euro zur Verfügung. Förderbar sind Investitionskosten von mindestens 2000 und maximal 20.000 Euro. Zudem werden Investitionen in die Errichtung oder Verbesserung von Fahrradgaragen, Abstellplätzen usw. unterstützt.

Nach Umfrage

Bürger wollen mitentscheiden

WÖRGL

Bürgermeister Arno Ablor befragte die Wörgler über ihr Befinden in der Gemeinde. Die Ergebnisse der Umfrage waren zum Teil erstaunlich. Oberste Priorität hat demnach die Nordumfahrung, mit 94 Prozent Zustimmung. Gefolgt wurde die Straßenveränderung von Energiemaßnahmen und der Modernisierung der Gemeindeverwaltung. Nachholbedarf gibt es bezüglich der Transparenz der politischen Entscheidungen. Da fühlte sich nur rund ein Drittel der Wörgler eingebunden. Zugleich sehen sich nur 55 Prozent ausreichend informiert. Aber 62 Prozent der Befragten sind mit der Arbeit sehr zufrieden, 26 dafür gar nicht. Die Wörgler stehen dem Wachstum der Gemeinde sehr positiv gegenüber.

Mobilität: Wer den Bus braucht, ruft einfach an

Mehr Mobilität durch Gemeindebus

GROSSMÜRBISCH, INZENHOF, KLEINMÜRBISCH UND TSCHANIGRABEN

Im Burgenland haben sich vier Gemeinden zusammengeschlossen, um das Problem der eingeschränkten Mobilität zu lösen: der gemeinsame Gemeindebus. Die vier Gemeinden gründe-

ten einen Verein und kauften mit Unterstützung des Bundes und des Landes einen behindertengerechten Dorfbus für maximal neun Personen. Wer den Bus braucht, ruft einfach an und bestellt ihn. Vorher muss man sich dafür aber im Verein angemeldet haben.

Mehr als erwartet

70 Prozent haben Internetanschluss

WIEN

In Österreich verfügen aktuell rund 70 Prozent der Haushalte über einen Internetzugang. Damit liegen wir im EU-Mittelfeld. Beinahe dreiviertel der 14 bis 24-Jährigen verwenden das Internet täglich.

Richtung Föderalismus

Neuregelung der Befugnisse

KLAGENFURT

Anfang November fand in Klagenfurt für Landtagspräsident Bgm. a. D. Friedrich Bernhofer die erste Sitzung der Landtagspräsidentenkonferenz aller neun Bundesländer statt. Das Arbeitsgespräch ging der Frage nach einer Aufwertung des Bundesrates als Ländervertretung nach. Beim Thema Föderalismus im Zusammenhang mit der Staats- und Verwaltungsreform waren sich alle einig, dass diese wichtige und große Reform insgesamt zu einer Stärkung des bundesstaatli-



Die Landtagspräsidentenkonferenz ging der Frage, ob der Bundesrat als Ländervertretung eine Aufwertung erfahren soll, nach.

chen Aufbaus der Republik Österreich (Föderalismus) führen soll.

Ein weiteres Thema der Konferenz widmete sich den Forderungen seitens des Bundes nach einer Ausdehnung der Befugnisse des

Bundesrechnungshofes bei der Gemeindeprüfung. Die Konferenz hat diesbezüglich beschlossen, dass bei einer eventuellen Neuregelung dieser Befugnisse die Landtage jedenfalls zu beteiligen wären.

Deutlicher Anstieg bei geförderten Projekten der Wasserversorgung

Öko-Wasserwirtschaft wird gefördert

ÖSTERREICH

Im Jahr 2009 wurden rund 3500 Projekte mit einem Investitionsvolumen von rund 840 Millionen Euro in der Wasserwirtschaft zugesichert. 194 Millionen Euro davon wurden gefördert. Neben der Förderung der Siedlungswasserwirtschaft zeigt auch die neue Schiene „Gewässerökologie“ in ihrem ersten Jahr eine be-

sonders positive Entwicklung. Die Kommission Wasserwirtschaft will mit dem zur Verfügung gestellten Geld die Maßnahmen unterstützen, die dazu dienen, dass Veränderung der Gewässerstruktur bzw. der Abflussverhältnisse der Flüsse beseitigt werden. In erster Linie sind Hochwasserschutz sowie Wasserkraft für derartige Veränderun-

gen verantwortlich. Diese Anlagen stellen aber vor allem für Fische und andere Wasserbewohner oft große Hindernisse dar.

Mit zugesagten 140 Millionen Euro bis 2015 sollen die notwendigen gewässerökologischen Projekte wie Fischwanderhilfen oder Verbesserung der Abflussverhältnisse rasch umgesetzt werden.

Strittige Tendenzen

Aufregung um Hexenverbrennung

GRÜNAU

Hefitige Reaktionen gab es auf eine „Hexenverbrennung“ während eines Perchtenlaufes in Grünau im Almtal. Hunderte Besucher wohnten der Verbrennung bei. Doch für zahlreiche kulturell Engagierte wie Schriftstellerin Gerlinde Schilcher aus Scharnstein,

war das ein Schritt zu weit. Sie fühlte sich in dunkle Kapitel unserer Geschichte zurückversetzt. Warum gerade eine weibliche Puppe verbrannt wurde, kann nicht erklärt werden und hat mit Brauchtum nichts zu tun, wie auch vom Institut für Kunst und Volkskultur bestätigt wurde.



Beim Perchtenlauf sollen böse Geister verbannt werden.

Himmliche Kooperation

Die Post kommt aus Christkindl

CHRISTKINDL

Durch die Errichtung des Weihnachtspostamtes in der Gemeinde Christkindl 1950, trug die Post dazu bei, das kleine Barockjuwel weltweit bekannt werden zu lassen. Bis 6. Jänner gehen an die zwei Millionen Sendungen über Christkindl in die ganze Welt. Im Postamt arbeiten mittlerweile 17 Menschen, um die vielen Wünsche zeitgerecht zu versenden. Der weihnachtliche Name des Ortes geht auf die Wallfahrtskirche „Zum gnadenreichen Christkindl“ zurück. Dort wurde um 1700 der fromme Ferdinand Sertl auf wundersame Weise von seiner Epilepsie geheilt. Kinder aus aller Welt schreiben Jahr für Jahr an das „Christkindl“, das sie hier zu Hause vermuten. Die Post AG antwortet dann mit einem Schreiben und einem Überraschungsgeschenk.

E-Government-Gütesiegel

100 Gemeinden sind dabei

KLAGENFURT

Die Einführung des E-Governments ist seit Jahren eine zentrale Herausforderung für Bund, Länder und Gemeinden. Nun ist Kärnten österreichweit einen Schritt voran: 100 Gemeinden wurde das Österreichische E-Government-Gütesiegel überreicht. Die Kärntner Gemeinden haben ihre Verwaltung so weit auf eine elektronische Basis stellen können, dass die Bürger ihre Formulare oder Anträge 24 Stunden am Tag downloaden und ausfüllen können. Mehr auf www.gde.at

Sicherheitstipp Nummer 1 in der Weihnachtszeit:

Nach dem Punsch das Auto stehen lassen





Schon geringe Mengen Alkohol beeinträchtigen das Wahrnehmungsvermögen. Reaktions- und Konzentrationsfehler treten zwei- bis dreimal häufiger auf als im nüchternen Zustand.

Punschstände haben in der Weihnachtszeit Hochsaison. Doch nur wer sich an das Motto „Don't drink and drive!“ hält, ist sicher unterwegs. Untersuchungen des Kuratoriums für Verkehrssicherheit zeigen, dass in den Monaten November und vor allem Dezember der Anteil der Unfälle unter Alkoholkonsum deutlich steigt.

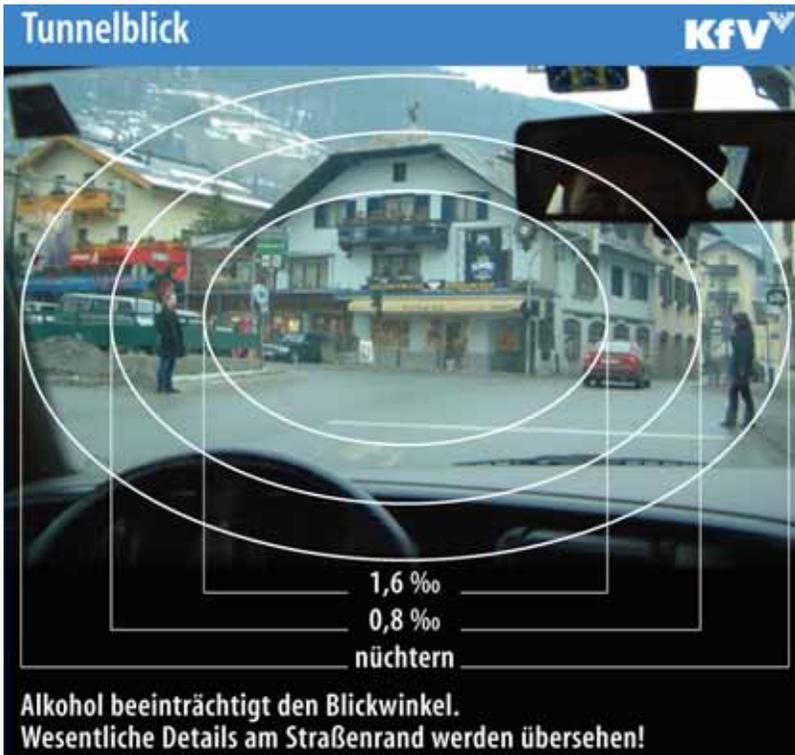
Mit der kälteren Jahreszeit beginnt auch die Punschzeit: Adventmärkte, Glühweinstände, und Weihnachtsfeiern – am Duft von Rum, Rotwein und Zimt gibt es kaum ein Vorbeikommen. Geselliges Aufwärmen mit dem traditionellen Adventgetränk ist vor allem in den Abendstunden kalter Wintertage ein netter Ausklang. Doch der Spaß hört auf, wenn der Heimweg trotz Alkoholkonsums mit dem Auto angetreten wird. Im Jahr 2008 gab es insgesamt 2632 Alkoholunfälle, rund 400 davon in den Monaten November und Dezember. Der Anteil der Alkoholunfälle an allen Unfällen mit Personenschaden lag im Dezember bei 8,05 Prozent und im November bei 7,25 Prozent. Im Vergleich dazu lag der Anteil der Alkoholunfälle in den restlichen Monaten bei durchschnittlich 6,58 Prozent.

Viele vergessen, dass der Alkohol im Punsch eine trügerische Wirkung hat. Gerade gemischte alkoholische Getränke sind unberechenbar, denn wie viel Hochprozentiges sich im zucker-süßen Heißgetränk befindet, lässt sich vom Konsumenten nicht abschätzen. Jagertee, Punsch und Co. heben nicht nur die Laune, sondern auch den Alkoholspiegel. Auch wenn man sich nicht betrunken fühlt, kann bereits eine körperliche Beeinträchtigung vorhanden sein. Wer sich trotz dieser Fehleinschätzung hinter Steuer setzt, erhöht die Unfallgefahr für sich und andere Verkehrsteilnehmer drastisch. Mit jedem Zehntel Promille steigt das Unfallrisiko deutlich – bei 0,5 Promille ist die Unfallgefahr bereits doppelt

so hoch wie im nüchternen Zustand. Bei 0,8 Promille Alkohol im Blut steigt sie auf das Fünffache und bei 1,2 Promille ist die Gefahr eines Crashes bereits 12 Mal höher als bei nüchternen Fahrzeuglenkern. Bei einer Erhebung des Kuratoriums für Verkehrssicherheit (KfV) gaben mehr als zwei Drittel der Befragten an, dass sie zumindest gelegentlich wahrnehmen, wie andere Verkehrsteilnehmer alkoholisiert ein Fahrzeug lenken. Und das, obwohl die erhöhte Gefahr durchaus bekannt ist. 82 Prozent der Befragten schätzen Fahren unter Alkoholeinfluss als das gefährlichste Verkehrsdelikt ein. Diese Ergebnisse zeigen: Nüchtern ist den meisten die Gefahr bewusst. Nach ein paar Tassen Punsch oder anderen alkoholischen Getränken sinkt jedoch das Risikobewusstsein, der gute Vorsatz, nicht ins Auto zu steigen, ist vergessen.

Deutliche Einschränkung der Fahrtauglichkeit

Die stimmungssteigernde Wirkung des Alkohols führt zu extremer Selbstüberschätzung. Trotz Einschränkung der Fahrtauglichkeit fühlt man sich leistungsfähiger. Im Bereich von 0,8 Promille steigt etwa die Risikobereitschaft um 80 Prozent. Schon geringe Mengen Alkohol beeinträchtigen das Wahrnehmungsvermögen. Reaktions- und Konzentrationsfehler treten zwei- bis dreimal häufiger auf als im nüchternen Zustand. Hinzu kommt, dass die Blickbewegungen des Fahrers um ein Drittel reduziert sind – der sogenannte Tunnelblick bewirkt,



Der sogenannte Tunnelblick bewirkt, dass das Fahrzeug unbewusst in Richtung Fahrbahnmitte gesteuert wird. Die Mehrzahl der Alkoholunfälle sind daher Kollisionen mit dem Gegenverkehr.

dass das Fahrzeug unbewusst in Richtung Fahrbahnmitte gesteuert wird. Die Mehrzahl der Alkoholunfälle sind daher Kollisionen mit dem Gegenverkehr. Aber auch durch unangemessene Geschwindigkeit kommt es zu Unfällen – die Einschätzung des Tempos ist unter Alkoholeinfluss stark beeinträchtigt. Gleichgewichtsschwankungen führen zu den berühmten Schlangenlinien, an denen sich Alkolenker erkennen lassen.

Punsch ja, Auto nein

Das Trinken von Alkohol ist sozial akzeptiert, das Autofahren, nachdem man zu viel getrunken hat, erfreulicherweise nicht: 88 Prozent der Befragten ärgern sich sehr oder eher, wenn andere nach dem Gläschen zu viel noch ins Gaspedal treten. Wer nicht auf das vorweihnachtliche Punschtrinken und die Heimkehr mit dem Auto verzichten

möchte, für den gibt es alkoholfreien Autofahrerpunsch – denn alkoholisiertes Fahren kann tödlich enden. Will man auf Alkohol im Punsch nicht verzichten, sollte man sich bereits im Vorfeld Gedanken über den Heimweg machen. Öffentliche Verkehrsmittel, Taxis oder Fahrgemeinschaften, bei denen der Fahrer nüchtern bleibt, sind Transportmöglichkeiten für den sicheren Heimweg – auch nach Glühwein und Jagertee. Um den guten Vorsatz nicht zu „vergessen“, sollte man beachten, dass die Alkoholwirkungen auch dann noch bestehen, wenn man meint, nichts mehr zu spüren. Merkt man, dass jemand aus der Punschrunde sich trotz erheblichem Alkoholkonsum hinter Steuer setzen möchte, sollte man versuchen, ihn vom Fahren abzuhalten. Reicht der Appell an die Vernunft nicht, kann es helfen, den Autoschlüssel abzunehmen oder, wenn nichts mehr hilft, mit der Exekutive zu drohen. Denn nur wer sich an das Motto „Don't drink and drive!“ hält, ist sicher unterwegs und verhindert, dass der vorweihnachtliche Spaß zu einem Alkoholunfall mit schweren und leider viel zu oft auch tödlichen Verletzungen führt.

Gleichgewichtsschwankungen führen zu den berühmten Schlangenlinien, an denen sich Alkolenker erkennen lassen.



Bei den Abbrucharbeiten wurde auf eine optimale Wiederverwertung und fachgerechte Baumassentrennung geachtet.

Durch den Zubau der Schule wird das historische Schulgebäude im klassizistischen Stil sowie das bestehende Internatsgebäude aus den frühen 80er-Jahren mit einem Neubau zu einem Ensemble verbunden. Die Bruttogeschoßfläche wird dabei von derzeit 10.600 m² auf rund 16.750 m² vergrößert. Bei der Planung wurde neben den funktionalen Aspekten vor allem auf eine Bauweise mit einer größtmöglichen ökologischen Verträglichkeit Wert gelegt. Klima:aktiv gibt die Qualität für die neu errichtete Baub substanz in Niedrigenergiebauweise vor und definiert auch sinnvolle Standards wie Fahrradüberdachungen und behindertengerechtes Bauen. Als heimischer nachwachsender Baustoff wird insbesondere Holz sowohl konstruktiv als auch im Innenausbau und in der Ausstattung eingesetzt. Dabei werden ca. 1.700 Kubikmeter Holz für Stützen, Geschoßdecken und Träger verbaut und ermöglichen so auch einen hohen Vorfertigungsgrad zur Erzielung einer kurzen Bauzeit. Neben Holz (ohne Tropenholz) kommen vor allem nachhaltig verfügbare sowie baubiologisch und bauökologisch unbedenkliche Baustoffe und Baukonstruktionen zum Einsatz. Durch vordefinierte Planungsfixierungen werden klimaschädliche Stoffe bzw. gesundheitsschädliche Biozide und Schwermetalle am Projekt vermieden.



Bei der Errichtung des neuen Niedrigenergie-Gebäudes wird vor allem Holz als Baustoff eingesetzt und der Altbestand thermisch wesentlich verbessert.

Das alte Schulgebäude im klassizistischen Stil (Eröffnung im Jahre 1900) und das Schülerheim aus den 80er-Jahren wird durch einen Neubau zu einem Ensemble verbunden.

Höhere Bundeslehranstalt für Forstwirtschaft Bruck/Mur

Zukunftsweisender Öko-Bau

Die Gebäude der Höheren Bundeslehranstalt für Forstwirtschaft Bruck an der Mur, einer nachgeordnete Dienststelle des Lebensministeriums, werden auf Grund der akuten Raumnot und der dringend notwendigen Adaptierungen als zeitgemäße und spezielle Einrichtung für die Försterausbildung derzeit saniert und erweitert. Dabei wurde besonderer Wert auf größtmögliche ökologische Verträglichkeit gelegt.

Eine intelligente Steuerungstechnik wird den Stromverbrauch für Beleuchtung und Klimatisierung senken und für ein gutes Raumklima sorgen. An der Süd- und Westfassade sowie auf dem Dach wird eine Photovoltaik-Anlage mit einer Fläche von ca. 500 m² zur Stromgewinnung angebracht und es werden damit in Zukunft ca. 30.000 kWh Strom pro Jahr erzeugt. Auf dem Dach des Schülerheims werden zwei große Sonnenkollektoren mit je 40 m² angebracht und wesentlich zur Warmwasserbereitstellung für die 220 Schülerinnen und Schüler beitragen. Im

Sommer wird die überschüssige Wärme in das Bioenergie-Fernwärmenetz der Stadt Bruck an der Mur, aus dem im Gegenzug die Energie in der kalten Jahreszeit bezogen wird, eingespeist. Aus der abgesaugten Luft der Klassen, der IT-Räume und der Sanitärräume werden ca. 85 Prozent der Energie über Doppelplattenwärmetauscher entzogen und für die Vorwärmung des Luftstromes eingesetzt. Fortluftkanäle werden durch ihre Wegeführung zur Grundtemperierung von Gebäuderandzonen genutzt. In der zentralen Aula sollen künftig alle aktuellen technischen Leistungsdaten wie der laufende Wärmebedarf, der Energieeintrag der Solarthermie oder die Stromgewinnung über die Photovoltaik visualisiert und

so die Schülerinnen und Schüler für einen verantwortungsvollen Umgang mit Energie sensibilisiert werden.

Auch die Regenwässer von den Dächern werden in unterirdischen Tanks gesammelt und über eigene Rohrnetze für Nutzwasser in der Sanitäreinrichtung sowie für die Bewässerung des Sportplatzes und des Schulgartens genutzt. Die geplanten Bepflanzungen haben neben dem pädagogischen Wert auch einen psychologischen und kleinklimatischen „Grüneffekt“.

Die Baumaßnahme, die höchsten ökologischen Ansprüchen gerecht wird, kann nur deshalb realisiert werden, weil sich sowohl Bauherrin (BIG), Planer und auch Nutzer (HLFS des Lebensministeriums) auf die Einhaltung hoher Standards verständigt haben. In einer Zeit des beschleunigten Klimawandels ist dies im Schulbau wegen der Vorbildwirkung und des Multiplikatoreffekts besonders wichtig.

Autoren: Arch. DI Wilfried Kasarnig, Staatl. bef. u. beeid. Ziviltechniker, 8010 Graz, und Dir. DI Anton Aldria, Höhere Bundeslehranstalt für Forstwirtschaft Bruck/Mur, 8600 Bruck/Mur.

Klima:aktiv gibt die Qualität für die Niedrigenergiebauweise vor und definiert auch sinnvolle Standards wie Fahrradüberdachungen und behindertengerechtes Bauen.

Burgenland

Freude über mehr Tourismus in Ostösterreich

Ganzes Jahr Zuwachs bei den Nächtigungen im Burgenland

EISENSTADT

„Burgenland hat mit nahezu 2 Mio. Übernachtung – das ist ein Plus im Vergleich zum Vorjahr von 1,4% – das beste Sommerergebnis seit Beginn der 80er-Jahre. Dar-

über hinaus liegen im bisherigen Kalenderjahr die Nächtigungszahlen um 2,3% höher als 2008. Damit sind unsere Beherbergungsbetriebe an der Spitze Österreichs“, erklärt Tourismuslandesrätin Mag. Michaela Resetar. „Der Urlaub bei uns liegt im Gästetrend und durch die Radtourismusoffensive bis April 2010, die von Wirtschafts- und Tourismusminister Dr. Reinhold Mitterlehner gestartet wurde, bereiten wir uns bereits intensiv auf den Tourismussommer 2010 vor“, so Resetar. Die stärksten Zuwächse bei den Nächtigungen im Sommertourismus erzielte die Region Rosalia.



Radfahren wird von den Gästen immer mehr geschätzt und vom Land auch gefördert.

Immer einen weisen Spruch parat

Kroatische Sprichwörter in Buchform

OBERWART

Die burgenländisch-kroatische Ana Schoretits hat im Laufe der vergangenen 35 Jahre Sprichwörter gesammelt, die sie in ihrem Umfeld aufnahm und in Form eines Buches weitergeben will. Der kroatische Kultur-

verein stellte nun den zweiten Band der „kroatischen Sprichwörter“ mit rund 700 wortkräftigen Aussagen zu den verschiedensten Themen vor. Mehr Infos zum Verein und seinen Aktivitäten im Internet auf www.hkd.at

Um die Hälfte mehr Horte als im Vorjahr

Kinderbetreuung auf gutem Weg

EISENSTADT

Seit Inkrafttreten der Förderung der Horte im September dieses Jahres wurden insgesamt 10 Bewilligungen für diese gemeinsame Nachmittags-Betreuungsform für Volks- und Hauptschüler erteilt. Damit hat sich die Anzahl der Horte

um mehr als 50% auf 29 Horte, in denen rund 600 Schulkinder betreut werden, erhöht. Der Weg, gemeinsam mit den Gemeinden das Kinderbetreuungsangebot bedarfsorientiert zu gestalten, ist im Burgenland sehr erfolgreich.



Kärnten

Die Firma Kneissl will im Raum Kärnten expandieren

Zwei neue Hotels und 120 Jobs mehr für Alpenregion

KLAGENFURT

Im kommenden Jahr sollen im Seetal/Goldeck und in Kals (Osttirol) neue Hotels entstehen. 25 bis 28 Millionen Euro will der Ski- und Sportbekleidungshersteller Kneissl dafür investieren und mit den Betrieben für 120 Arbeitsplätze sorgen. Die Kneissl Star Resort AG, die Hotellerie-Sparte der Kneissl Holding, will auf dem Goldeck auf rund 1700 Metern Seehöhe eine der beiden Übernachtungsmöglichkeiten mit „gehobenerem Standard“ errichten. Laut Firmenchef Andreas Gebauer solle aber eher die Lage exklusiv sein und

nicht so sehr der Preis. Die Projekte werden sich mehr auf Sport ausrichten. Im neuen Hotel soll es somit auch ein breites Angebot an sportlichen Möglichkeiten geben, wie eine Kletterwand durch das Haus.



Ein Hotel mit Kletterwand, schon bald am Goldeck.

Öffentlicher Verkehr wird für kurze Zeit billiger

Im Winter mit dem Bus fahren

VILLACH

Von Dezember bis Ende Februar fördert die Stadt Villach Monats- und Jahreskarten für den öffentlichen Nahverkehr für den öffentlichen Nahverkehr zu 50 Prozent. Eine Monatskarte kostet 37 Euro, und die Hälfte, 18,50

wird dann im Rathaus der Stadt retourniert. Die Aktion soll die Feinstaubbelastung im Raum Villach verringern. Zudem sollen neue Linienbusse eingesetzt werden, die einen abgasarmen Motor haben.

Aktion will die alten Elektrogeräte loswerden

Trennungsbudget für Kühlschränke

KLAGENFURT

Energie und Kosten sind derzeit in aller Munde. In Kärnten stehen für den Kauf eines neuen Kühlschranks rund 100 Euro Prämie zur Verfügung. Das gilt beim Kauf eines neuen

Modells höchster Energieeffizienzklasse bei gleichzeitiger Rückgabe eines Altgerätes. Die Aktion gilt bis Jahresende oder bis das Budget von rund 2,5 Millionen Euro ausgeschöpft ist.



Niederösterreich

Straßenbau, Schulen und Sozialthemen

Mehr Geld für das Waldviertel

ZWETTEL

Die nördlichste Region Österreichs, das Waldviertel, soll in den kommenden Jahren finanziell gefördert werden, das kündigte LH Erwin Pröll jetzt an. Ende 2011 sollen in Zwettel die Arbeiten für eine neue Um-

fahrung beginnen. Derzeit wird dort das Landeskrankenhaus generalsaniert. Gebaut wird auch an Schulen in Schrems und Eggenburg. Zusätzlich würdigte Pröll die NÖ Landesausstellung in Horn, Raabs und Telc als wertschöpfungssteigernd.

In der Therme Laa entsteht kleine Sensation

Wie im Märchen-Haus aus Lebkuchen

LAA

Ende November wurde in der Therme Laa mit dem Bau von zwei Lebkuchenhäusern begonnen. Eines steht direkt in der Hotel-Lobby und eines in der Eingangshalle der Therme. Die kleinen Märchenbuch Ob-

jekte sind über drei Meter hoch und benötigten rund 200 Quadratmeter Lebkuchen Rohmaterial. Die Besucher dürfen die Häuschen aber nicht verspeisen sondern können sie als originelle Fotomotive verwenden, zur Freude der Kinder.



Postpartner in Rannersdorf – die Wallhof-Apotheke.

3000 Bewohner ohne Postversorgung

Große Post-Pannen sorgen für Unmut in Rannersdorf

RANNERSDORF

Parallel zur aktuellen Debatte im Parlament zeigen sich jetzt in Schwechat-Rannersdorf die negativen Auswirkungen der Postamtschließung. Bgm. NR Hannes Fazekas zur aktuellen Situation: „Sämtliche benachrichtigten Postsendungen – vom Paket bis hin zu eingeschriebenen Briefen – sind für die RannersdorferInnen (rd.3000 Einwohner) in ihrer unmittelbaren Wohnumgebung nicht mehr

behebbar – das teilte mir die Post in einem Schreiben mit.“ Auch der von der Post ausgewählte Partner, die Wallhof-Apotheke, fühlt sich getäuscht. Es wurde ihm versichert, dass seine Räumlichkeiten ausreichend sind. Jetzt stellte sich heraus, dass vor allem die Paketlagerung nicht möglich ist. Bgm. Fazekas will nicht locker lassen, bis die Post-Versorgung in Rannersdorf wieder funktioniert.



Oberösterreich

700 Euro für selbsterbrachte Betreuungsleistungen

Kinderbetreuungsbonus NEU

LINZ

Von der öö. Landesregierung wurde der öö. Kinderbetreuungsbonus NEU beschlossen. Damit werden Familien, welche ihr Kind im Zeitraum vom 37. Lebensmonat bis zum Eintritt in den Kindergarten selbst betreuen, mit 700 Euro jährlich unterstützt. „Dieser Beitrag soll gleichzeitig eine finanzielle Unterstützung für Familien darstellen, aber auch eine Anerkennung für selbst erbrachte Betreuungsleistungen sein“, so Landeshauptmann-Stellvertreter Franz Hiesl. Mit September 2009 wurde der beitragsfreie Kindergartenbesuch in Oberösterreich Realität. „Wir werden aber im Sinne der Wahl-

freiheit den Kinderbetreuungsbonus auch weiterhin an jene Eltern auszahlen, die ihre Kinder in der Zeit vom dritten Geburtstag bis zum Beginn des verpflichtenden Kindergartenjahres selbst betreuen und dieses beitragsfreie Angebot nicht in Anspruch nehmen“, so Landeshauptmann Dr. Josef Pühringer. Der Kinderbetreuungsbonus soll demnach eine Anerkennung für selbst erbrachte Betreuungsleistungen darstellen. Er wird ab dem 37. Lebensmonat bis zum Eintritt in einen Kindergarten oder eine Sonderform ausbezahlt, jedoch maximal bis zum Beginn des verpflichtenden Kindergartenjahres.

Kinderprojekt prämiert

Familien-Oskar

LICHTENBERG

Dieses Jahr waren alle öö. Verwaltungseinrichtungen zur Teilnahme am Familien-Oskar eingeladen. Prämiert wurde die Gemeinde Lichtenberg für den eingereichten „Kinderplanetenweg“. Der 7,4 km lange Rundweg ist für Linzer Familien und Schulklassen gedacht und ist von Linz aus zu Fuß erreichbar. Etwa 1,5 km des Weges verbinden die beiden Ortsteile Alt- und Neulichtenberg. Entlang dieses Geh- und Radweges haben Volksschule und Gemeinde eine Baumallee mit den 20 bekanntesten heimischen Baumarten gepflanzt. Der Weg lädt Familien ein, beim Wandern auch etwas zu lernen.

Neue Ergebnisse

Die Krise macht statistisch krank

LINZ

„Wir beobachten ein deutliches Ansteigen psychischer und psychosomatischer Probleme bei unseren Patientinnen und Patienten, ganz offensichtlich macht die Krise krank“, so Dr. Wolfgang Zillig, Arzt für Allgemeinmedizin in Linz und Präsident der OBGAM (Oberösterreichischen Gesellschaft für Allgemeinmedizin). Am häufigsten treten Probleme wie Burn-out, depressive Symptome, Müdigkeit und Erschöpfung, oder psychosomatische Störungen wie Kopfschmerz, Nackenschmerzen oder Schwindel auf.



Salzburg

Lawinenschutz

Noch schnell vorm Winter

GROSSGMAIN

Nachdem im Februar am Nordhang des Untersberges in Großgmain eine Lawine abging, entschlossen sich die Gemeinde mit dem Land noch vor dem kommenden Winter geeignete Schutzmaßnahmen zu treffen. Mit großen Herausforderungen konnte der Hauptteil des mehrere 100.000 Euro teuren Projekts noch rechtzeitig fertiggestellt werden. „Vor allem die imposante Holzbohlenwand direkt hinter den Wohnhäusern schützt vor Fließlawinen“, freut sich Bgm. Sebastian Schönbacher. Weitere Elemente folgen 2010.



Volksanwalt Kostelka kritisiert die Vergabe der Sozialhilfe

Sozialhilfe-Vergabe nicht verfassungskonform

Volksanwalt kritisiert die Daumen mal Pi-Struktur

SALZBURG

Volksanwalt Peter Kostelka übte schwere Kritik am Vollzug der Sozialhilfe. Bei Lebenspartnerschaften würde dieser „über den Daumen“ gepeilt und sei verfassungswidrig. Denn die Einkommenseite von Lebenspartnern, mit denen man nicht verheiratet ist, sei für die Berechnung der Sozialhilfe in hunderten Fällen willkürlich einbezogen worden. Kostelka spricht dabei die

Vorgehensweise der zuständigen Behörde unter Soziallandesrätin Erika Scharer an. In anderen Bundesländern gebe es dafür genaue Bestimmungen solange dies in Salzburg nicht der Fall sei, ist die Vergabe so nicht zulässig. Kritik daran kommt auch von Seiten der ÖVP. Die Soziallandesrätin wurde aufgefordert, unverzüglich einen Gesetzesentwurf vorzulegen. Dieser wird derzeit noch geprüft.

Künftig neue Lehrer

FH holt sich Kreativ-Stars

PUCH/URSTEIN

Vor rund zweieinhalb Jahren hat das Land Salzburg eine Initiative gestartet, Gastprofessuren an die Fachhochschule Puch-Urstein zu bringen. Mit Amir Kassaei lehrt dort schon bald einer der kreativsten Köpfe der deutschen Werbebranche. Dazu kommen der Kameramänner Tom Fährmann (derzeit mit „Die Päpstin“ in den Kinos) und Michael Ballhaus als Lehrende ab dem Jahr 2010. Mit den Gastprofessuren soll der Inhalt der künstlerisch gestalteten Bereiche erweitert werden.



Steiermark

Aufschrei gegen geplante Massentierhaltung

Attendorfer wehren sich gegen Massentierhaltung

ATTENDORF

„Schweinefabriken“ mit mehr als 1000 Masttieren sorgen immer wieder für Aufregung. Doch der wirtschaftliche Druck treibt viele Schweinebauern zur Massentierhaltung. So soll in der Grazer Umlandge-

meinde Attendorf eine Anlage mit bis zu 1400 Schweinen gebaut werden. Doch dagegen wehren sich die Anrainer. Mit der Gründung einer Bürgerinitiative wollen sie die Druck auf den Betreiber machen. Innerhalb weniger Tage wurden an die 220 Unterschriften gegen den Bau gesammelt. Der Hauptgrund sei die Geruchsbelästigung in der näheren Umgebung. Auch die Gemeinden Haseldorf-Tobelbad und Lieboch stellen sich hinter die Attendorfer. Doch die Lage ist schwierig, denn gesetzlich steht dem Projekt nichts im Wege. Eine Entscheidung steht noch aus.



Wirtschaftlicher Druck steigert die Massentierhaltung.

Drei Geschenke für die Gemeinde selbst

Weihnachten für die Feuerwehr

ST. JOHANN/SAGGAUTAL

Die Gemeinde St. Johann im Saggautal erfüllt sich ihre Weihnachtswünsche gleich selbst und schenkt sich eine neues Gemeindefahrzeug und der Feuerwehr ein neues Rüsthaus mit neuem Rüstfahrzeug.

Die Bescherung ist dann zwar nicht genau am 24., aber dafür freut sich die ganze Region Rebenland-Pößnitz-Saggautal über die Versorgung mit gerüsteter Feuerwehr und wetterfestem Unimog.

Wiederbelebung für den Ortskern

Wie's geht zeigt sich am Marktplatz

WIES/GRAZ

Der neue Marktplatz in Wies wurde vor kurzem eröffnet. Er wertet die Gemeinde nicht nur optisch auf, sondern belebt das Ortszentrum auch wirtschaftlich. Viele Geschäfte wurden wiederbelebt und

haben so Anreiz, sich im Zentrum anzusiedeln. Nahezu ein Drittel der 4200 Quadratmeter Fläche wurde zu Grünflächen umgestaltet. Zusätzlich wird die Ortsdurchfahrt bis zum Frühjahr 2010 erneuert.



Tirol

Tollwutbekämpfung mit rund 20.000 Ködern

Ein Impfgürtel für Füchse entlang der Italien-Grenze

LIENZ

In Teilen Osttirols wird jetzt eine Tollwutimpfung der Füchse mit rund 20.000 Tollwutködern durchgeführt. Sie werden von einem Hubschrauber aus abgeworfen. Landesveterinärdirektor Eduard Wallnöfer will damit einen Impfgürtel entlang der Grenze zu Italien aufbauen. Diese Vorbeugemaßnahme sei wichtig, da auf italienischer Seite im Raum Belluno kürzlich sieben Füchse positiv auf Tollwut getestet wurden. Betroffen ist die Fuchspopulation in den Gemeinden entlang der Drau. Die Durchführung der Immunisierung

kann die Infektionsgefahr für andere frei lebende Tiere, Haustiere und auch den Menschen eliminieren. Die Köder bestehen aus einer Kapsel, die den Impfstoff enthält, und einer einhüllenden Masse aus Rindertalg und Fischmehl in graubrauner schokoladeähnlicher Farbe. Eventuell im Wohngebiet gefundene Köder sollten mit einem Plastikhandschuh aufgenommen und in den Tierkörpersammelstellen der Gemeinden abgegeben werden. Für Haustiere und Menschen ist das Präparat nicht gefährlich, kann aber zu Störungen führen.

Schriftsteller bekommt Auszeichnung

Landeskulturpreis an Schrott

INNSBRUCK

Kulturlandesrätin Beate Palfrader überreichte dem Schriftsteller Raoul Schrott den Landespreis für Kunst 2009. Er wurde Schrott in Würdigung seines Gesamtwerkes gegeben und hebt die Literatur als zentrales Medium der Kunst hervor.



LR Beate Palfrader und Preisträger Raoul Schrott.

Mehr Sicherheit auf Tirols Straßen

Gerlosstraße bekommt Gehweg

RIED/BRENNACH

Der Spatenstich zur Verbreiterung der B165 Gerlosstraße zwischen Ried und Brennach verspricht für LHStv. Anton Steixner Modernität und mehr Sicherheit. Innerhalb des kom-

menden Jahres soll mit mehr als 2,6 Millionen Euro die Fahrbahn breiter gemacht und zusätzlich mit einem Gehweg und einer Abbiegespur, für mehr Sicherheit versehen werden.



Vorarlberg

Vorrangig ist die Erhaltung der Wasserqualität

Trinkwasserversorgungskonzept für engere Zusammenarbeit von 22 Orten

BREGENZ

Mit dem Vorarlberger Trinkwasserversorgungskonzept erhält die Landesregierung eine Planungsgrundlage, um die Erhaltung der reichen Trinkwasservorkommen in Vorarlberg sicher zu stellen. Im Vordergrund steht weniger die Frage der Wassermenge, als vielmehr die Erhaltung der Qualität. In 22 Gemeinden im Bregenzerwald und im Kleinalpertsertal wird die Bildung lokaler und regionaler Verbundlösungen vorgeschlagen. Langfristig werden verschiedene Maßnahmen empfohlen: darunter 20



Vorarlbergs Wasser soll geschützt werden und dabei nicht an Qualität verlieren, dazu wurde ein spezielles Konzept erstellt.

Quellfassungen, die Bildung von 71 Quellschutz- und Grundwasserschutzgebieten sowie die Instandsetzung bzw. der Neubau von 30 Wasserbehältern. Diese Maßnahmen könnten mit

einem geschätzten Aufwand von 27 Millionen Euro umgesetzt werden, erläuterte Landesrat Schwärzler und verwies auf Förderangebote von Land und Bund.

Lauter „Junge“ überall

Junges Reuthe ist heute

REUTHE

Die Vorarlberger Gemeinde hat in den vergangenen 10 Jahren eine beachtliche Entwicklung durchgemacht. Die Einwohnerzahl hat sich verdoppelt, und von den heutigen rund 600 Bewohnern ist mehr als die Hälfte unter 40 Jahre alt. „Bei uns gibt es zwar wenig Zuzug, aber es wandert auch niemand ab“, erklärt Bgm. Arno Scharler, 47. Auch dass es in Reuthe kein Gasthaus gibt, scheint die vielen Jungen nicht zu stören. Bgm. Scharler ist zuversichtlich, an der Wiederbelebung des Gasthauses



Südtirol

Südtiroler Landtag genehmigt Gesetz Weg frei für den Rat der Gemeinden

Das Landesgesetz, das vom Südtiroler Gemeindenverband ausgearbeitet wurde, trat bereits mit 18. November 2009 in Kraft. „Mit diesem Gesetz werden dem Rat der Gemeinden neue Kompetenzen zugewiesen. Zudem wird er als offizielles Organ beim Südtiroler Landtag angesiedelt. So können nun eigene Gesetzes- oder Verordnungsentwürfe eingebracht werden! Und was vielleicht noch

den erhält mit der Verabschiedung des Gesetzes einen neuen Status und die Gemeinden damit mehr politisches Gewicht und Mitspracherecht. Damit wird der Verfassungsreform Rechnung getragen, welche bereits eine Gleichstellung aller öffentlichen Körperschaften vorsieht. Somit werden die Gemeinden in Zukunft mit ihren Verhandlungspartnern auf Augenhöhe verhandeln.

Nun können eigene Gesetzes- oder Verordnungsentwürfe eingebracht werden.

Gemeindenverband-Chef Arnold Schuler zum neuen Gesetz und den sich ergebenden neuen Möglichkeiten



Dem Rat der Gemeinden werden 17 Vertreter der Gemeinden angehören, wobei bei der

wichtiger ist: Die Landesregierung ist verpflichtet, innerhalb von 45 Tagen zu diesen Vorschläge Stellung zu beziehen! Außerdem übernimmt der Rat der Gemeinden, unter Beibehaltung der Koppelung mit dem Südtiroler Gemeindenverband, die Aufgaben des Koordinierungskomitees für die Gemeindenfinanzierung und kann neben der abschaffenden und beratenden auch die einführende Volksabstimmung in die Wege leiten. Es wird zudem klar festgelegt, in welchen Fällen der Rat der Gemeinden ein Pflichtgutachten abzugeben hat. Nach Erhalt des Gesetzesentwurfes hat er in der Regel 30 Tage Zeit ein Gutachten abzugeben.“, erklärt Präsident Arnold Schuler die wichtigsten Neuerungen. Der neue Rat der Gemein-

Wahl des Gremiums die Bestimmungen des Proporz eingehalten werden müssen. „Die Mitglieder des Rates der Gemeinden werden aus der Vollversammlung gewählt und alle drei Sprachgruppen, also Vertreter der deutschen, italienischen und ladinischen Sprachgruppe, aber auch Vertreter aus allen Gebieten unseres Landes, werden dem Rat angehören.“, erklärt Präsident Arnold Schuler.

Kontakt

Südtiroler
Gemeindenverband
Genossenschaft,
Kanonikus-Michael-
Gamper-Straße 10,
I-39100 Bozen
Tel 0039-0471-304655,
Fax 0039-0471-304625
Email: info@gvcc.net



Personalia Salzburg

Matthäus Maislinger

Mathäus Maislinger 25 Jahre im Bürgermeisteramt

MATTSEE

Matthäus Maislinger ist bereits seit 25. 11. 1984 Bürgermeister der Marktgemeinde Mattsee im Flachgau. Der 1947 geborene Bürgermeister ist damit einer der längstdienenden Ortschefs des Landes. Maislinger hat seine politische Karriere schon sehr früh begonnen: Er war 1965 Gründungsobmann der Jungen ÖVP und als Bürgermeister dann auch Mitbegründer des Mattseer Diabelli-Sommers. Als Vorstandsmitglied bei Akzente Salzburg war er für Jugendarbeit zuständig und Mitarbeiter in der AGENDA-Gemeindeentwicklung. Während seiner 25-jährigen Amtszeit wurde fast die gesamte Infrastruktur der



Matthäus
Maislinger

Gemeinde erneuert und somit wichtige Maßnahmen unter seiner Federführung durchgesetzt. Neben der Marktplatzneugestaltung wurde unter anderem die Volksschule, das

Seniorenheim und die Polytechnische Schule neu gebaut, das Ortsnetz der Wasserleitung saniert und erweitert, eine Feuerwehreinsatzzentrale und ein Altstoffsammelhof errichtet sowie das Schloss Mattsee revitalisiert. Bei den Bürgermeisterwahlen am 1. März 2009 wurde Matthäus Maislinger mit 84,4 Prozent der Stimmen im Amt bestätigt. Das Jubiläum ist für die Gemeinde Mattsee sehr erfreulich, denn durch die Jahre wuchs auch das Vertrauen.

Termin

Internationaler Kongress und Ausstellung

Umwelttechnologie & erneuerbare Energie

Die envietech2010 bringt Anbieter und Nachfrager von Umwelttechnologien und erneuerbarer Energie zusammen. Erfolgreiche Technologieanbieter und Referentinnen und Referenten werden vertreten sein, darunter Niki Berlakovich, Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft, oder Robert Visser, Umweltdirektion OECD, oder auch Ronald O. Loveridge, USA, Bürgermeister der Stadt Riverside und Präsident des Amerikanischen Städtebundes. Die Themenbereiche wer-

envietech²⁰¹⁰
4.2. - 5.2.2010/Vienna/Austria

den – in Auszügen – Umwelttechnologie (... für eine nachhaltige Entwicklung von Siedlungsräumen), erneuerbare Energie (Das Gebäude als dezentraler Energieproduzent) oder Abfall- und Wassermanagement sein.

Allgemeine Informationen und Anmeldung:
Mag. Wilhelm Autischer
Tel.: 0699/122 56 219
E-Mail:
w_autischer@hotmail.com

Personalia

30 Jahre und kein bisschen leise

Bürgermeister Peter Nindl feiert 30 Jahre in der Politik

NEUKIRCHEN AM GROSSVENEDIGER

Unglaubliche 30 Jahre leitet Peter Nindl als Bürgermeister die Geschicke der Gemeinde Neukirchen am Großvenediger. Das Cäcilia-Konzert der Trachtenmusikkapelle Neukirchen bot einen passenden Rahmen,



Peter Nindl

den Jubilar hochleben zu lassen: Unter den Gratulanten befanden sich Landeshauptmann-Stv. Wilfried Haslauer und Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer.

LH-Stv. Haslauer würdigte Nindl als Vorreiter des Na-

tionalpark-Gedankens und der Dorferneuerung. „30 Jahre sind eine lange Zeit in der schnelllebigen Politik. Bürgermeister Peter Nindl hat in diesen drei Jahrzehnten für seine Gemeinde Unglaubliches geleistet. Er kann stolz auf sich sein – wir sind es schon“, so ÖVP-Landesobmann Wilfried Haslauer, der vor allem die Vorreiterrolle Nindls betont: „Peter Nindl war der erste Bürgermeister der Region, welcher den Nationalpark-Gedanken verfolgte und ‚seine‘ Gemeinde positiv dazu einstellte. Ein weiteres großes Anliegen war ihm die Durchführung der Dorferneuerung. Auch hier war er weitum das erste Gemeindeoberhaupt, welches die Notwendigkeit erkannte und die dazu vorhandenen Förderungsmöglichkeiten nutzte.“ Gemeindebund-Präsident Mödlhammer zum Jubiläum: „Ich kann der Gemeinde Neukirchen am Großvenediger nur zu ihrem Bürgermeister gratulieren.“

Mag. Martha Löffler legte Amt nieder

Einigkeit in Furth – Alfred Bruckner zum neuen Bürgermeister bestimmt

FURTH

Einstimmig wurde Alfred Bruckner zum neuen Bürgermeister der Marktgemeinde Furth in Niederösterreich gewählt. Er folgt Mag. Martha Löffler, die aus gesundheitlichen Gründen ihr Amt vorzeitig zurücklegen musste. Bruckner war seit 1965 als Volksschullehrer tätig. Ab dem Jahr 1995 bis 2009 hatte er das Amt des Hauptschuldirektors inne. Seine politische Lauf-

bahn begann 1975 als Further Gemeinderat. Ab 1981 war er als geschäftsführender Gemeinderat für die Referate Kindergarten, Schule, Sport und Kultur verantwortlich. 2000 wurde er zum 1. Vizebürgermeister gewählt. Mit 3. Juli 2009 übernahm er interimsmäßig die Amtsgeschäfte der erkrankten Ortschefin Martha Löffler, am 5. November wurde er nun offiziell zu ihrem Nachfolger gewählt.

Todesfall in Niederösterreich

Trauer um Landtagspräsident und Bürgermeister a. D.

Mit Leopold Eichinger ging eine Größe der Kommunalpolitik verloren

BIEDERMANNSDORF

Er war von 1985 bis 1988 Mitglied des Bundesrates,

von 1988 bis 1998 Mitglied des Niederösterreichischen Landtages, fünf Jahre davon als Dritter Präsident des NÖ Landtages, Reg.-Rat Ing. Leopold Eichinger führte seine berufliche Karriere durch zahlrei-



Foto: NÖLK

Leopold Eichinger

che Stufen der kommunalen und landesweiten Politik. Am 20. November ist er einer schweren Krankheit erlegen. Die Marktgemeinde

Biedermannsdorf, wo er auch Bürgermeister war, trauert mit den hinterblie-

ben Angehörigen um einen großen Kommunalpolitiker und einen großartigen Menschen. Als Bürgermeister hat er dazu beigetragen, Biedermannsdorf

zu einer modernen Wohngemeinde mit hoher Lebensqualität zu entwickeln. Die Beisetzung fand am 5. Dezember statt.

Für Verdienste um die Republik

Ehrungen des Bundes

Mit Entschließung vom 5. November 2009 hat Bundespräsident Dr. Heinz Fischer verliehen:

Das Goldene Verdienstzeichen der Republik an

- ▶ **Josef Fellner**, ehem. Bürgermeister der Gemeinde Rutzenham in Oberösterreich.

Die Goldene Medaille für Verdienste um die Republik an

- ▶ **Hermann Hainz**, ehem. Gemeindevorstand der Gemeinde Burgkirchen in Oberösterreich.

Mit Entschließung vom 16. November 2009

Das Goldene Verdienstzeichen der Republik an

- ▶ **Prof. i. R. Dr. Reinhold Humer**, ehem. Bürgermeister der Gemeinde St. Lorenz in Oberösterreich.

Die Goldene Medaille für Verdienste um die Republik an

- ▶ **Markus Himmelbauer**, ehem. Gemeindevorstand der Gemeinde Kaltenberg in Oberösterreich.
- ▶ **Edelbert Hackl**, ehem. Gemeinderat der Gemeinde Kaltenberg in Oberösterreich.
- ▶ **Herbert Hölzl**, ehem. Gemeinderat der Gemeinde Kaltenberg in Oberösterreich.

Fachlexikon

Öffentl. Betriebswirtschaft

Von Abgaben bis Zweckverband

Das Fachlexikon Öffentliche Betriebswirtschaft folgt dem bewährten Konzept, Wissen nach Stichworten kurz und prägnant darzustellen. Erstmals berücksichtigt ein solches Kompendium aus betriebswirtschaftlicher Sicht die Aktivitäten öffentlicher Verwaltungen und öffentlicher Unternehmen in Österreich. Rund 820 Einträge erläutern die gängigsten Fachbegriffe aus der Öffentlichen Betriebswirtschaftslehre und angrenzenden Nachbardisziplinen. Damit soll eine sachgerechte Diskussion in den laufenden Bemühungen um Verwal-

tungsreformen auf der Grundlage der Public Management-Konzeption unterstützt werden. Aber auch neue Begriffe, die im Zuge der Haushaltsrechtsreform des Bundes die Organisation des Finanz- und Rechnungswesens betreffen, werden erläutert. Das Fachlexikon richtet sich deshalb an Verwaltungspraktiker ebenso wie an Studierende an Universitäten und Fachhochschulen.

Das Buch

Reinbert Schauer, „Fachlexikon Öffentliche Betriebswirtschaft – Von Abgaben bis Zweckverband“ 254 Seiten
ISBN: 9783707314090
Linde Verlag Wien
2009, 42 Euro
Tel.: 01/24 630 - 0
Fax: 01/24 630 - 23
office@lindeverlag.at

Think Tank auf EU-Ebene

Neuer Vorsitzender für EU-Ausschuss „Science and Technology Options Assessment Panel“

Schlüsselposition für Dr. Paul Rübiger

Der aus Oberösterreich stammende langjährige Europaparlamentarier Dr. Paul Rübiger wurde Anfang Dezember zum Vorsitzenden des STOA-Ausschusses im Europa-Parlament gewählt. Der STOA-Ausschuss (Science and Technology Options Assessment Panel) beschäftigt sich mit den wichtigen technologischen und wissenschaftlichen Herausforderungen der Zukunft und beurteilt ihre Auswirkungen auf die europäische Gesellschaft und die Wirtschaft – er ist damit einer der wichtigsten Think Tanks auf EU-Ebene.

„Als Vorsitzender dieses Ausschusses kann ich wesentlich zur Entwicklung der EU zu einer Wissens- und Informationsgesell-

schaft beitragen. Das sind wesentliche Grundlagen für ein starkes Wirtschaftswachstum“, ist Rübiger überzeugt. Der Ausschuss arbeitet eng mit den führenden Forschungseinrichtungen, Unis und Wissenschaftlern zusammen und erhält so Zugang zu aktuellen, qualitativ hochwertigen und unabhängigen Bewertungen wissenschaftlicher und technischer Fragen, die für die Arbeit als Gesetzgeber von großer Bedeutung sind.

„Ich freue mich auf diese neue Herausforderung und über das Vertrauen, das mir durch diese Wahl entgegengebracht wurde“, so Rübiger. Der Oberösterreicher wurde heuer bereits zum dritten Mal in Folge als Europa-Abgeordneter des Jahres nomi-



Dr. Paul Rübiger fühlt sich sichtlich wohl bei seiner Aufgabe, den STOA-Ausschuss zu leiten.

niert. Letztes Jahr wurde Rübiger in der Kategorie „Forschung und Innovation“ ausgezeichnet.

Neue Wirtschaft

Die Kraft und das Potenzial der Regionen stehen im Vordergrund

Ein Plädoyer über Regionalwirtschaft in Buchform

Globale Finanz-, Ressourcen-, Gesellschafts- und Klimakrisen erfordern eine neue, menschliche und wertschätzende Wirtschaftsform. Als solche wird im Buch „Regionalwirtschaft“ eine im Sog der Regionalisierung entstehende Wirtschaftsart mit nachhaltiger Werteorientierung vorgestellt und neu definiert. Im Vorder-

grund steht das Potenzial die Regionen zu wecken und zu nutzen, um dort die Wertschöpfung zu stärken und deren Vitalität und Lebensqualität zu heben. Die AutorInnen schildern facettenreich Hintergründe, internationale Praktiken und Strategien zur Inwertsetzung der Regionalwirtschaft, die in der Folge wirt-

schaftliche Prosperität vor Ort bewirken, aber auch die gesamte Lebenskultur bereichern. Regionalwirtschaft ist ein notwendiges Zukunftsmodell für BürgerInnen mit Eigenverantwortung.



Das Buch

Christian Eigner/
Christian Krotscheck/
Michael Narodoslawsky/
Josef Ober/Michaela Ritter/Wolfgang Wlattinig „Regionalwirtschaft“ 356 Seiten
ISBN:9783706548076
Studienverlag GmbH
Tel.: 01/6801 4123
E-Mail: office@wollzeilenverlag.at



Dr. Christian Krotscheck, Univ.-Prof. Dr. Michael Narodoslawsky, Mag. Wolfgang Wlattinig, Mag. Michael Eigner und LAbg. Ing. Sepp Ober.

Neues auf Bezirksebene

BH Amstetten mit neuer Leiterin

Martina Gerersdorfer neu im Amt

Mit 1. Dezember 2009 hat Martina Gerersdorfer die Nachfolge von Hans-Heinz Lenze als Bezirkshauptmann von Amstetten angetreten. Die Juristin trat nach dem Studium und der Gerichtspraxis im Februar 1994 in den nö. Landesdienst ein. Von 1994 bis 2002 war sie dann an der Bezirkshauptmannschaft Amstetten tätig. Ab Juli 2002 war

Martina Gerersdorfer Stellvertreterin des Bezirkshauptmanns in Scheibbs, ab September 2003 jene des Bezirkshauptmanns in St. Pölten. Im Dezember 2007 wurde sie dann schließlich mit Beschluss der NÖ Landesregierung zum Bezirkshauptmann in Scheibbs bestellt und wird nun den Bezirkshauptmannposten in Amstetten übernehmen.

Wintersportort Kitzbühel begrüßt

Bezirkshauptmann Michael Berger

Michael Berger wird von der BH Kufstein an die Bezirkshauptmannschaft Kitzbühel wechseln. Der 45-jährige Jurist begann seine berufliche Laufbahn 1988 in der Finanzverwaltung. Seit 1992 steht Michael Berger im Landesdienst, wechselte dann nach wenigen Monaten in der Finanz-

abteilung des Landes in die BH Kitzbühel. Dort war er zunächst als Verkehrsreferent und dann elf Jahre als Wasserrechtsreferent tätig. Seit 1. Jänner 2006 ist er Bezirkshauptmann von Kufstein. Der Wechsel an die Spitze der Bezirkshauptmannschaft Kitzbühel erfolgt mit 1. Februar 2010.

Termin

Seminarreihe – Hellwach für die „Zukunft in Ihrer Gemeinde“

Die SPES, die seit 1978 erfolgreich Projekte in Gemeinde- und Regionalentwicklung, Wirtschaft, Gesundheit und Familie durchführt, stellt eine neue Seminarreihe vor: Block 1 dieser Seminarreihe, die am Freitag, 15. Jänner 2010 beginnt, hat folgenden Inhalt: Überblick über das Zusammenspiel von Gemeinderat, BürgerInnenbeteiligung und Verwaltung; Struktur/Aufgaben einer Gemeinde; Raumplanung als Sicherstellung einer zu-

kunftsreichen Gemeinde- und bedarfsorientierten Baulandentwicklung; Raumplanung und Raumordnung als Werkzeuge einer zeitgemäßen Umweltvorsorge; Raumordnung als Vorbereitung auf Klimawandel und Energiewende. Für nähere Informationen und Anmeldung zum Seminar: DI Roman Zebisch, SPES Zukunftsakademie Tel.: 07582/82123-68, zebisch@spes.co.at www.spes.co.at

Buchvorstellung

Im NWV erschienen

Schenkung auf den Todesfall

Die Schenkung auf den Todesfall birgt eine Fülle von Rechtsproblemen in sich. Deren Wesen, der geforderte Widerrufsverzicht, die Zulässigkeit von Bedingungen in Schenkungsverträgen und deren Anrechnung auf den Pflichtteil werden in Lehre und Rechtsprechung teilweise gänzlich kontroversiell ausgelegt. Durch das detaillierte Aufzeigen der Problemfelder wird dem Leser ein Leitfaden gegeben, welcher Rechtssicherheit bei Anwendung des § 956 ABGB schafft. Behandelt werden Allgemeines der Problematik, historische Entwicklungen, die Entstehungsgeschichte in Österreich und auch Geschichtliches wie die Entstehung des Codex Theresianus (1753 – 1766). Dazu werden Beispiele und aus der Antike, aus dem Römischen Reich über Renaissance und Barock (Josephinisches Erbfolgepatent und Gesetzbuch) behandelt.



Das Buch

Matthias Längle
„Schenkung auf den Todesfall“
176 Seiten, broschiert
34,80 Euro
ISBN 978-3-7083-0611-7
Neuer Wissenschaftlicher Verlag GmbH Nfg KG
Argentinerstraße 42/6
Tel.: 01/535 61 03 24
gusenleitner@nwv.at
www.nwv.at

Neu im Angebot

Gut zu wissen

Verfassungsrecht im Detail

Das Verfassungsrecht und das Allgemeine Verwaltungsrecht weisen seit jeher vielfältige Wechselbeziehungen und Überschneidungen auf. Die Einwirkungen des Europarechts verstärken diese Verschränkungen noch. Das Lehrbuch bietet erstmals eine gemeinsame Darstellung des Verfassungsrechts und des Allgemeinen Verwaltungsrechts einschließlich der europarechtlichen Zusammenhänge in ganzheitlicher Sichtweise. Besonderer Wert wird auf die Darstellung der Grundsätze und Strukturen gelegt, um ein umfassendes Systemverständnis der Kerninhalte des öffentlichen Rechts zu vermitteln. Ein großes Anliegen ist es den Autoren, Zielsetzungen und Wirkungsweisen der Regelungen herauszuarbeiten und die Zusammenhänge deutlich zu machen. Gleichzeitig ist die Darstellung überschaubar und für die Studierenden erfassbar.



Das Buch

Christoph Grabenwarter,
Michael Holoubek „Verfassungsrecht–Allgemeines Verwaltungsrecht“
437 Seiten, broschiert
36 Euro
ISBN 978-3-7089-0451-1
facultas.wuv 2009
Universitätsverlag, 1090
Tel.: 01/ 310 53 56
verlag@facultas.at
www.facultas.wuv.at

Vorschau auf Ausgabe 2/2010 (Februar):

GRÜNFLÄCHEN - PLÄTZE - STRASSEN



Öffentliche Flächen ermöglichen „Gemeinschaft“ Weil „Leben“ in den Gemeindeparks stattfindet

Die Gemeinden schaffen die Freiräume, in denen das vielgerühmte „kommunale Leben“ stattfindet. Gemeindegärtner und Arbeiter legen die Grünflächen an und pflegen die

Parks, die grünen Lungen der Gemeinden. Und die Gemeinden bauen die Straßen, auf denen der Nahversorgungsverkehr läuft.

In Summe geben die Gemeinden geschätzte **zwei Milliarden Euro** in den Bereichen Ortsbildpflege, Altstadterhaltung, Wohnbau, Fremdenverkehr, Straßen und Park- und Badeanlagen aus (*Schätzungen nach der VRV*).



BELEUCHTUNG

Kommunale Beleuchtung bringt Sicherheit

Die kommunalen Budgetposten „öffentliche Ordnung“ und „Straßenbau und Sicherheit“ schlagen sich mit rund **einer Milliarde Euro** jährlich nieder. KOMMUNAL erkundet, welches Einsparpotenzial im Bereich kommunale Beleuchtung noch möglich ist und was wann beleuchtet werden sollte.

KONTAKT

So erreichen Sie uns:

KOMMUNAL
Löwelstraße 6, 1010 Wien
Fax: 01/532 23 77
Web: www.kommunal.at

Mag. Sabine Brüggemann
Tel.: 01/532 23 88 – 12
sabine.brueggemann@kommunal.at

Mag. Alexander Palaschke
Tel.: 01/532 23 88 – 14
alexander.palaschke@kommunal.at

Patrizia Poropatits
Tel.: 01/532 23 88 – 30
patrizia.poropatits@kommunal.at

In dieser Ausgabe:

Fach- und Serviceinformationen für die öffentliche Hand

▶ Altstoff Recycling Austria AG	54
▶ Bundesministerium für Land u. Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft	40
▶ Bundesministerium für Finanzen	38
▶ Bundesministerium für Inneres	
Abt. I/5 – Öffentlichkeitsarbeit	36
▶ Familie & Beruf Management GmbH	44
▶ Gesundheit Österreich GmbH Geschäftsbereich Fonds Gesundes Österreich	45
▶ Gewerkschaft der Gemeindebediensteten	59
▶ ÖKOM EDV PlanungsgesmbH	46
▶ Österreichische Vereinigung des Gas- und Wasserfaches	60
▶ Raiffeisen Leasing GmbH	61
▶ Service GmbH Österr. Gemeindebund	42
▶ STK GmbH	50
▶ Toplak GmbH	50
▶ Wallenberger & Linhard Regionalberatung GmbH	55

Vorschau auf Ausgabe 1/10 (Jänner):

SANIERUNG - RENOVIERUNG - NEUBAU

▶ Kommunaler Bau gewinnt weiter an Bedeutung – thermische Sanierung bleibt Konjunkturmotor

In Zeiten der Wirtschaftskrise hat das Förderpaket „Thermische Sanierung“ gezeigt, dass es nachhaltig positive Wirkung auf Österreichs Wirtschaft hatte. Die Gemeinden und der Österreichische Gemeindebund fordern daher seit längerem ein weiteres „kommunales Förderpaket“. Dieses würde gemeinsam mit einem Teil der **5,2 Milliarden Euro** aus dem Budgettopf „Dienstleistungen“ der Gemeinden die Wirtschaft weiter ankurbeln und den leichten Aufwärtstrend stärken.

SCHULEN & SPIELPLÄTZE

▶ Dem Schulsport Beine machen

Mehr als **zwei Milliarden Euro** stecken die Gemeinden in den Bau und Erhalt von Schulen und Sportanlagen. Dennoch verlieren Schüler immer mehr die Motivation, Bewegung zu machen. Liegt's an den Sportstätten oder müssen die „Köpfe auf Trab gebracht werden“? KOMMUNAL analysiert.

E-GOVERNMENT

▶ Der IT-Tag 2009 im Parlament

KOMMUNAL berichtet über die größte IT- und E-Government-Veranstaltung Österreichs. Speziell für die Gemeinden wird es eine Aussendung von KOMMUNAL gemeinsam mit Microsoft Austria geben, die ausschließlich Kindergärten zugute kommt.

**Für über 80 Gemeinden rund um
Wien erfolgreich unterwegs:
Die Gemeindebetreuer von Wien Energie.**

Mödling

Schwechat

Klosterneuburg

**Groß-
Enzersdorf**

Zahlreiche Gemeinden profitieren bereits von unserer sauberen Energie aus 100 % Wasserkraft. Auch Sie könnten bald zu ihnen gehören. Informieren Sie sich jetzt über unsere günstigen Tarife, das energiesparende Lichtservice und unsere umfangreichen Dienstleistungen auf www.wienenergie.at oder bei einem unserer Berater unter (01) 977 00-38171.



UNSERE KRAFT FÜR SIE.

ÖSTERREICHS BANK FÜR INFRA- STRUKTUR

Seit vielen Jahren ist die Kommunalkredit der kompetente Finanzierungspartner für Städte, Gemeinden und die öffentliche Hand. Infrastruktur-Projekte zu finanzieren, war schon immer unsere Aufgabe, die wir mit großem Engagement meistern. Wir sind stolz darauf, damit Projekte zu ermöglichen, die einer breiten Öffentlichkeit zugänglich sind. Ausbau des öffentlichen Nah- und Fernverkehrs, Schulen, Kindergärten, Krankenhäuser, **ENERGIEVERSORGUNG** oder Anlagen der Wasserwirtschaft sind für die Allgemeinheit wichtig. Jeder hat einen Nutzen davon. Unser Know-how und unsere Erfahrung sind ein wichtiges Kapital für Städte und Gemeinden, damit sie ihre Vorhaben im Bereich der Infrastruktur erfolgreich umsetzen können. Dieser besonderen Herausforderung werden wir uns auch in Zukunft mit allen Kräften stellen. Wir sind Österreichs führende Bank für Investitionen in öffentliche Infrastruktur.

ÖSTERREICHS BANK FÜR INFRASTRUKTUR

www.kommunalkredit.at

KOMMUNAL
KREDIT